

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

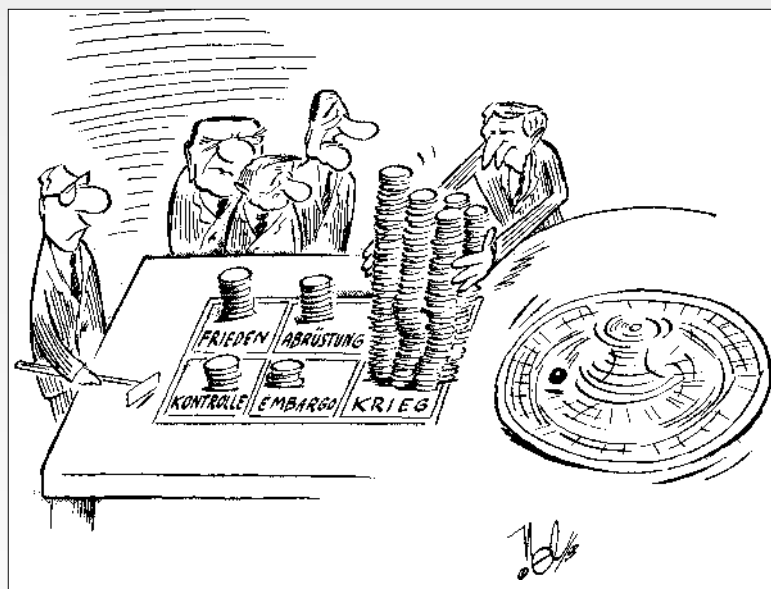
■ ES GEHT NICHT NUR UM ÖL

Zum Aufmarsch im Nahen Osten

Während wir an der Erstellung dieser Ausgabe arbeiten, ist der militärische Aufmarsch am Golf weitgehend abgeschlossen, sind die politischen Ziele von der Administration in Washington klar benannt. Es geht um den Sturz von Saddam Hussein und die Installation einer Staatsführung im Irak unter direkter amerikanischer Kontrolle. Das wird ohne militärische Intervention nicht möglich sein. Nur der Marschbefehl steht noch aus.

Der Vorabend des Krieges wird bestimmt vom diplomatischen Gerangel um die mögliche Zeitspanne für weitere Inspektionen und um die Rolle der UNO (u. a., ob eine Ermächtigung durch den Sicherheitsrat notwendig ist). Die Bundesregierung spricht sich zwar gegen eine sofortige militärische Intervention aus, unterstützt aber gleichzeitig die praktischen Kriegsvorbereitungen. Das diplomatische Gerangel ist Ausdruck wachsender Konkurrenz zwischen den USA und der EU. Zum politischen Sprachrohr europäischer Interessen haben sich zur Zeit Deutschland und Frankreich gemacht. Sie können ihre Interessen zwar artikulieren, aber die Machtverhältnisse innerhalb des imperialistischen Lagers sind eindeutig; die USA bestimmen weitgehend allein über die nächsten Schritte. Das gemeinsame Klasseninteresse an der Aufrechterhaltung der imperialistischen Herrschaft über die so genannte Dritte Welt sowie das Kräfteverhältnis zwischen den USA und den anderen imperialistischen Zentren lassen eine Spaltung des westlichen Lagers nicht zu. Die Regierungen in Europa werden, ist die Entscheidung erst gefällt, keinen Bruch riskieren und die USA direkt und indirekt unterstützen. Wollen sie in absehbarer Zukunft aus ihrer weltpolitischen »Bedeutungslosigkeit« herauskommen, müssen sie ihre Rüstungshaushalte erheblich aufstocken und eine eigene, global interventionsfähige Armee aufbauen. Die Friedensbewegung wäre schlecht beraten, würde sie auf die Einsicht oder die Reden von europäischen Regierungsvertetern und -parteien setzen. Und auch eine militärisch und damit weltpolitisch stärkere EU würde die Welt nicht friedlicher machen, im Gegenteil.

Wir versuchen im folgenden eine Einschätzung zu geben über die Absichten und Ziele, die sich hinter dem militärischen Aufmarsch am Golf verbergen. Wir wollen damit einen Beitrag für die Diskussion über Ausrichtung und Ziele einer Anti-Kriegs-Bewegung leisten und hoffen auf kritische Reaktionen. In einem weiteren Artikel setzen wir uns schwerpunktmäßig mit den unterschiedlichen imperialistischen Interessen in den USA und in Europa auseinander.



Die US-amerikanische »Hegemonie« soll gesichert und ausgebaut werden

Die US-amerikanische »Hegemonie« drückt sich weltweit in ihrer Dominanz in kulturellen, ökonomischen, politischen und militärischen Bereichen aus.

Zunächst die Köpfe und Herzen mit Hollywood, Disneyland und Coca-Cola erobern, dann den Eroberten die Vorteile der freien Marktwirtschaft nahe bringen – inklusive der Durchsetzung eines politischen Systems, das Privateigentum an den Produktionsmitteln garantiert und freien Zugang zu den heimischen Märkten und Rohstoffen ermöglicht und zugleich oder später den Reichtum des Landes den US-Konzernen und anderen grenzüberschreitend tätigen Multis übereignet. Weltweit unterhalten die USA eigene Universitäten, Medienanstalten, Institute und sogenannte »NGO's« (Nicht-Regierungs-Organisationen), die keine andere Funktion haben, als gegebenenfalls Gesellschaften, die noch nicht auf dem oben beschriebenen Kurs sind, im Interesse der USA zu beeinflussen und zu destabilisieren. Über allem schwebt der Weltpolizist USA, der das Gewaltmonopol besitzt und eventuellen Widerstand mit Hilfe von Dollars und militärischer Stärke diszipliniert.

Diese Strategie der »freiwilligen« Unterwerfung unter imperialistische Vorherrschaft kann aber nur erfolgreich sein, solange große Bevölkerungsteile sich davon materielle Vorteile versprechen. In Osteuropa, den Ländern des ehema-

ligen Warschauer Pakts, hat das zunächst funktioniert. Aber den sozialen Folgen der Öffnung für den Weltmarkt folgt inzwischen auch Ernüchterung und Desillusionierung unter der arbeitenden Bevölkerung dieser Länder.

Im arabischen Raum funktioniert diese Strategie schon lange nicht mehr so. Der ungelöste Israel-Palästina-Konflikt, die wachsende Armut der Massen, die Hinwendung zu einem politischen Islam, der deutliche antiwestliche Züge trägt, lässt die amerikanische Hegemonie brüchig werden. Die Abhängigkeit der arabischen Oberschicht von den USA verhinderte bisher eine Loslösung. Die Versuche der USA, den Irak und den Iran als widerspenstige Staaten einzudämmen, ist bislang gescheitert.

Mit der Zunahme anti-amerikanischer Stimmungen und der Zuspitzung innenpolitischer Widersprüche in vielen Ländern des Nahen Ostens wird das »widerspenstige« Verhalten des Iraks – das zwar durchaus zur wirtschaftlichen Kooperation mit den USA bereit ist, aber entsprechend seiner eigenen nationalen Interessen – zunehmend bedrohlicher für die amerikanische Vormachtstellung in der Region. Washington hatte nach dem Sturz des Schahs (seines vormals treuesten Verbündeten in der Region) den Irak als militärische Speerspitze gegenüber der islamischen »Revolution« im Iran benutzt und dessen Armee in dem achtjährigen Krieg mit auf- und ausgerüstet.

Aus der Sicht der US-Regierung hat der Irak gleich mehrere »Verbrechen« begangen:

1972 hat die durch einen Putsch an die Macht gekommene Baath-Partei die Ölraffinerien nationalisiert. Mit den Einnahmen aus dem Ölgeschäft wurde das Land industrialisiert, das Bildungsniveau angehoben und versucht, einen eigenen bürgerlich nationalen, aber vom Westen unabhängigen Weg zu gehen. Dies war solange möglich, wie die Sowjetunion als Schutzmacht des Iraks auftrat und militärische und wirtschaftliche Unterstützung leistete. Gerade die Nationalisierung des Ölgeschäfts im Irak (wie auch im Iran und in Libyen) als Quelle seines Reichtums wirft auch in anderen Ländern des Nahen Ostens die Frage nach der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums auf. Hinzu kommt, dass die irakische Führung mit Worten und auch mit Taten den palästinensischen Widerstand unterstützt und somit für die arabischen Massen zunehmend zum Symbol für Nichtunterwerfung und Widerstand gegen die USA und den westlichen Herrschaftsanspruch insgesamt wird.

Berichtigung: In der Arbeiterpolitik Nr. 2, August 2002, haben wir im Artikel zum italienischen Generalstreik auf Seite 36, erste Spalte, falsche Zahlen genannt: CISL und UIUL hielten vor Abschluss des Paktes nicht »fünf bis sechs Millionen Euro«, sondern richtig »fünf bis Milliarden Euro« für erforderlich, um künftig ausreichende Arbeitslosenunterstützung zu finanzieren.

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSa e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhäuser, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hannover:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestoche[n] scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Krieg zur Aufrechterhaltung der »Hegemonie« erscheint den USA somit als einzige Handlungsperspektive und ist zugleich Ausdruck ihrer politischen Schwäche, den »Laden zusammenzuhalten«. Der ehemalige nationale Sicherheitsberater unter Präsident Carter, Z. Brzezinski, drückte dies in der FAZ vom 11.11.2001 folgendermaßen aus: »Nur ein Amerika, das den strategischen Willen aufbringt, einen umfassenden sowohl politischen als auch militärischen Feldzug zu unternehmen, kann sich durchsetzen. Das alles zeigt, dass amerikanische Vorherrschaft zur Zeit die einzige praktische Alternative zur globalen Anarchie ist«. Wenn ein geostrategischer Denker wie Brzezinski von der Gefahr einer »globalen Anarchie« spricht, dann drückt er stellvertretend für das gesamte imperialistische Lager die Angst vor zukünftigen sozialen Unruhen in verschiedenen Teilen der Welt aus. Unruhen, welche die Herrschaft auch der US-Vasallen gefährden könnten, und die Ausdruck starker anti-amerikanischer und in der Folge anti-imperialistischer Stimmungen und Gefühle sind. Der Krieg gegen Afghanistan und die offene Unterstützung der USA für Israel haben diese Entwicklung beschleunigt. In Afghanistan kontrolliert die westliche Marionette Karzai gerade einmal Kabul, während in Pakistan die durch den Afghanistan-Krieg verstärkten innenpolitischen Unruhen von den Militärmachthabern nicht unter Kontrolle gebracht werden.

Aber auch in anderen amerikanischen Einflussgebieten gewinnen anti-imperialistische Bewegungen an Terrain und werden gemeinsam mit den jeweiligen Regierungstruppen in Schach gehalten: In den Dschungelgebieten Mindanaos haben gemeinsame Manöver der philippinischen Regierungstruppen mit amerikanischen Eliteeinheiten stattgefunden, also dort, wo die Rebellen der Abu-Sayyaf kämpfen. In Nepal wird der Kampf gegen die sogenannten »Maoisten« mit amerikanischer Militärhilfe geführt. In Indonesien drängt die US-Regierung darauf, stärker gegen die wachsenden isla-

INHALT

Zum Aufmarsch im Nahen Osten 1
 Krieg zur Zementierung der Weltordnung
 nach US-amerikanischem Diktat 3
 Deutsche Rüstungsindustrie hat kräftig abgezockt 7
Zur Diskussion:
 »Das Öl« ist nicht der Kriegsgrund 9
Korrespondenzen:
 Großkundgebung in Berlin – vorläufige Einschätzung . . . 11
 USA: Demonstrationen gegen den Krieg 12
 Gründungsdokument der ULAW 13
 Tarifrunde im Öffentlichen Dienst:
 Bewährungsprobe für verdi: Nicht bestanden 14
 verdi Berlin: Tariffucht des Berliner Senats 20
 Der Solidarpakt des Berliner Senats 20
 Arbeitszeitverlängerung für Berliner Lehrer 27
 GEW Bremen: Wie den Angriffen des Senats begegnen . . 30
 Protest bei Verhandlungen zu Leiharbeiterтарifen 31

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
 Herstellung und Vertrieb: GFSa – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
 »GFSa e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
 Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

misch-antiamerikanischen Bewegungen vorzugehen. Selbst im »Hinterhof der USA«, in Lateinamerika, haben die sozialen Spannungen und Auseinandersetzungen in verschiedenen Ländern (u.a. Venezuela, Argentinien) zugenommen; in Kolumbien kann das Regime trotz massiver US-Hilfe den Bürgerkrieg nicht zu seinen Gunsten wenden. Der Krieg gegen den Irak hat also auch die Funktion, allen diesen Bewegungen und vor allem den Völkern, die beginnen sich gegen die amerikanische Hegemonie zu wehren, auf schalende Weise klar zu machen, wer der »Herr im Hause« ist.

Dass der äußerst teure Einsatz militärischer Mittel im Irak und z.B. nicht in Kuba geschieht, ist neben der strategischen Lage auch durch die wirtschaftliche Bedeutung des Öls zu erklären. Öl ist nicht nur ein Energieträger, sondern auch ein Grundstoff für zahlreiche andere Produkte, z.B. für den Bereich der chemischen und der pharmazeutischen Industrie. Ölgeschäfte sind »Big Business«, weil sie nicht allein die Förderung betreffen, sondern eine umfassende Infrastruktur notwendig machen. Wer die Ölförderung kontrolliert, kontrolliert faktisch die gesamte Wirtschaft. Die Frage, durch welche Länder die Transportwege und Pipelines für das Öl verlaufen, ist immer eng verknüpft mit geostrategischen und damit auch mit militärischen Überlegungen. So soll das Transportmonopol Russlands für Öl aus der kaspischen Region um jeden Preis gebrochen werden durch den Bau von Pipelines, die das Öl ungehindert an Russland vorbeiführen. In den nächsten 20 bis 40 Jahren wird wegen der zunehmenden Verknappung der Energiereserven der Erde die Frage von entscheidender Bedeutung sein, wer die Kontrolle über diese Energiereserven hat. Die europäische

Union, Russland und China mit seiner enormen Wachstumsdynamik wachsen als mögliche Konkurrenten amerikanischer Hegemonie heran.

Unter diesem Gesichtspunkt sind der Krieg gegen Afghanistan und nun der gegen den Irak weitere Schritte, um Russland und China geostrategisch einzukreisen und sie gegebenenfalls von der Versorgung wichtiger Energiequellen abzuschneiden, jedenfalls sie erpressbar zu machen. Mit dem Krieg gegen den Irak ist die militärische Offensive der USA also noch nicht beendet: Der Iran, die kaukasischen Länder, Kasachstan, Turkmenistan sind im Rahmen dieser Strategie nächste Etappen.

Das bedeutet nun nicht, dass die Amerikaner ihre Herrschaft überall zwangsläufig militärisch durchsetzen müssen. Es kann auch nicht im Interesse der US-Regierung sein, überall in der Welt Besatzungsregime aufzubauen. Die Entwicklung der letzten Jahre hat aber gezeigt, dass überall dort, wo die Amerikaner militärisch ihre Interessen durchgesetzt haben (Bosnien, Kosovo, Afghanistan), instabile Regime zurückgeblieben sind, die eine weitere militärische Präsenz amerikanischer Truppen oder ihrer europäischen Verbündeten nötig machten.

Die hier skizzierte Entwicklungsrichtung ist zeitlich und auch in ihren einzelnen Schritten und Schwankungen nicht vorhersehbar, aber sie ist ein Ausdruck der dem Imperialismus innewohnenden notwendigen Expansion. Dies gilt es zu beachten, wenn die konkreten Formen der weltpolitischen Machtverhältnisse in den verschiedenen Regionen und Ländern (z.B. in Europa) untersucht werden sollen.

20.2.03 ■

Krieg zur Zementierung der Weltordnung nach US-amerikanischem Diktat

»*Enduring Freedom*« (fortdauernde Freiheit) nannte die Bush-Regierung den Krieg der US-Armee in Afghanistan, mit dem sie einen jahrzehntelang andauernden Feldzug androhte, der sich gegen alle regionalen Machtpotentaten und Widerstandsnester rund um den Globus richtet, die die Welthegemonie der USA auch nur teilweise in Frage stellen sollten. »Fortdauernde Friedhofsruhe« würde eine inhaltlich treffendere Übersetzung abgeben. In dieser Reihe steht nun der Irak im Fadenkreuz, und als nächste Ziele sind der Iran und Nordkorea schon mehrfach angedeutet worden. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Heftes hat der Irak-Krieg (noch) nicht begonnen und doch ist es kaum vorstellbar, dass er nicht stattfinden wird. Dafür spricht nicht nur das Faktum, dass es nie zuvor einen amerikanischen Truppenaufmarsch dieser Größenordnung gab, der nicht in einen Krieg mündete. Dafür spricht insbesondere, dass die US-Regierung propagandistisch den »*point of no return*« längst überschritt. Eine diplomatische Lösung des Konflikts, die Saddam Hussein im Amt des irakischen Staatspräsidenten beliebt, bedeutete einen massiven Gesichtverlust der jetzigen US-Regierung mit ungeahnten Konsequenzen auf die US-Außenpolitik und ihrer Rolle in der Weltwirtschaft. Die US-Regierung scheint fest entschlossen, den Krieg jetzt »durchzuziehen« – außer Saddam Hussein träte jetzt noch

zurück und ginge ins Exil. Ein Militärputsch, der ebenfalls zum Ergebnis einen Regimewechsel im Irak hätte, wäre auch noch solch eine »überraschende« Wende. Wir haben in der »Arbeiterpolitik« Nr. 1 im März 2002 die Bedeutung des bevorstehenden Irak-Krieges für die Außenpolitik der USA bereits dargelegt. Er ist in der Reihenfolge des so genannten »Zweiten Golfkrieges« von 1991, des Jugoslawien-Krieges von 1999 und des Afghanistan-Krieges von 2001 zu sehen. Mit diesen Kriegen setzen die USA das um, was sie seit der Regierung von Bush senior unter »Neuer Weltordnung« verstehen: Eine einheitlich kapitalistische Welt unter imperialistischer Vorherrschaft des Westens mit den USA unumschränkt an der Spitze. Die Ressourcen dieser Welt (Märkte, Rohstoffe, Arbeitskräfte) müssen den hochkapitalisierten westlichen Gesellschaften zur Ausbeutung und Sicherung ihres hohen Lebensstandards zur Verfügung stehen. In dieser Welt darf es keine Macht mehr geben, die – wie seinerzeit die Sowjetunion – den USA Schranken setzen könnte: Dies gilt nicht nur für potenzielle Rivalen wie die EU, China oder Russland, sondern auch für kleine, regionale Machtzentren wie den Irak, Iran, Nordkorea, die sich diesem Hegemonie-Anspruch zu widersetzen versuchen. Neu daran ist, dass die USA für sich in Anspruch nehmen, auch präventiv gegen unliebsame Regierungen Krieg zu führen – mit oder ohne

Zustimmung der UNO – und dies völkerrechtlich mit dem Recht jeden Staates auf Selbstverteidigung begründen.

Chronik eines angekündigten Krieges

Die Chronik des angekündigten Irak-Krieges lässt sich bis zum Irak-Krieg des Jahres 1991 zurückführen. Auslöser jenes Krieges war bekanntlich die Besetzung Kuwaits durch den Irak, die jedoch erst erfolgte, nachdem zuvor US-Diplomaten konsultiert und deren Stellungnahme von der irakischen Führung als »stillschweigende Duldung« verstanden worden war. Der Golfkrieg des Jahres 1991 endete nach dem Eingreifen der USA mit einer raschen militärischen Niederlage des Iraks, verbunden mit der weitgehenden Zerstörung der irakischen Wasser- und Energieversorgung und anderer Infrastruktureinrichtungen. Erheblich beschädigt wurden auch die meisten Raffinerien und viele Industrieanlagen. Trotz der militärischen Niederlage des Iraks wurde das Baath-Regime 1991 politisch nicht entmachtet. Auch wenn dies viele Fernseh- und Zeitungskommentatoren heute noch verwundern mag: Es gab 1991 für die USA triftige Gründe, Saddam Hussein im Amt zu belassen, denn dessen Absetzung hätte erhebliche politische Unwägbarkeiten zur Folge gehabt:

→ Die Einheit des Staates Irak, einem nach dem Ersten Weltkrieg von den europäischen Kolonialmächten zusammengeführten Territorium, wird seit jeher von der jeweiligen Staatsführung mit terroristischer Gewalt erzwungen. Mehrfach wurden in den letzten 80 Jahren Aufstände der Kurden, die den Norden Iraks besiedeln, und Proteste der Schiiten, die im Süden Iraks leben und allein etwa 55 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, vom sunnitischen Zentralirak blutig niedergeschlagen. Die Anrainerstaaten Iraks, aber auch die ehemaligen Kolonialmächte und die USA duldeten das terroristische Vorgehen der jeweiligen irakischen Staatsführung gegen einen Großteil der Bevölkerung. Denn eine Destabilisierung des Iraks hätte die Türkei unmittelbar (wegen der möglichen Entstehung eines Kurden-Staates) geschwächt sowie den Iran gestärkt und damit das labile Gleichgewicht im Nahen Osten gefährdet. Der fundamentalistische Iran wäre damals nicht allein eine Bedrohung für das andersartig-fundamentalistische Saudi-Arabien gewesen, sondern ein starker Iran wäre möglicherweise auch viel aktiver gegen Israel angetreten.

→ Zur Person Saddam Hussein gab es 1991 schlicht keine Alternative. Es war kein unverbrauchter irakischer Politiker in Sicht, der von allen Bevölkerungsgruppen Iraks akzeptiert worden wäre und mit anderen Methoden, als Saddam Hussein sie anwendet, die Einheit des Staates Iraks hätte gewährleisten können. Eine Absetzung Saddams Husseins hätte eine langfristige militärische Präsenz einer Besatzungsarmee erfordert.

→ Weltpolitisch mussten die USA 1991 vorsichtig handeln: Mit dem Golfkrieg war die USA unmittelbar mit einem großen Truppenkontingent in eine Weltregion vorgedrungen, die zu ihrer traditionellen Einflusszone gehörte, die sie



bis dahin aber nur indirekt beherrscht hatte. Eine längerfristige Besetzung des Iraks hätte das Verhältnis der USA zu den arabischen Staaten belastet.

So wurde denn Saddam Hussein 1991 nicht aus dem Amt vertrieben, sondern politisch und wirtschaftlich an die Kette gelegt. Die Außenwirtschaft Iraks unterliegt seit 1990 UN-Sanktionen: Der Umfang irakischer Ölexporte und die Art der Warenimporte werden seither von einem UN-Sanktionskomitee festgelegt, in dem Vertreter der US-Regierung das Wort führen. Die zulässige Ölförderquote ermöglichte es bisher nicht, die Schäden des Krieges von 1991 zu beseitigen, ein Großteil der Bevölkerung hat bis heute keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Schlimmer noch: Mehr als eine Million Menschen starben nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO und des Kinderhilfswerks UNICEF in den 90er Jahren als Folge der Blockadepolitik, darunter mehr als 500 000 Kinder unter fünf Jahren. Ganz unzweifelhaft war und ist der Hunger ein Mittel der alliierten Kriegsführung gegen Saddam Hussein, wie auch Äußerungen der vormaligen US-Außenministerin Madeleine Albright in einem CBS-Interview belegen: Leslie Stahl vom Sender CBS: »Wie wir gehört haben, sind eine halbe Million Kinder gestorben. Ich denke, das sind mehr als in Hiroshima. Sagen Sie, ist das den Preis wert?« Madeleine Albright: »Ich denke, es ist eine harte



Entscheidung, aber den Preis ist es nach unserer Ansicht wert.«¹⁾

Unzweifelhaft ist auch die Strategie gescheitert, durch UN-Sanktionen einen Sturz Saddam Husseins von innen zu erreichen. Dass trotz der schleichenden Verelendung der irakischen Bevölkerung Saddam Hussein noch immer fest im Sattel sitzt, hat sicherlich auch mit der gewaltsamen Unterdrückung jeglicher innenpolitischer Opposition zu tun, die Politiker und Medienvertreter gern als Argument ins Feld führen, um die Notwendigkeit der Absetzung Saddam Husseins zu belegen. Allerdings wurden die gleichen und weit-aus schlimmeren terroristischen Methoden Saddam Husseins in den 80er Jahren, als der Irak Krieg gegen den »Schurkenstaat« Iran führte, stillschweigend geduldet. In jenem Jahrzehnt lieferten die westlichen Staaten – unter ihnen nicht unwesentlich die Bundesrepublik Deutschland – dem Irak Tausende von Panzern, Hunderte von Flugzeugen und Helikoptern sowie Industrieanlagen und Know-how zur Erstellung von Giftgas und Raketen. Dass diese Waffen nicht nur gegen den Iran, sondern auch gegen die eigene Bevölkerung angewendet wurden, nahmen die Unternehmer wie auch die Politiker der Lieferantenländer wissentlich und stillschweigend in Kauf.

Es bedarf keiner Parteinahme für die Politik Saddam Husseins, um zu bezweifeln, dass die Daumenschrauben, die dem Irak angelegt werden, z.B. durch die UN-Sanktionen, dazu dienen, Menschenrechte zu verteidigen oder die Anwendung von Massenvernichtungsmitteln zu verhindern. Faktum ist, dass seit der irakischen Niederlage im Golfkrieg von 1991 gegen die irakische Bevölkerung ein »low-intensity war« (niederschwelliger Krieg) geführt wird, dem Hunderttausende von Menschen zum Opfer fielen. Faktum ist weiterhin, dass die Anlagen zur Herstellung besagter Massenvernichtungsmittel, die der Irak vielleicht besitzt oder zumindest herstellen könnte, von den Staaten geliefert wurden, die heute die potenzielle Existenz dieser Waffen zum Kriegsgrund erklären.

Auch der vielzitierte Rausschmiss der UN-Waffeninspektoren hat in etwas anderer Form stattgefunden, als die Medien meist berichten. 1998 wurden die UN-Inspektoren nicht aus dem Irak ausgewiesen, sondern es wurde ihnen die Wiedereinreise untersagt, nachdem sie wegen bevorstehender US-Bombardements von der UNSCOM abgezogen worden waren. In der westlichen Wahrnehmung galt dies als ein Zeichen »fehlender Kooperationsbereitschaft«, die mit einer

verschärften militärischen Gangart des »low-intensity-war« geahndet wurde. »Alleine 1999 trafen 1000 Raketen mehr als 300 Ziele im Irak. Keine rechtliche Legitimation deckt das Vorgehen, kein politischer Protest behindert es.«²⁾

Die Kriegsmotive der US-Regierung

Das Vorgehen der US-Administration in den letzten Jahren macht deutlich, dass die wirkliche oder mögliche Existenz von Massenvernichtungswaffen nicht Ursache der Kriegsdrohung gegenüber dem Irak ist. Einmal abgesehen davon, dass mit dieser Begründung Dutzenden von Staaten ein Krieg angedroht werden könnte, legen die USA ihre angeblichen Beweise nicht einmal gegenüber dem UN-Sicherheitsrat offen. Stattdessen wird auf Druck der USA hin die Liste der Anforderungen, die der Irak zur Vermeidung eines Krieges erfüllen muss, stetig erweitert. Inzwischen gilt das Prinzip der Beweislastumkehr: Hans Blix, Chef-Inspektor der UN, äußerte: »Es ist Aufgabe Iraks, seine Unschuld zu beweisen.« Für die US-Regierung steht das Ergebnis der Inspektionen ohnehin seit langem fest: »Ich denke, es gibt nichts, was Saddam Hussein tun könnte, uns zu überzeugen, dass vom Irak keine Gefahr ausgeht«, äußerte Richard Perle, ein enger Berater des US-Präsidenten³⁾. Mehrfach wies US-Präsident Bush darauf hin, dass die US-Politik gegenüber dem Irak nicht an Entscheidungen der UNO oder des Sicherheitsrates gebunden sei. Notfalls handelten die USA auch ohne UNO-Zustimmung mit der Unterstützung von Alliierten ihrer Wahl.

Sucht man die Kriegsursache in der Bedrohung des Nahen Ostens durch irakische Massenvernichtungswaffen, ist es schwierig, fündig zu werden. Abgesehen einmal davon, dass die Nicht-Existenz von Waffen niemals schlüssig nachgewiesen werden kann – und dies somit ein Kriegsgrund gegen jeden Staat dieser Welt sein könnte – ist eines sicher: Derzeit ist der Irak das am weitesten abgerüstete Land des Nahen Ostens. Eine Bedrohung der irakischen Anrainerstaaten kann ausgeschlossen werden, schon weil dokumentiert ist, dass mindestens 95 Prozent der Waffenbestände von 1990 vernichtet sind. Obwohl weder eine direkte noch eine indirekte irakische Beteiligung an den Attentaten des 11. September nachgewiesen werden konnte, zählt US-Präsident Bush den Irak – im Gegensatz zu Saudi-Arabien, von wo 15 der 19 Attentäter stammten – zur »Achse des Bösen«.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion betrachten sich die USA als einzige Weltmacht und werden auch von dem Rest der Welt so gesehen. In den 90er Jahren hat sich die Position der USA ökonomisch gegenüber den europäischen und ostasiatischen Mitkonkurrenten verbessert. Die USA begannen 1991 mit dem Golfkrieg im Nahen Osten mit einem großen Truppenkontingent als Ordnungsmacht Fuß zu fassen, und der Kosovo-Krieg unterstrich, dass die USA auch in Europa

eine Ordnungsmacht blieben. Mit der Zerstörung des World Trade Centers, dem amerikanischen Symbol ökonomischer Macht, und mit der Beschädigung des Pentagons, dem Symbol der US-Militärmacht, haben die USA in der Rolle des »Weltpolizisten« bei den Massen in der Dritten Welt erhebliche Blessuren erlitten. Die derzeitige Aggressivität der US-Außenpolitik muss deshalb unter anderem als Antwort auf den 11. September verstanden werden. Die US-Regierung

1) Independent vom 25. 9. 2002

2) Reinhard Mutz, stellvert. Direktor d. Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Uni Hamburg, FR vom 7.6.2002

3) FR vom 9.8.2002

wenn er lügt und er hat sie, heißt das Krieg...



wenn er lügt und er hat sie und wir können sie nicht finden, heißt das Krieg...



wie gesagt, alle unsere Optionen sind offen...



muss verstärkt unter Beweis stellen, die unangefochtene Weltordnungsmacht zu sein.

Die wirklichen Motive der USA weisen über die aktuellen Pläne einer Invasion des Irak und der Zerstörung des derzeitigen Regimes hinaus. Es geht der Bush-Regierung vor allem um die Behauptung der US-amerikanischen Vormachtstellung in der Welt. Die von der Bush-Regierung schon wenige Tage nach dem Anschlag auf das World-Trade-Center in groben Umrissen vorgestellten Pläne setzen nur das fort, was auch schon unter Clinton US-Politik war. Das Ganze fällt bei den Republikanern nur härter und direkter aus als bei den Demokraten. Im Kern kündigte Bush einen jahrzehntelangen Feldzug auf vielen Kriegsschauplätzen, mit offenen und geheimen Aktionen, gegen einzelne Organisationen und gegen Staaten an. Hiermit zeichnet sich eine erhöhte militärische Aggressivität in der Politik der USA ab, die die Fesseln des nuklearen Abschreckungsgleichgewichtes aus dem Kalten Krieg endgültig abzustreifen sucht.

Hohe Priorität hat für die Bush-Regierung die weitere Verstärkung des militärischen Potenzials. Dabei geht es erstens um die erhoffte Unverwundbarkeit der USA durch ein umfassendes Raketenabwehrsystem und zweitens um die Fähigkeit, so genannte »Schurkenstaaten« wie Irak, Iran, Nordkorea anzugreifen und dies ggf. auf mehreren Kriegsschauplätzen gleichzeitig. Er habe »Verteidigungsminister Donald Rumsfeld ein umfassendes Mandat erteilt, eine neue Architektur für die Verteidigung Amerikas und unserer Alliierten zu entwerfen und dabei den Status quo in Frage zu stellen«, erklärte Bush bereits im Februar 2001. Nach dem 11. September 2001 wurde zusätzlich darauf orientiert, militärische Gewalt auch präventiv einzusetzen, um feindliche Mächte am Einsatz von Massenvernichtungsmitteln zu hindern.

Das propagandistische Trommelfeuer gegen Irak setzt genau an diesem Punkt an. Angeblich besteht das alleinige Ziel der erwarteten Invasion darin, die noch vorhandenen irakischen Kapazitäten für die Produktion nuklearer, chemischer und biologischer Waffensysteme zu zerstören und damit zu verhindern, dass diese Waffen in die Hände von Terroristen gelangen. Es geht aber um mehr: Irak soll als potenzielles regionales Machtzentrum, in dem sich Widerstände gegen die US-Vorherrschaft künftig bündeln könnten, ausgeschaltet werden.

Mögliche Risiken für die USA bei einem Krieg

Das größte Risiko besteht in der Destabilisierung der gesamten Region schon bei Kriegsbeginn, erst recht bei einer Zerschlagung des irakischen Staates. Denn niemand kann die Frage beantworten, was an seine Stelle treten soll.

Die Reaktion der arabischen Regierungen und der Bevölkerung in diesen Ländern auf einen Irak-Krieg lässt sich nur schwer einschätzen. Die Regierungen werden vom Westen wie Vasallen behandelt, und der Bevölkerung dieser Staaten geht es bei einem auf den Westen ausgerichteten Wirtschaftsmodell in der Regel dreckig. Dennoch kann man immer wieder feststellen, dass es bei so ziemlich jedem Konflikt in den letzten Jahrzehnten zwar Massendemonstrationen gab, die Regierungen letzten Endes doch die USA und den Westen unterstützten. Sie hängen zu sehr von den westlichen Ländern ab, um sich zu widersetzen.



Die einzig wirklich potente Waffe der arabischen Staaten ist das Öl. Ein Boykott der Produktion ist aber ein Schnitt ins eigene Fleisch, weil dann die Einnahmen wegfallen. Da macht es selbst für diejenigen arabischen Regierungen, die bisher kritisch auftraten, durchaus Sinn, wenn sie sich auf die Seite des Stärkeren und vermutlichen Siegers schlagen. Diese Regierungen sind auf Dauer wirtschaftlich und militärisch (gegenüber möglichen äußeren Feinden, aber auch im Innern) viel zu sehr auf die Vereinigten Staaten angewiesen, als dass sie einen Bruch riskieren könnten.

Eine weitere Unsicherheit ergibt sich aus den absehbaren ökonomischen Schäden eines solchen Krieges. Zudem dürften die Kosten hoch sein. Anfangs war davon die Rede, es müssten vielleicht 250.000 GI's eingesetzt werden, was allein im ersten Kriegsjahr etwa 20 Mrd. \$ erfordern würde. Da man anders als beim letzten Golfkrieg von einer langjährigen Besatzungszeit ausgehen muss, werden weitere Gelder nötig sein, zwischenzeitlich wurde von einem Finanzbedarf in Höhe von 200 Mrd. \$ ausgegangen. Die entsprechende Diskussion hat ein weiteres Mal gezeigt: Die Entscheidungen verlaufen an Hand der Vorgaben der politischen, zivilen Führung. Wie sich bereits im Kosovo- und im Afghanistan-Krieg zeigte, werden Bedenken von Militärs leicht beiseite gewischt. Hinzu käme als Unsicherheitsfaktor die Entwicklung des Ölpreises, wenn durch Besetzung, Zerstörung von Ölfeldern oder sonstigen Produktionshindernissen Knappheit entsteht. Die Ölkonzerne fürchten umgekehrt eine Verbilligung des Öls, wenn das irakische Öl nach einem Sturz des Regimes und Aufhebung der Sanktionen völlig ungehindert auf den Weltmarkt strömt.

Die Bundesregierung lehnt den Irak-Krieg wegen Differenzen zwischen EU und USA ab

Vor diesem Hintergrund ist die Kritik der Bundesregierung am Irak-Kurs der USA auffällig. Üblicherweise wird Kritik an der amerikanischen Politik von deutschen Unternehmern und Politikern nur sehr verhalten geübt. Schließlich profitiert die deutsche Wirtschaft von der amerikanischen Ordnungspolitik. Im Windschatten des Weltpolizisten machen deutsche Unternehmen seit Jahrzehnten weltweit gute Geschäfte. Sie wissen genau, dass der Weltpolizist USA den Ordnungsrahmen für ihren weltweiten Handel absteckt.

Die deutsche Rüstungsindustrie hat kräftig abgezockt

Ökonomische Interessen des BRD-Kapitals im Nahen Osten sind deckungsgleich mit den spezifischen Stärken der deutschen Exportwirtschaft im Maschinen- und Anlagenbau, Fahrzeugproduktion, chemische Industrie etc. Im Irak spielten vor dem letzten Golf-Krieg außerdem Rüstungsgüter eine entscheidende Rolle. Besonders der achtjährige Krieg zwischen Irak und Iran und der anschließende »Wiederaufbau« der jeweiligen Rüstungsproduktion verschaffte gigantische Profite. Der Irak kaufte Waffen, und um diese zu bezahlen, verkaufte er Öl gegen Dollars; diese blieben gleich im Westen, während die eingekauften Waffen sofort auf dem Schlachtfeld vernichtet wurden, der Kreislauf also von neuem beginnen konnte.

Hier mischte insbesondere die bundesdeutsche Rüstungsindustrie vor allem in den achtziger Jahren kräftig mit. Bis zum Herbst 1990 lieferten ca. 80 Firmen dem Irak Raketen- und Atomtechnologie, Anlagen zur Giftgasproduktion u. a. Hierunter fallen Namen wie AEG, Degussa, Faun, Ferrostahl, Fritz Werner, Hochtief, Klöckner, Magirus-Deutz, MAN, MBB, MTU, Preussag, Rheinmetall, Siemens, Thyssen, Wegmann, Züblin. Zu ihrem Zulieferbereich gehörten ca. 150 mittelständische Unternehmen. Unter den 207 von den UN im Jahre 1991 benannten internationalen Lieferanten zur irakischen Chemiewaffenproduktion befanden sich allein 86 deutsche Unternehmen. Schätzungen zufolge wurden 70 % der hierfür benötigten Komponenten aus der BRD geliefert.

Erst mit dem von Bush senior Anfang der neunziger Jahre angezettelten Golf-Krieg paßten diese Geschäfte nicht mehr in die politische Landschaft, so daß flugs eine »Verschärfung« der Kontrolle von Kriegswaffenexport erklärt werden mußte. Bis dahin waren deutsche Rüstungsgeschäfte mit dem Irak innenpolitisch kaum ein Thema, die Zusammenhänge kamen erst später ans Licht und wurden rasch wieder zugedeckt. Der Dezember-2002-Bericht der Waffeninspektion nennt zwar erneut Zahlen und Fakten insbesondere

auch deutscher Konzerne, eine öffentliche Diskussion darüber wird aber auch jetzt nicht geführt.

Diese Zahlen geben eine Vorstellung davon, daß deutschen Konzernen durch den Krieg der USA im Irak 1991 eine reichlich sprudelnde Profitquelle verschlossen wurde (allein eine noch 1989 projektierte Artilleriewaffenfabrik sollte Ferrostahl, MAN und Konsorten eine Summe von 130 Mio. DM einbringen). Mit dem UN-Embargo waren die Exportgeschäfte mit dem Irak zunächst zu Ende, erst mit der Lockerung der Blockade seit 1997 begannen sie wieder von neuem, allerdings in sehr viel geringerem Umfang.

Von einer Aufhebung der Sanktionen, wie sie vor der nach dem 11. September 2001 erneut in Gang gesetzten Irak-Krise noch denkbar erschien, erhoffte sich die deutsche Wirtschaft ein rasches Aufholen nach dem Motto, das ein irakischer Offizieller gegenüber einem Siemens-Vertreter so formuliert haben soll: »Wenn man Qualität kauft, kauft man deutsch. Wenn man billig kauft, kauft man chinesisch.« So wäre z. B. das bereits geplante Projekt einer U-Bahn in Bagdad ein lukrativer Happen für deutsche Baukonzerne.

Eine Besetzung und Verwaltung des Irak durch die US-Armee zerschlägt zunächst einmal solche Hoffnungen: "Welches Land auch immer einen Regimewechsel im Irak anführt, es wird im Umgang mit der künftigen irakischen Regierung in der ersten Reihe stehen." (Leo Drollas, Centre for Global Energy Studies, London). So gingen beim "Wiederaufbau" in Kuwait 1991 die meisten Aufträge in die USA, und die o. a. Positionen deutscher Konzerne im Irak fielen infolge Krieg und Embargo weg. Soweit zu den materiellen Interessen des deutschen Kapitals im Irak.

Wie im nebenstehenden Artikel dargelegt, reicht das zur Erklärung des Verhaltens der Bundesregierung in der aktuellen Irak-Krise nicht aus, weil die derzeitige Exportquote in die Region dafür doch zu niedrig ist. Grundsätzlich dient bürgerliche Außenpolitik aber dazu, dem nationalen Kapital Raum zu verschaffen, seinen Geschäften nachzugehen, ohne dabei vor konkurrierenden (bzw. überlegenen) Imperialismen zurückweichen zu müssen. Diese Geschäfte waren vor dem Golfkrieg von 1991 im Irak durchaus bedeutend. ■

Nichts deutete in der Vergangenheit darauf hin, dass sie die USA um diese Position beneiden und von der deutschen oder europäischen Politik erwarteten, diese Dinge zukünftig selbst in die Hand zu nehmen.

Den drohenden Irak-Krieg betrachten die deutschen Unternehmer jedoch mit einer gewissen Skepsis. Stärker als ihre US-Konkurrenten sind die deutschen Unternehmen vom Weltmarkt abhängig. Für kein westliches Industrieland hat der Außenhandel eine größere wirtschaftliche Bedeutung als für Deutschland. Die Drohkulisse eines Irakkrieges wirkt sich zunehmend negativ auf die Geschäfte im Außenhandel aus. Und dies in einer für Deutschland wirtschaftlich durchaus schwierigen Situation. Im letzten Jahr wurde die zurückgehende Binnennachfrage soeben noch durch die Zuwachsraten im Außenhandel ausgeglichen. Sollte jetzt auch in Folge der Kriegsangst der Außenhandel wegen Konsum- und Investitionszurückhaltung wegbrechen, drohen im Herbst Arbeitslosenzahlen, wie sie die Bundesrepublik noch nicht erlebt hat.

Die Unwägbarkeiten eines Irak-Krieges treffen die deutsche Wirtschaft härter als die US-Wirtschaft. Politiker und Unternehmer trauen den USA durchaus zu, den Irak in einem kurzen Krieg zu besiegen. Aber ob dann ein stabilerer Frieden herrscht als derzeit, wird bezweifelt.

Warum die Bundesregierung sich am Krieg gegen den Irak nicht (aktiv) beteiligen will

Die Haltung der rot-grünen Bundesregierung entspricht der Furcht des Unternehmerlagers vor den Unwägbarkeiten eines Krieges gegen den Irak. Wenn Bundespräsident Rau in einem FR-Interview vom 21. Februar 2003 seine Sorge ausdrückt, dass durch den Krieg die politische Statik des gesamten Mittleren Ostens schwer erschüttert werde, dass die Gefahr einer Ausweitung des Terrors in die westlichen Demokratien drohe und damit auch eine Einschränkung der Freiheitsrechte der Bürger in Deutschland, dann zeigt sich in diesen Worten eben auch die Sorge der hiesigen Unternehmer vor wachsender innen- und außenpolitischer Instabi-

lität, die das Funktionieren des »freien Welthandels« bedroht.

Zunächst gilt es festzustellen, dass die Position der Bundesregierung zur Nichtbeteiligung am Krieg gegen den Irak auffallend widersprüchlich und ausweichend ist: Die Bundesregierung gewährt den USA volle Bewegungsfreiheit über Stützpunkte und Luftraum in der Bundesrepublik, obwohl dazu keine vertragliche Verpflichtung besteht. Sie stellt 2600 Soldaten zur Bewachung amerikanischer Anlagen in der Bundesrepublik bereit, übrigens im Widerspruch zum Grundgesetz. Sie beteiligt sich mit einem Drittel des Personals an der Bedienung der AWACS-Maschinen, die als Kommandozentren des Luftkrieges für den Irak dienen. Sie liefert Patriot-Raketen an Israel und die Türkei, allerdings bislang ohne Mannschaften, und stellt eine Truppe einer ABC-Waffeneinheit in Kuwait für den Krieg, die jetzt auch noch verstärkt werden soll. Sie hat innerhalb der NATO lediglich eine Abstimmung über eine Kriegsbeteiligung verzögert, aber kein Veto eingelegt. Die EU fordert in ihrer letzten gemeinsamen Erklärung zwar eine Verlängerung der Waffeninspektoren, schließt aber einen Krieg ausdrücklich nicht mehr aus – mit Zustimmung der BRD! Auch über den Einsatz fliegender Lazarette denkt der deutsche Verteidigungsminister laut nach. Völkerrechtler kommen deshalb beim besten Willen nicht umhin, die ergriffenen Maßnahmen der Bundesregierung als Kriegsbeteiligung zu werten.

Die Vorbehalte der Bundesregierung in Bezug auf das Vorgehen der US-Amerikaner beziehen sich wesentlich auf zwei Punkte. **Erstens** fürchtet die Bundesregierung im Falle einer Eskalation der Situation in Nahost, dass die Auseinandersetzungen schnell auf Europa überspringen, in Europa lebende Bevölkerungsgruppen aus dem arabischen und islamischen Raum in die Auseinandersetzungen mit einbezogen werden und politische und militärische Einrichtungen hier zum Ziel von Anschlägen werden. Die US-amerikanischen Truppen könnten sich dann auf ihren Kontinent (vergleichbar nach ihrem Rückzug aus Somalia) zurückziehen. Diese Möglichkeit besteht für Europa angesichts der Nähe, der schwer zu kontrollierenden Grenzen und Verflechtungen mit dem arabischen Raum nicht. Übrigens, Pressemitteilungen zufolge sucht die Bundeswehr derzeit Lufttransportkapazitäten für den Fall, dass die Eskalation in Nahost auch Afghanistan erreicht und die Sicherheit der deutschen Truppen in Kabul gefährdet ist.

Die **zweite**, weitergehende Differenz zum Vorgehen der USA gegen den Irak ist geostrategischer Natur. Bis heute nimmt die Bundesrepublik Einfluss in die wichtigste Energieregion der Welt, Nahost, über ihre Klienten Palästina und vor allem den Iran, und dieser Einfluss sichert ihr eine bescheidene Mitsprache bei ordnungspolitischen Entschei-



dungen in dieser Region. Die Einflussnahme Frankreichs läuft entsprechend über den Libanon, Syrien und Irak, während Russland allein den Irak, abgeschwächt den Iran zu seinen Klienten zählen kann. Die einseitige (unilaterale) Niederwerfung des Irak durch die USA müsste also die politischen Mitspracherechte Russlands, Frankreichs und der Bundesrepublik in der Region massiv gefährden. Hinzu kommt, selbst die Beteiligung mit Bundeswehr-Truppen vermag die unilaterale Vorgehensweise der USA nicht aufzubrechen, diese Erfahrung machten die NATO-Partner BRD und Frankreich im Feldzug gegen Afghanistan und der Veränderung des Status quo in Zentralasien. Folglich ziehen sich Frankreich, die Bundesrepublik und Russland auf die multilaterale Bastion des Sicherheitsrats zurück.

Der letzte – wenn nicht zentrale – Einwand der Bundesregierung gegen eine aktivere Beteiligung am Krieg gegen den Irak ist innenpolitischer Natur. Wie sollen wir – so mag die Bundesregierung die amerikanische Regierung fragen – den massiven Rückschnitt des Sozialstaates **und** die Beteiligung des Krieges gegen den Irak gegen die Mehrheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung **gleichzeitig** schultern? In dieser Lage hat sich die Bundesregierung dafür entschieden, die Interessen des Bündnispartners USA nicht mehr als notwendig zu strangulieren, dafür aber in der Verkleidung des öffentlich gelobten Friedensstifters den Widerstand der arbeitenden Bevölkerung gegen »weit reichende Veränderungen bei den Systemen der sozialen Sicherung« (Regierungserklärung) zu bezwingen. Und die Vorstände der deutschen Gewerkschaften? Letztendlich werden sie jeden Schwenk der deutschen Außenpolitik unterstützen. Einstweilen hängen sie sich den Friedensmantel um und versuchen, vom Abbau sozialer Leistungen abzulenken.

22. Februar 2003 ■

Öl-Interessen gibt es durchaus, aber »das Öl« ist nicht der Kriegsgrund

Die Aussage im Leitartikel, wer das Öl kontrolliere, kontrolliere die gesamte Weltwirtschaft, halten wir für falsch, obwohl uns klar ist, dass »das Öl« sicherlich eine Rolle dabei gespielt hat, warum es überhaupt zu einem Konflikt in dieser Weltgegend gekommen ist. Und obwohl es ebenso zweifellos auch ganz spezielle Öl-Interessen gibt, welche die US-Regierung im Hinterkopf hat. Konkret heißt das: Hätte es nicht den Öl-Reichtum gegeben, hätte das Saddam-Regime überhaupt nicht die Basis gehabt, um eine spezifisch-nationalistische Politik zu betreiben, welche es letztlich im Gegensatz zu den führenden kapitalistischen Ländern gebracht hätte. Zu den Öl-Interessen des Westens gehört es, dass dieser ungehinderten Zugang zu dieser Region hat. Für eine Regierung wie die von George W. Bush, in der viele ehemalige Öl-Leute sitzen, könnte dieses Interesse noch einmal zusätzlich eine besondere Bedeutung haben. Es spricht auch manches dafür (falls der Krieg nicht für die USA schief läuft), dass nach einem Krieg die US-Öl-Konzerne bessere Karten haben (als die der EU oder Russlands), wenn es darum geht, die Förderrechte neu zu verteilen. Auch ist es richtig, dass Washington ein besonderes Interesse daran hat, das irakische Öl zu »befreien«, um damit Saudi-Arabien, das nicht mehr so »untertänig« ist wie früher, unter Druck zu setzen.

Die Existenz solcher Öl-Interessen bedeutet aber nicht, eben diese wären der eigentliche Grund zum Krieg oder zumindest ein sehr wesentlicher Anstoß. Im Zweiten Weltkrieg war ein wesentliches Interesse bei der Besetzung des Balkans durch die faschistische deutsche Armee, die Nachschubwege hin zum rumänischen Erdöl abzusichern. Dass die Faschisten im ersten Kriegsjahr des Russlandfeldzuges vor Moskau stecken blieben, hatte eine Menge damit zu tun, dass die Einsatzkräfte schon zentral nach Südosten ausgerichtet waren. Genau dahin verlegte man dann im zweiten Kriegsjahr endgültig den Schwerpunkt – und kam bis Stalingrad. Das Ziel war von vornherein eindeutig: Öl! Auch damals ging es schon um das Öl in Baku am Kaspischen Meer, worin bekanntlich die Wolga mündet. Aber obwohl es eindeutig solche Öl-Interessen gab, würde sich jeder Linke an den Kopf fassen, der im Zweiten Weltkrieg einen Krieg ums Öl sehen soll. Aktuell bedeutet das: Tatsächlich käme es auch dann zu einem weiteren Irak-Krieg, wenn es die Öl-Interessen nicht gäbe. Beziehungsweise es gilt umgekehrt: Die Öl-Interessen werden in einem Krieg, der eigentlich aus anderen Gründen geführt wird, nebenbei, wenn es denn möglich ist, auch noch durchgesetzt.

All diejenigen, die »dem Öl« eine größere Bedeutung als Kriegsgrund zuweisen, können zwei simple Fragen nicht beantworten:

Erstens: Wenn all die oben erwähnten Interessen ein Kriegsgrund wären, warum müssen sie gerade jetzt durchgesetzt werden? Mit Ausnahme des Streits der US-Regierung mit Saudi-Arabien gab es all die Interessen auch schon viele Jahre vorher, und sie werden auch noch viele Jahrzehnte in der Zukunft ihre Wichtigkeit haben.

Zweitens: Muss man zur Durchsetzung jener Interessen wirklich einen Krieg führen? Es wäre doch viel einfacher gewesen, die USA hätten 1998 erklärt: »Saddam, lass uns einen Deal machen. Wir sorgen dafür, dass die Sanktionen aufgehoben werden und im Gegenzug versprichst Du, unsere Öl-Interessen bevorzugt zu berücksichtigen«. Es ist unwahrscheinlich, dass die Saddam-Führung sich verweigert hätte. Der Großteil der irakischen Öl-Exporte ging in den neunziger Jahren sowieso in die USA. Selbst in der aktuell zugespitzten Situation war es, nachdem plötzlich das Venezuela-Öl ausfiel, überhaupt kein Problem, den Import irakischen Öls in die USA sehr kurzfristig und drastisch anzukurbeln.

Unabhängig davon, dass die Argumentation, der Krieg würde ausgerechnet jetzt für das Öl geführt werden müssen, also wenig logisch ist, ist es allein aus grundsätzlichen Erwägungen heraus falsch, das Öl könnte ein wirklicher Kriegsgrund sein. Hinter jener Argumentation verbirgt sich eine Vorstellung vom Kapitalismus, die nicht mehr zeitgerecht ist. Die Notwendigkeit für die führenden kapitalistischen Staaten, einzelne Länder der Dritten Welt unmittelbar zu besetzen, um sich dort spezielle Rohstoffe anzueignen, war das Charakteristikum der Kolonialepoche. Die ist aber aus gutem Grund untergegangen. In der Mitte des 20. Jahrhunderts, nicht zuletzt im Laufe des Zweiten Weltkrieges, hatte sich das fordistische Modell des Kapitalismus durchgesetzt: Eines seiner zentralen Kennzeichen war es, dass langlebige Konsumgüter eine größere Bedeutung bekamen. Relativ zur vorher vorherrschenden Schwerindustrie bekamen daher eine Menge Rohstoffe eine geringe Bedeutung. Pro Tonne Auto wird weniger Stahl und damit Eisenerz und Kohle gebraucht als pro Tonne Anlagenbau. Zugleich bekamen Konsumenten vergleichsweise eine größere Bedeutung. Man verkaufte Waren nicht mehr schwerpunktmäßig an andere Firmen, sondern auch die individuellen Kunden in der Dritten Welt wurden wichtiger. Zugleich machte die damit einhergehende Ausweitung der Welt unter die kapitalistische Produktion es immer schwerer, deren Beherrschung allein durch »die Weißen« in der Ersten Welt zu bewerkstelligen. Als deshalb die Befreiungsbewegungen im Laufe und nach dem Zweiten Weltkrieg (die sich vielfach an dem in jenem Krieg propagierten Demokratie-Ideal orientierten) immer mehr Zulauf bekamen, fiel es den kapitalistischen Mächten vergleichsweise leicht, auf den Kolonialismus zu verzichten. Und es gibt nun keinen Grund für sie, eben diese Zustände heute wiederzubeleben.

Globalisierung als Ursache für die Notwendigkeit einer Neuen Weltordnung

Am liebsten wäre es den Bourgeoisien in den kapitalistischen Zentren also, wenn irgendwelche Stellvertreter in der Dritten Welt ihre Geschäfte erledigten. Auch mit Saddam hatte man lange Zeit keine Probleme. Die Nationalisierung des Öls spielte nur kurzzeitig eine Rolle. Die Ölkonzerne haben (anders als in der »Einleitung« zu dieser Ausgabe unterstellt, wo das Saddam als »Sünde« angekreidet wird) die Verstaatlichungswelle in den 70er Jahren locker weggesteckt. Charakteristischerweise folgte danach sogar eine besonders gute Zusammenarbeit zwischen dem Irak und den USA, nämlich in den 80er Jahren gegen den Iran. Typischerweise wurde die Zusammenarbeit erst mit Beginn der 90er Jahre

zum Problem. Und letztlich ist der Grund der gleiche, warum der Westen in den letzten Jahren sehr viel stärker als ehemals wieder militärisch unmittelbar in der Dritten Welt aktiv werden musste. Der fordistischen Phase des Kapitalismus folgte nämlich die Globalisierung. Eine ihrer Konsequenzen war der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers: Der Produktivitätsexplosion in den führenden kapitalistischen Ländern konnte ein System, das die Ausbeutung des Menschen einschränken wollte, nur wenig entgegenzusetzen. Das hatte zur Konsequenz, es blieb technologisch zurück und konnte dementsprechend totgerüstet werden. Mit dem Wegfall des Blockgegensatzes fiel aber zugleich ein internationales Disziplinierungsinstrument weg. Interessensunterschiede zwischen kapitalistischen Ländern (egal ob Deutschland–USA oder Irak–USA) konnten nicht mehr so einfach politisch eingegrenzt werden. Zugleich hatte der Kapitalismus Geschäftszweige und Regionen in einem Ausmaß unter seine ökonomische Oberhoheit gebracht, dass es eine größere Zahl an Konfliktmöglichkeiten überhaupt gab. Beides zusammen erklärt, warum der Westen sich in den 90er Jahren in eine viel größere Zahl an militärischen Konflikten verstricken musste als in den Jahrzehnten zuvor. Und ganz besonders stachen dabei die Kriege gegen die Regimes hervor, deren ökonomische Basis zwar auch privatwirtschaftlich und zum Teil durchaus kapitalistisch organisiert waren, die aber so viele spezielle andere Interessen hatten, dass sie zu feindlichen Brüdern des Kapitalismus der führenden Industrieländer wurden. Nach und nach führte der Westen unter Führung der USA Kriege gegen die Regierungen, welche ihre spezielle Weltordnung am nachhaltigsten störten: Zunächst gegen den Irak, dann gegen Jugoslawien und hernach gegen Afghanistan.

Dabei hat ›das Öl‹ im zweiten Golfkrieg 1990/91 durchaus eine relativ größere Rolle als heute gespielt. Indem das Saddam-Regime die aus der Kolonialzeit überkommenen Grenzen in der Golf-Region missachtete, wurden zugleich die gewachsenen Beziehungen zwischen den einzelnen westlichen Ländern und den jeweiligen Öl-Staaten potenziell angekratzt. Ein politisches Durcheinander in der wichtigsten Energieregion des Westens, das konnte der dann doch nicht hinnehmen. Indem Bagdad im wahrsten Sinne des Wortes klagemacht wurde, wo die Grenzen sind, wurde zugleich auch allen anderen arabischen Völkern (und den Iranern) klagemacht, sie müssten es sich schon sehr genau überlegen, ob sie sich mit dem Westen anlegten. Der zentrale Grund des zweiten Golfkrieges wies aber bereits damals über die Region hinaus. In jener Zeit waren die führenden Kräfte des Westens der Ansicht, würden sie die Auflösung festgezurrtter Grenzen in einer speziellen Region zulassen, hätte das weltpolitisch höchst-gefährliche Konsequenzen. Das war seinerzeit der Moment, wo auf dem Balkan und insbesondere in der damaligen Sowjetunion nicht nur die bisherige Staatsform, sondern auch die entsprechenden Grenzen in Frage gestellt wurden. Dass dem Sozialismus der Garau gemacht wurde, dagegen hatte man im Westen natürlich nichts. Ansonsten hatte man noch die Befürchtung, lässt man die Auflösung bestehender Grenzen irgendwo zu, gibt es eine Kettenreaktion mit unkalkulierbaren Bürgerkriegen und Flüchtlingsmassen, die dann in den Westen strömen. Nachdem sich diese Ängste in Osteuropa als weitgehend grundlos herausgestellt haben, ist man heute sogar bereit, ›den Irak‹ in seinen bisherigen Grenzen evtl. aufzulösen.

Weil das Saddam-Regime im ersten Anlauf nicht niedergeworfen worden war, musste der Irak zwangsläufig in dem Augenblick, wo die anderen beiden Regime (wie begrenzt auch immer) fertiggemacht worden waren, wieder in die Schusslinie geraten. Beim nächsten Irak-Krieg geht es zwar nicht darum, dass die Profite in einem speziellen Bereich, der Ölförderung, in Gefahr wären. Geht es allein um einen speziellen Rohstoff, gibt es immer noch genügend Varianten und Alternativen, um etwaige Konflikte rein-ökonomisch zu lösen. Aber natürlich geht es um die Sicherung kapitalistischer Profite an und für sich. Denn Störenfriede wie Milosevic, Osama bin Laden und Saddam beeinträchtigen die ›normale Ordnung‹ des Weltmarktes. Wenn sich die entsprechenden Länder verweigern, dann dokumentieren sie: Es ist nicht gottgegeben, dass Weltmarkt allein unter den Warentausch-Bedingungen der Ersten Welt und zu deren Gunsten funktioniert. Und weil sie eben eine prinzipielle Bedrohung sind, helfen gegen sie keine ökonomischen Mittel mehr, sondern da muss zur militärischen Gewalt gegriffen werden.

Jene Kriege gegen Jugoslawien, Afghanistan und nun Irak sind also nicht allein dadurch verknüpft, dass eine der kriegführenden Mächte immer die USA waren, sondern sie alle dienen tatsächlich einem gleichen Ziel. Und dieses Vorhaben, die ›Neue Weltordnung‹, steht eben nicht neben anderen Zielen, sondern ist das wesentliche: Die Globalisierung brachte spezielle Probleme für den Kapitalismus mit sich und die können langfristig nur eingegrenzt werden, indem eine ganz neue politische Ordnung in der Welt durchgesetzt wird. Für die Durchsetzung dieser Ordnung ist es durchaus wichtig, dass der Westen sich in der zentralen Erdölregion des Westens durchsetzt. Wäre er nämlich nicht einmal in der Region, die für ihn solch eine wichtige ökonomische Bedeutung hat, dazu in der Lage, wie sollte er Gehorsam z. B. in Afrika einfordern können?

Gerade weil diese neue Ordnung, die durch einen Sieg über den Irak den entscheidenden Durchbruch erzielen könnte, die kapitalistische Welt auf viele Jahre bestimmen soll, gibt es aktuell so viel Streit zwischen der USA und den ökonomischen und politischen Kernländern der EU. Denn natürlich wird die Zukunft davon abhängen, wie sich jetzt in der Durchsetzungsphase die Gewichte verteilen.

Wenn man sich die grundsätzliche Bedeutung dieser Konfliktlinie klarmacht, dann wird zugleich auch deutlich, warum aktuell für die USA das Öl-Land Venezuela kaum eine Bedeutung hat, aber ein Zwerg wie Nordkorea, der sich erdreistet, gegen das ausdrückliche Verbot der USA zu verstoßen, an einer Atombombe zu basteln, vergleichsweise eine große Macht man sich das prinzipielle politische Ziel der USA deutlich, aber auch das der anderen führenden westlichen Länder, dann kann man auch bereits jetzt sagen, dass nach dem Ende des Irak-Krieges (unter der Voraussetzung, Washington erleidet nicht allen Erwartungen zum Trotz einen Pyrrhussieg) Nordkorea ins Visier geraten wird. Es ist zwar unwahrscheinlich, dass es dann dort zu einem ernsthaften Krieg kommt, dazu ist Nordkorea zu schwach. Aber mit Sicherheit werden die USA auch dort für Disziplin in ihrem Sinne sorgen. Und dürften sogar eine gewisse Unterstützung von Moskau und Peking bekommen, die auch kein Interesse an solchen Irrläufern haben.

K. U., Dortmund, 16.02.03 ■

500.000 demonstrieren in Berlin



15. Februar 2003 – Großkundgebung der Friedensbewegung – eine vorläufige Einschätzung

Wozu es in den 80er Jahren langer und intensiver praktischer Aktivitäten der Friedensbewegung bedurfte, hat sich 2003 innerhalb kurzer Zeit herausgebildet: die Bereitschaft Hunderttausender gegen den drohenden Krieg auf die Straße zu gehen. In praktisch allen Ländern Westeuropas aber auch in Australien und den USA selbst fanden am 15. Februar riesige Demonstrationen statt. Dabei scheint es für die Mobilisierung keine Rolle gespielt zu haben, ob die jeweilige Regierung offen den Kurs der Administration in Washington unterstützt oder zumindest durch Worte und diplomatische Aktivitäten versucht den drohenden Angriff auf den Irak noch abzuwenden oder hinauszuzögern. Und nirgends hatten sowohl die Veranstalter als auch die Regierenden mit einem derartigen Zulauf gerechnet.

13 Jahre nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, nach dem von den Intellektuellen des Kapitals prophezeiten »Ende der Geschichte« und der Verkündung einer »neuen Weltordnung« durch die USA wird der Mehrheit der westeuropäischen Bevölkerung das Ende der Nachkriegsordnung drastisch vor Augen geführt. Die Vereinigten Staaten gehen daran, die noch bestehende (scheinbare) weltpolitische Sta-

bilität in ihrem Interesse über den Haufen zu werfen. Sie machen deutlich, dass sie dabei keinerlei Rücksicht mehr kennen. Es gibt kaum eine internationale Vereinbarung oder Absprache (Umweltschutz, Kriegsverbrechertribunal, Landminen etc.), der sie noch zustimmen. Selbst über die Interessen ihrer ehemals engsten Verbündeten setzen sie sich hinweg, sollten diese nicht nach ihrer Pfeife tanzen. Das ruft Ängste hervor – wer ist als nächstes dran? – aber auch Protest und die Bereitschaft, ihn auf die Straße zu tragen.

Die DemonstrantInnen verband das Ziel und die Hoffnung, einen Beitrag zur Verhinderung des drohenden Krieges leisten zu können, und die wohl überwiegende Mehrheit unter ihnen stellt die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst nicht in Frage. Sie hofft eher darauf, eine ihnen bekannte und erträgliche Ordnung erhalten und verteidigen zu können. Das drückt sich unter anderem in den Forderungen nach einer Stärkung der Vereinten Nationen, nach der Einhaltung internationaler Rechtsnormen etc. aus.

Der Schauspieler Rolf Becker, ver.di-Mitglied, erklärte auf der Kundgebung am 15. Februar u.a.: *»Nein zum Krieg ohne Wenn und Aber. Wir haben Anlass am Nein der Bundesrepublik zum Krieg zu zweifeln. Zum einen schwächt sie ihr Nein schon heute schrittweise ab, bindet ihre endgültige Entscheidung an UNO und Weltsicherheitsrat. Zum anderen erweitert sie ihre Zugeständnisse an die US-Regierung: Überflugrechte, Spürpanzer, Flottenverbände am Golf, Bereitstellung von AWACS, Lieferung von Patriot-Raketen an Israel und die Türkei, und und und. Was sind die Verweise dieser Regierung auf die UNO wert, nachdem sie sich ohne Wenn und Aber und ohne UNO-Mandat und unter Verletzung von Grundgesetz und Zwei-Plus-Vier-Verträgen, am Bombenkrieg gegen Jugoslawien beteiligte? Lasst uns kritisch bleiben gegenüber allen offiziellen Erklärungen, Presseberichten und vor allem gegenüber Vorfällen, die sich vielleicht noch ereignen!*

Wir begrüßen hier auch die zahlreichen Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften, die heute mit uns versammelt sind. Wir danken Frank Bsirske, dass er hier zu uns gesprochen hat. Aber wir müssen die DGB-Führung an ihr uneingeschränktes Ja zum Krieg gegen Jugoslawien am ersten Tag des Angriffs erinnern: Bis heute ist das nicht aufgearbeitet. Wir fragen die DGB-Führung und wir fragen den Kollegen Frank Bsirske: Ist das Nein heute nur ein Nein, solange die Regierung Nein sagt?

Was können wir tun, außer wie heute gemeinsam zu demonstrieren? Der Kampf wird von den Herrschenden immer an zwei Fronten geführt: Nicht nur im Irak, auch im Inneren: in Form von Sozialabbau und Abbau von Arbeitsplätzen, durch Kürzungen im Gesundheits- und Bildungswesen, bei den Renten und so weiter. Wir müssen an beiden Fronten Widerstand leisten. Bertolt Brecht:

Wenn das bleibt, was ist

Seid Ihr verloren.

Euer Freund ist der Wandel

Euer Kampfgefährte ist der Zwiespalt.

Aus dem Nichts

Müsst ihr etwas machen, aber das Großmächtige

Soll zu Nichts werden.

Was Ihr habt, das gebt auf und nehmt euch

Was euch verweigert wird.«

Welche Bedeutung auch innenpolitischen Motiven bei den Demonstrationen zukommt, lässt sich nicht sicher fest-

stellen. Die wachsende Arbeitslosigkeit, die seit Jahren sich steigernden Angriffe auf die Sozialversicherungssysteme werfen für immer größere Bevölkerungsteile einen Schatten auf ihre Zukunft. Einen breiten Widerstand dagegen gab es jedoch bisher nicht, und die Demonstration drückte den vorhandenen Unmut über die Verschlechterung der Lebensverhältnisse auch nicht direkt aus. Aber: Unter den DemonstrantInnen befanden sich zehntausende gewerkschaftlich organisierte Kolleginnen und Kollegen. Seit Jahrzehnten hat die gewerkschaftliche und sozialistische Linke somit erstmals wieder die Chance, den Zusammenhang von kapitalistischer Krise, internationalen Spannungen, Krieg nach Außen und Abbau von sozialen und politischen Rechten im Inneren mit ihnen zu diskutieren. Neben der praktischen Unterstützung für die unmittelbaren Ziele der Anti-Kriegs-Bewegung bleibt unsere wichtigste Aufgabe, diese Zusammenhänge auch in den Gewerkschaften aufzuzeigen.

Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender, schloss seinen Redebeitrag mit folgenden Sätzen: »Wir wollen an die Stelle eines Rechts des Stärkeren die Stärke des Völkerrechts gesetzt wissen. Dafür lasst uns gemeinsam einstehen. Setzen wir den Kriegstreibern unseren Protest entgegen, den Protest von Millionen von Menschen in der ganzen Welt, unser Engagement und unsere Kraft, die Kraft der internationalen Friedensbewegung!«

Zwei Fragen an den Vorsitzenden der größten Einzelgewerkschaft der Welt:

1. Verbirgt sich in der Forderung nach Umsetzung des Völkerrechts das Ja der Gewerkschaftsführung zu einem Krieg, dessen Zustimmung durch die UNO die US-Regierung zu erzwingen versucht?

2. Ist die Gewerkschaftsführung zur Durchsetzung ihrer Forderungen bereit, ihre Möglichkeiten zur Mobilisierung ihrer Mitglieder einzusetzen? B., Berlin ■



FOTOS: DAVID BACON

Die Massendemonstrationen in den USA gegen einen Irak-Krieg drücken die innenpolitischen Schwierigkeiten aus, in denen sich die Bush-Regierung derzeit befindet. Ähnlich wie in Europa, wurden die Großdemonstrationen am 18. Januar in Washington und San Francisco sowie die am 15. und 16. Februar in New York und San Francisco von einem breiten, relativ lose organisierten Teilnehmerspektrum getragen, das auch Bevölkerungskreise aus dem bürgerlichen Lager umfasste. Zu diesen Großdemonstrationen kamen in den letzten Wochen auch zahlreiche lokale Kundgebungen und Mahnwachen in anderen, auch kleineren Städten der USA – ein deutliches Zeichen für die Breite des

Protestes. Inzwischen haben sich auch eine wachsende Zahl von Gewerkschaften gegen eine direkte militärische Intervention und für eine Fortsetzung der UN-Inspektionen im Irak ausgesprochen – auf nationaler Ebene unter anderem die Telefonarbeitsgewerkschaft CWA, die Hafendarbeitergewerkschaft ILWU, oder die Dienstleistungsgewerkschaft SEIU.

Die Bilder zeigen die Demonstration in San Francisco am 16. Februar 2003, die etwa 250.000 Teilnehmer hatte. Stark vertreten waren dabei die lokalen Einwanderergruppen aus Asien und Lateinamerika, unter denen die Ablehnung eines Krieges besonders weit verbreitet ist. 19.02.03 ■



Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns folgender Aufruf aus den USA. Er kommt aus dem Anti-Kriegsnetz aktiver Gewerkschafter in den USA und ist mittlerweile schon in vielen anderen Ländern verbreitet und unterschrieben worden. Wir halten diesen Aufruf vor allem deshalb für beachtenswert, weil er die Kriegsfrage mit der sozialen Frage verbindet und von daher eine Perspektive über die reine Friedens- und Antikriegsbewegung hinaus aufzeigt.

Unterstützungsadressen, weitere Informationen, Überblick über den Stand der Verbreitung des Aufrufs usw. können im Internet eingesehen werden unter der Adresse:

www.uslaboragainstwar.org

»U.S. Labor Against the War« (die amerikanische Arbeiterbewegung gegen den Krieg)

In Erwägung, dass wir mehr als 100 Gewerkschaftsvertreter von 76 örtlichen, regionalen und nationalen Gewerkschaftsorganisationen, zentralen Gewerkschaftsräten und anderen Arbeiterorganisationen, die über zwei Millionen Mitglieder vertreten, uns zu einer historisch einmaligen Konferenz in Chicago versammelt haben, um über unsere Sorgen angesichts der Kriegsdrohung der Bush-Regierung zu diskutieren;

In Erwägung, dass die Gewerkschaftsmitglieder und -verantwortlichen die Pflicht haben, die gesamte arbeitende Bevölkerung über die Fragen zu informieren, die ihr Leben, ihre Arbeit und ihre Familien betreffen und sich in der nationalen Diskussion über diese Fragen Gehör zu verschaffen;

in Erwägung, dass die Hauptleidtragenden jeder militärischen Aktion im Irak sowohl die Kinder der Arbeiterfamilien sein werden, die ihren Militärdienst machen, als andererseits die unschuldige irakische Zivilbevölkerung, die schon so viel erleiden musste;

in Erwägung, dass wir uns in keinerlei Gegnerschaft zu den Frauen, Männern und Kindern der breiten arbeitenden Bevölkerung im Irak noch in irgendeinem anderen Land empfinden;

in Erwägung, dass die Milliarden Dollar für die Organisation und Durchführung dieses Krieges unseren Schulen, Krankenhäusern und unserem sozialen Sicherungssystem entzogen werden;

in Erwägung, dass der Krieg als Vorwand genommen wird, um die demokratischen und Arbeiterrechte, die Rechte der Einwanderer und die Menschenrechte im Inland anzugreifen;

in Erwägung, dass Bushs Kriegstreiberei als Deckmantel für den Zusammenbruch der Wirtschaft und als Ablenkung von der Korruption der Großkonzerne und den Massenentlassungen dient;

in Erwägung, dass praktisch vorhersehbar ist, dass dieser Militärschlag die Wahrscheinlichkeit von terroristischen Vergeltungsaktionen erhöht;

in Erwägung, dass kein überzeugender Beweis für eine Verbindung zwischen dem Irak und El Kaida oder den Angriffen des 11. September erbracht wurde und dass weder die Bush-Regierung noch die UNO-Inspektionen bewiesen haben, dass der Irak eine tatsächliche Gefahr für die Nordamerikaner bedeutet;

in Erwägung, dass das militärische Vorgehen der USA gegen den Irak eine friedliche Lösung der Konflikte zwischen den Staaten in Frage stellt und die Sicherheit der ganzen Welt einschließlich der USA gefährdet;

in Erwägung der historischen Rolle der Arbeiterbewegung im Kampf für Gerechtigkeit gründen wir »U.S. Labor Against the War« (USLAW).

Wir beschließen, dass »U.S. Labor Against the War« entschiedenen Widerstand gegen Bushs Kriegspolitik leistet. Wir beschließen außerdem, dass »U.S. Labor Against the War« diese Erklärung verbreitet und die Aktionen der Gewerkschaften, der Arbeiterbewegung und der Gemeinschaften gegen den Krieg fördern wird.

Chicago, 11. Januar 2003 ■



Bewährungsprobe für ver.di: Nicht bestanden

Wer die Versprechungen aus dem ver.di-Gründungsprozess geglaubt hat, dass die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) eine Gewerkschaft neuen Typs mit geballter Schlagkraft sei, muss sich in dieser Hoffnung endgültig enttäuscht sehen. Solchen Erwartungen entsprachen Ablauf und Abschluss der Tarifrunde 2002/3 des öffentlichen Dienstes in keiner Weise. Die angekündigte neue Strategie (*»keine rituellen Regentänze«*, Bsirske) fiel schnell in die alten Rituale zurück, und die jedenfalls in wichtigen Teilen der Mitgliedschaft vorhandene Streikbereitschaft wurde wieder einmal wirkungslos vergeudet.

Für die neue Gewerkschaftsführung, viele ehrenamtliche Funktionäre und Teile der Basis gab es in dieser Tarifrunde zwei Eckmarken, an denen der Fortschritt zu messen sei:

1. Die neue Gewerkschaft ver.di muss ein Erfolg werden und dies gerade in ihrem Schwerpunkt, dem öffentlichen Dienst, beweisen;
2. das Trauma der Ereignisse in der Tarifrunde 1992, in der der ÖTV-Hauptvorstand gegen den Abstimmungswillen der Basis ein Ergebnis durchsetzte und deswegen massiv unter Druck geriet, darf sich nicht wiederholen. Aus Sicht der Gewerkschaftsspitze musste dies bedeuten, einen guten Abschluss zu erzielen, und zwar möglichst ohne die Risiken von Urabstimmung und Streik. An der Basis waren die Erwartungen unterschiedlich: Während die eher kämpferischen Teile nicht noch einmal um die Früchte der erwarteten Kämpfe betrogen werden wollten, gab es die andere Seite, die von dem Trommelfeuer der Propaganda der »leeren Kassen« beeindruckt war und sich mit »moderaten« Zuwächsen durchaus zufrieden geben wollte.

Die Tarifrunde 1992

In der Tarifrunde 1992 wurde der damaligen ÖTV-Führung ein Streik durch das harte Auftreten der Staatsvertreter förmlich aufgezwungen. Die vorhergehenden Jahre waren gekennzeichnet durch permanenten Reallohnabbau in einem Maße, das den Öffentlichen Dienst von der Lohnentwicklung in der Privatwirtschaft abkoppelte, und durch ständiges Zurückweichen der Gewerkschaft vor den Ansprüchen der Arbeitgeber. Selbst in der bürgerlichen Presse wurde die ÖTV als *»tarifpolitischer Papiertiger«* bezeichnet. Hinzu kam schon damals eine Diskussion über die steigende Staatsverschuldung, die durch die Transferkosten verschärft wurde, mit denen die Eingliederung der DDR und die Umkremplung deren Wirtschafts- und Sozialsystems zugunsten westdeutscher Konzerne finanziert wurden. Die Gewerkschaftsführung sah sich unter dem Druck einer streikbereiten Basis gezwungen, zu Urabstimmung und Streik aufzurufen.

Nachdem der Streik in einer ersten Phase in den kampfstarken Bereichen Müllabfuhr und kommunale Verkehrsbetriebe gut gelaufen war, kam es zum Schlichterspruch, der mit seinerzeit 4,7 Prozent Lohnerhöhung wie üblich näher bei den Arbeitgebervorstellungen lag. In der fälligen Urabstimmung wies die Basis diesen Abschluss mit klarer Mehrheit zurück, was für die meisten Pressevertreter, vor allem aber für den Hauptvorstand eine peinliche Überraschung

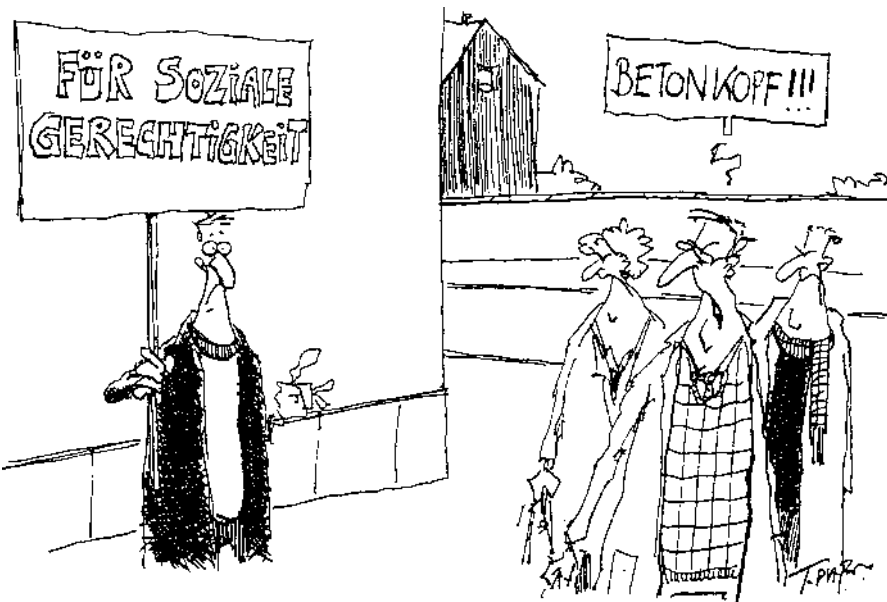
war. Die Ablehnung war gerade dort besonders stark, wo die Streikaktivitäten überdurchschnittlich groß waren. Satzungsgemäß musste die Gewerkschaftsführung den Streik fortsetzen. Sie versprach, einen Abschluss deutlich über dem Schlichterspruch zu erreichen.

Nach zwei Wochen erneutem Streik standen beide Seiten des Tarifpokers unter dem Druck einer möglichen Ausweitung in Verbindung mit gleichzeitig ablaufenden Warnstreiks in der Metallindustrie. Um dieser Gefahr die Spitze abzubrechen, schlossen öffentliche Arbeitgeber und ÖTV einen schnellen Kompromiss ab, der im Volumen nicht über dem Schlichterspruch lag. In der nunmehr dritten Urabstimmung erlitt die Gewerkschaftsführung erneut eine Niederlage. Da die Mehrheit für die Fortsetzung jedoch unterhalb des satzungsgemäß erforderlichen Quorums von 75 Prozent lag, war der Hauptvorstand formal berechtigt (nicht verpflichtet!), den Arbeitskampf abubrechen. Er tat dies aus den genannten Gründen und nahm die Verärgerung der streikbereiten Teile der Mitgliedschaft in Kauf. Die damalige Vorsitzende Wulf-Matthies musste freilich ihren Hut nehmen und ihre Karriere im Staatsapparat (Brüssel, Berlin) fortsetzen.

An diese als doppelten Betrug empfundene Entscheidung des Hauptvorstandes wurde noch in der diesjährigen Tarifrunde erinnert, wenn einzelne betriebliche Funktionäre die Befürchtung äußerten, es komme so wie 1992. Damals ist in der zweiten Phase umsonst gestreikt worden, wenn der Abschluss dann nicht höher lag. Der eindeutige, wenn auch satzungsmäßig interpretierbare Ausgang der dritten Urabstimmung wurde einfach beiseite geschoben. Für die ver.di-Führung der Tarifrunde 2002/3 hieß das, wenn sie einen Vertrauensverlust vermeiden wollte, dann musste sie unter den aktuell schwierigen Bedingungen (*»leere Kassen«*, harte Arbeitgeberhaltung, Finanzprobleme bei ver.di selbst) auf einen schnellen und ausreichenden Kompromiss am Verhandlungstisch setzen.

»ver.di muss ein Erfolg werden«

In den neunziger Jahren litt die ÖTV wie andere DGB-Gewerkschaften unter Mitgliederschwund, dementsprechend Verlust bei den Beitragseinnahmen. Auf die dadurch verursachte Finanzkrise reagierte sie wie andere DGB-Gewerkschaften nicht mit einer neuen gewerkschaftspolitischen Strategie, sondern durch Fusion mit anderen Gewerkschaften (HBV, IG Medien, DPG und DAG) zur neuen Gewerkschaft ver.di (vgl. arpo 1/99). Zwar fehlte es nicht an strategischen Begründungen, die zum Beispiel auf die wachsende Bedeutung neuer Dienstleistungssektoren im Gegenzug zum abnehmenden Gewicht des öffentlichen Sektors infolge von Privatisierung und Outsourcing eingingen. Dem sei eine Bündelung der für diese Bereiche zuständigen Gewerkschaften bzw. überhaupt ein Aufbau gewerkschaftlicher Aktivitäten in diesen Sektoren entgegenzustellen. Doch diese Diskussionen fanden nicht flächendeckend, sondern nur vereinzelt statt. Sie waren zumeist auf haupt- und ehrenamtliche Funktionäre beschränkt und stark von Vorgaben der Gewerkschaftsspitzen bestimmt. Gerade dieser



Ablauf des Nachvollzugs der von oben bestimmten Politik machte deutlich, dass es sich bei der Fusion zu ver.di nicht um eine schlagkräftige Gewerkschaft neuen Typs handelte, sondern um eine betriebswirtschaftlich organisierte Schadensbegrenzung der Finanzmisere. Freilich wurde selbst dieses Ziel nicht wirklich erreicht.

Die Mitgliederverluste gingen ungehemmt weiter, verstärkten sich sogar zunächst, weil nun eine erhebliche Zahl den Übergang von ihrer Altgewerkschaft zu ver.di zum Anlass nahm, über den Nutzen von Gewerkschaften neu nachzudenken und Konsequenzen zu ziehen. Eine wesentliche Rolle spielen finanzielle Überlegungen, das heißt zu geringe Lohnabschlüsse, Arbeitslosigkeit, Massenentlassungen. Die Erfahrung, dass der gewerkschaftliche Schutz hiergegen offensichtlich immer weniger greift, veranlasst viele KollegInnen – meist individuell – zu der Feststellung: »Verzichten kann ich auch allein – ich spare mir wenigstens den Gewerkschaftsbeitrag.« In den ersten acht Monaten nach der Gründung verlor ver.di auf diese Weise 67.000 zahlende Mitglieder, in den folgenden zwölf Monaten »nur noch« 60.000, was den Anlass dazu bot, befriedigt eine »Reduzierung des Mitgliederschwundes« festzustellen. In Funktionärskreisen hat man sich häufig schon resigniert damit abgefunden, dass die Austrittsbewegung nicht mehr zu stoppen ist, wenn die Entlassungswellen weiter gehen, wie zum Beispiel die Ankündigung von 54.000 Stellenstreichungen bei der Telekom.

Statt nun mit einer breit angelegten Strategiediskussion auf diese Schwächen einzugehen, wird bei ver.di versucht, kampagnenmäßig ein oberflächliches »Wir«-Gefühl zu erzeugen und sich damit irgendwie durchzuwursteln. »ver.di muss ein Erfolg werden«, hieß die Botschaft, eine starke Gewerkschaft, die für ihre Mitglieder etwas erreicht. Die Lohnrunden 2002 wurden freilich traditionell organisiert, nach wie vor branchenmäßig getrennt. Dies galt für alle Tarifrunden des Jahres 2002 (Druckindustrie, Papierverarbeitung, Einzel- und Großhandel, Versicherungen, Post, Telekom), in denen man sich an den von der IG Metall vorgegebenen Tarifergebnissen (»eine Drei vor dem Komma«) orientierte. Als Bewährungsprobe wurde der immer noch als Kernbranche verstandene öffentliche Dienst ausgegeben, in dessen Tarifrunde sich die neue Stärke erweisen musste. Spätestens ab Herbst 2002, dem Ablauf der geltenden Lohn- und Gehaltsta-

rifverträge, stand die ver.di-Führung hier einerseits vor dem Erwartungsdruck einer spürbaren Entgelterhöhung, andererseits vor einer harten Arbeitgeberhaltung ähnlich der Tarifrunde 2000, in der die damalige ÖTV einen mageren Abschluss mit langer Laufzeit erst nach einer siebenmonatigen Hängepartie bekam.

Die »neue« Strategie

Die Quadratur des Kreises hoffte die Gewerkschaftsführung mit einer neuen, vordergründig einfachen Logik hinzukriegen. »Die Tarifrunde des öffentlichen Dienstes ist die letzte des Jahres 2002, andere Branchen wie Metall, Chemie, Bau oder Druck haben die Margen gesetzt,« heißt es dazu in einem Vorstandspapier. Dem brauche man nur zu folgen, deutlich über drei Prozent Lohnerhöhung zu fordern, und schon habe man sich das übliche Ritual erspart, zwischen Forde-

rung und Angebot in einem längeren Hick-Hack die Mitte zu finden, und könne zu einem schnellen Ergebnis kommen. Dies sei auch für die Arbeitgeber von Vorteil, lautete der Appell an die Vernunft. Mit diesem Coup versuchte die ver.di-Führung sowohl die Arbeitgeber und die mediale Öffentlichkeit auf ihre Seite zu ziehen als auch die eigene Basis von zu hohen Erwartungen abzuhalten.

In der Mitgliedschaft wurde diese Vorgehensweise keineswegs durchgängig als Trick durchschaut, sondern in weiten Teilen durchaus als originelle Neuerung aufgefasst, der eine Chance zu gewähren sei. Dass auch die Aktiven an der Basis bereit waren, sich darauf einzulassen, dürfte zunächst einmal überraschen angesichts der weit verbreiteten Stimmung, dass nach den mageren Tarifrunden der letzten Jahre ein kräftiger Schluck aus der Pulle getan werden müsse. Dies gilt besonders für traditionell streikbereite Betriebe wie Müllabfuhr und Nahverkehr. Andererseits zeigt aber die Propaganda der »leeren Kassen« ihre Wirkung: Die Arbeitgeber verweisen auf ihre Zahlungsunfähigkeit und drohen mit weiterem Personalabbau. Wie in der privaten Wirtschaft auch läuft das natürlich ohnehin. Kommunen, Länder und Bund streichen Stellen, indem sie sie nach Ausscheiden von Beschäftigten nicht wiederbesetzen; sie schließen Einrichtungen und vergeben deren Aufgaben an Private, die angeblich oder tatsächlich billiger arbeiten; sie gliedern Einrichtungen aus, indem sie sie privatrechtlich organisieren; sie kaufen für ihre Nahverkehrsbetriebe Tochterunternehmen auf und leihen deren Fahrer aus, die als »privatwirtschaftlich« Beschäftigte billiger sind, damit gewerkschaftliche Solidarität und Kampfkraft untergraben. Die Angst um den eigenen Arbeitsplatz stand daher auch in dieser Tarifrunde für viele Beschäftigte im Vordergrund. Die niedrige Lohnforderung von drei Prozent, die die große Tarifkommission am 22. Oktober 2002 beschloss, bestätigte solche Stimmungen und wirkte zusätzlich demobilisierend.

So boten die vom 3. bis 18. Dezember verlaufenden Warnstreiks ein widersprüchliches Bild. In Ballungsgebieten wie dem Rhein-Main-Gebiet waren Beteiligung und Stimmung gut. Der stärkste Tag war Montag, der 17. Dezember, mit 110.000 Warnstreikenden in etwa 200 Städten. Schwerpunkte waren in Frankfurt, Hamburg, Düsseldorf und München die Flughäfen, die insbesondere von der Feuerwehr bestreikt wurden (die Flugzeuge müssen dann am Boden

Erhöhung in Prozent	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
in der Gesamtwirtschaft:	5,7	3,8	2,0	3,6	2,3	1,4	1,7	2,9	2,4	2,1	2,9
im Öffentlichen Dienst:	5,1	3,4	0,9	3,5	1,3	0,7	1,5	2,9	1,8	1,3	

bleiben), in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen die Müllabfuhr, in Bayern der Nahverkehr. Auf dem flachen Land und außerhalb der genannten Branchen passierte jedoch wenig. Und auch dort, wo die Ausgliederung von Stadtwerken, Entsorgung und Buslinien schon so weit gediehen war, dass sie dem öffentlichen Tarifrecht entzogen waren, konnten Warnstreiks nicht sinnvoll organisiert werden.

Die Gewerkschaftsführung meinte denn auch, mit diesen Warnstreiks ihre Pflicht erfüllt zu haben. Über Weihnachten sollte nichts passieren, was die bürgerliche Öffentlichkeit verprellt hätte. Es wurde nun Zeit, die Einigung mit den Arbeitgebern voranzutreiben. Die geschickte Auswahl der beiden Schlichter Koschnick und Lehmann-Grube, zwei frühere Oberbürgermeister und Sozialdemokraten aus der Blütezeit des Keynesianismus in Deutschland, und der einhellige Druck beider Verhandlungsseiten, man wolle auf gar keinen Fall einen Streik, waren die Voraussetzungen für das folgende Schmierstück eines Abschlusses, mit dem die Gewerkschaft sich erneut für mehr als zwei Jahre aus dem öffentlichen Dienst verabschiedet.

Die Ausgangslage: öffentliche Haushalte und Steuerpolitik

Die von der Gewerkschaft anerkannte Ausgangslage der Tarifrunde ist die Finanzmisere in den öffentlichen Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden. Die laufende Verschuldung dieser drei Ebenen wird für 2002 mit etwa 60 Mrd. Euro angegeben. Der Finanzplanungsrat forderte im April 2002 eine Begrenzung der Steigerungsrate des Bundeshaushaltes auf minus 0,5 Prozent, das heißt eine Senkung, für die Haushalte der Länder und Gemeinden auf ein Prozent. Während die Körperschaftssteuer im Jahre 2000 ein Plus vom 23,6 Mrd. Euro aufwies, mussten aufgrund der Steuerreform der rot-grünen Koalition in 2001 400 Mio. Euro, im ersten Halbjahr 2002 3,0 Mrd. Euro in die Unternehmerkassen zurückgezahlt werden. Die Gewerbesteuer ging in 2001 um zwölf Prozent, im ersten Halbjahr 2002 um weitere 13,6 Prozent zurück. Dazu kommen nicht bezifferte Belastungen durch die steigende Arbeitslosigkeit, geschätzte Kosten der Hochwasserfolgen von 20 Mrd. Euro, Ausfälle und Mehrausgaben bei den Sozialversicherungen. Für 2003 wurde vor der Tarifrunde noch ein Defizit im Bundeshaushalt von 14,3 Mrd. Euro bei einer damals prognostizierten Wachstumsrate von 1,5 Prozent angenommen. Dazu kommt die Drohung, dass die BRD als Wachstumsschlusslicht in Europa nicht in der Lage sei, die Maastricht-Kriterien einzuhalten, das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ist ohnehin von 2004 auf 2006 verschoben worden.

Die entstandenen Defizite sind die Folge der Steuerpolitik, die die Unternehmen immer mehr entlastet, und der Belastungen der Sozialversicherungen durch die Massenarbeitslosigkeit und deren Folgen. Diese Interessenpolitik zugunsten des Kapitals wird von Rot-Grün genauso betrieben wie von ihren Vorgängern und von den Gewerkschaften umso bereitwilliger mitgetragen, wenn die Sozialdemokratie

selbst diesen Abbau organisiert. Hier wird einhellig auf die Exportstärke des deutschen Kapitals gesetzt.

Diese Politik schlägt sich seit 1992 in ständig sinkenden Personalausgaben nieder, teils bedingt durch Stellenabbau, teils durch Privatisierung, teils dadurch, dass die Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst anderen Branchen deutlich hinterherläuft. Die Personalkostenquote, das heißt der Anteil der Löhne und Gehälter an den gesamten Ausgaben der jeweiligen Ebene, sank von 1991 bis 1999 beim Bund von zwölf Prozent auf 9,9 Prozent, bei den Ländern von 41,6 Prozent auf 38,1 Prozent und den Gemeinden von 31,3 Prozent auf 27,3 Prozent. In der Zeit von 1991 bis 2001 wurden etwa 2,1 Mio. Stellen (von 6,4 Mio. auf 4,3 Mio.) abgebaut. Darunter entfällt ein großer Teil auf die Privatisierungen von Bundesbahn (407.000) und Bundespost (663.000). Beim Bund fiel in dieser Zeit die Zahl der Beschäftigten von 652.000 auf 494.000, bei den Ländern von 2.572.000 auf 2.183.000, bei den Gemeinden von 1.996.000 auf 1.474.000, in allen drei Ebenen insgesamt von 5.220.000 auf 4.151.000 (ohne die Beschäftigten des Bundeseisenbahnvermögens, der Sozialversicherungen etc.). Unter diesen gibt es mittlerweile einen hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten: Bund 16 Prozent, Länder 32,1 Prozent, Gemeinden 36,3 Prozent. Überdurchschnittlich betroffen wurden die Beschäftigten in den ostdeutschen Ländern; dort wurden im Arbeiterbereich fast zwei Drittel aller Stellen abgebaut. Nichtsdestotrotz wird die Legende von der Arbeitsplatzsicherheit im öffentlichen Dienst immer noch verkündet und auch geglaubt.

Lohnentwicklung

Vor diesem Hintergrund ist auch die Lohnentwicklung zu sehen. Seit 1992 blieben die Tariferhöhungen fast durchweg hinter den anderen Branchen zurück, (siehe Kasten oben).

Die Tarifrunde 2000 mit ihren niedrigen Abschlüssen war seinerzeit im Bündnis für Arbeit abgesprochen, wie aus einem von der IG Metall veröffentlichten Protokoll klar hervorgeht und auch nie im Grundsatz bestritten wurde. DGB-Gewerkschaften berufen sich ja gern darauf, dass ihre Abschlüsse niemandem weh tun und ggf. über den Zuwachs an Kaufkraft der Konjunktur zugute kämen. Im Umkehrschluss folgt daraus natürlich, dass bei schwacher Konjunktur oder Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit an kräftige Tariferhöhungen nicht zu denken sei.

Die Tarifrunde im Jahre 2000 war die letzte der alten ÖTV (vgl. Arpo 3/2000). Sie war geprägt von einer harten Gangart der Arbeitgeber unter Schilys Führung, die den Abschluss über Monate verzögerte und die ÖTV-Führung zu Streikdrohungen zwang, die angesichts der schwachen Streikkasse und des ver.di-Gründungsprozesses jedoch kaum ernst gemeint waren. Mit deutlich unter zwei Prozent (s.o.) und einer überlangen Laufzeit von 31 Monaten kam ein magerer Abschluss zustande. Die ÖTV schlug damit zwei Fliegen mit einer Klappe: Weil die nächsten Tarifverhandlungen frühestens im Spätherbst 2002 anstanden, wurde

1. die SPD bis zur Bundestagswahl nicht mit einer Tarifrunde behelligt und

2. die im Laufe des Jahres 2001 stattfindende Fusion der ÖTV mit vier weiteren Gewerkschaften zu ver.di nicht gestört.

Zur jetzigen Tarifrunde warb ver.di vor allem um Verständnis in der Bevölkerung. Neben der Selbstverständlichkeit, dass auch Beschäftigte im öffentlichen Dienst eine angemessene Bezahlung verdienen, wurde erstmals die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte einer Kritik unterzogen, um die Forderung plausibel zu machen: »Am 30. September 2002 hatten Bund und Länder Schulden in Höhe von 1,103 Billionen Euro. Im vergangenen Jahr haben sich diese Schulden um rund 60 Mrd. Euro erhöht, also um etwa 5,5 Prozent.« Knapp 40 Prozent dieser Erhöhung – 24 Mrd. Euro – sind auf die ausgefallene Körperschaftssteuer zurückzuführen. Im Vergleich dazu war die ver.di-Forderung von drei Prozent Einkommenserhöhung eben winzig: Sie entspricht vier Mrd. Euro, das heißt 0,4 Prozent der Staatsverschuldung.

Forderung, Schlichtung und Abschluss

Die Tarifrunde wurde im Grunde schon mit der niedrigen Lohnforderung verloren, die auf ein Einvernehmen mit den Arbeitgebern abgestellt war. Zumindest den Aktiven mit Erfahrung musste klar sein, dass eine Eingangsforderung deutlich über drei Prozent nicht auf diesem Niveau abgeschlossen würde. In den nächsten Punkten ging es um die Angleichung der Osteinkommen bis zum Jahre 2007, die Übernahmeregelung der Auszubildenden und die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten, eine Standardforderung in den Verhandlungen. Außerdem wollte ver.di noch vor Weihnachten abschließen. Da aber die Urabstimmung für den Fall des Scheiterns schon auf Mitte bis Ende Januar festgelegt war, war klar, dass die Verhandlungen ins nächste Jahr gehen würden.

Am 6. Januar wurde die Schlichtungsempfehlung bekannt gegeben, die gegen die Stimmen der Arbeitgeber beschlossen wurde und sich erstaunlich nahe bei der ver.di-Forderung hielt. Sie lag freilich um einige Punkte darunter, doch mit dieser Empfehlung war schon weitgehend klar, dass die Verhandlungsseiten das von ihnen immer wieder öffentlich benannte wichtigste Ziel, nämlich einen Streik zu umgehen, schaffen würden. Die Schlichter boten an:

- ◆ Die Grundvergütungen werden ab 1. Januar 2003 um 2,4 und ab 1. Januar 2004 um weitere 0,6 Prozent erhöht, zusätzlich gibt es eine Einmalzahlung von 7,5 Prozent des jeweiligen Gehalts, maximal 216 Euro (West) bzw. 194 Euro (Ost);
- ◆ Angleichung der Ostentgelte bis 2007;
- ◆ zur »Entlastung« der öffentlichen Haushalte waren etliche »Kröten« zu schlucken: Laufzeit 18 Monate, Streichung eines freien Tages, Einfrieren des Weihnachtsgeldes, Senkung der Vergütungen für neu Eingestellte für ein Jahr, Ost-Beschäftigte zahlen erstmals in die Zusatzversorgungskasse ein;
- ◆ »Prozessvereinbarung« zur Neugestaltung des öffentlichen Tarifrechts.

Die Stimmungen der Mitglieder und ehrenamtlichen Funktionäre entsprachen etwa den Einstellungen bei den Streiks: Empörung in aktiveren Betrieben, Erleichterung bei anderen, dass der Schlichtungsspruch so »günstig« ausgefallen war. Besonders bei den hauptamtlichen Funktionären war das Aufatmen weit verbreitet, dass der Kelch doch noch einmal vorbei gegangen war. Noch am selben Abend beschloss die große Tarifkommission, den Schlichtungs-

spruch als Grundlage in die nächste Verhandlungsrunde mitzunehmen, das heißt sie erklärte umgehend, ihn annehmen zu wollen.

Für die Arbeitgeber war freilich die »Gegenfinanzierung« noch nicht gesichert. Sie forderten deshalb: entweder Arbeitszeitverlängerung von 38,5-Stunden-Woche auf 39-Stunden-Woche oder eine deutliche Verlängerung der Laufzeit. Die Arbeitszeitverlängerung wäre für viele ehrenamtliche Funktionäre der »point of no return« gewesen, bei dem sie es auf Urabstimmung und Streik hätten ankommen lassen. Also blieb nur die Verlängerung der Laufzeit auf 27 Monate bis Ende Januar 2005. Die Grundvergütung wird für 2004 ab 1. Januar zusätzlich um ein Prozent, ab 1. Mai wieder um ein Prozent angehoben, so dass die Tariferhöhung tabellewirksam am Ende bei 4,4 Prozent liegt, verteilt allerdings auf mehr als zwei Jahre. Ebenfalls im Sinne der Arbeitgeber wird die Angleichung Ost erst im Jahre 2008 für niedrigere, in 2010 für höhere Einkommen wirksam.

Mangel an Geschlossenheit und Konfliktbereitschaft

Was bleibt bei diesem mageren Ergebnis von der Parole übrig, das die neue Großgewerkschaft ver.di ein Erfolg werden muss? In Funktionärskreisen wird kolportiert, ein Ergebnis von 2,4 Prozent hätte die Alt-ÖTV in dem Zustand, in dem sie sich zuletzt befand, nicht erreichen können. Dies ist eine Behauptung ohne Beleg, die Zufriedenheit stiften soll. Nicht auf die schiere Größe und Finanzkraft wäre es angekommen, sondern auf Bewusstsein und Geschlossenheit. Beides war nicht vorhanden und wurde auch nicht ansatzweise gefördert. Festzustellen war eher eine Angst davor, die neue Organisation unter schwierigen Bedingungen einer Zerreißprobe auszusetzen, und zwar auf allen Ebenen.

Die Einigung mit den Arbeitgebern war vorrangig, und ihr Zustandekommen wird als Erfolg gewertet. Andererseits gibt es aber auch massive Unzufriedenheit, vor allem in den gut aufgestellten Betrieben, fest zu machen an Diskussionen über den Abschluss und an spontanen Austrittsdrohungen. Für diese Bilanzierung ist es vorläufig noch zu früh. Es muss aber immer zu denken geben, wenn der Ärger gerade in kampfstarken Betrieben wie Nahverkehr und Müllabfuhr besteht, während die eher schwachen Bereiche wie zum Beispiel Sparkassen oder Altersheime sich mit den Gegebenheiten (»leere Kassen«) abfinden und zufrieden sind, dass immerhin mehr als zwei Prozent herausgekommen sind. Insgesamt liegt aber der öffentliche Dienst wieder einmal deutlich unter den Abschlüssen der wichtigsten anderen Branchen.

Der Mangel an Geschlossenheit bzw. teilweise an Streikbereitschaft erklärt sich durch die Angst der Beschäftigten vor Arbeitsplatzabbau in verschiedenen Formen: Kündigung, denn schließlich handelt es sich nicht immer um Beamte; Nichtbesetzung frei gewordener Stellen, dadurch zunehmende Belastung für diejenigen, die noch da sind; Versetzung auf schlechtere Arbeitsplätze; Privatisierung von Abteilungen und dadurch bedingte Schlechterstellung. Der öffentliche Dienst schrumpft rapide, und der Abschluss von Anerkennungstarifverträgen bei Outsourcing wird zunehmend schwieriger. Hinzu kommt die »öffentliche Meinung«: Die jahrzehntelange Gehirnwäsche, dass in den öffentlichen Haushalten bei den Ausgaben gespart werden muss, zeigt Wirkung, weil Alternativen, die etwa auf die Einnahmeseite hinweisen, also auf die »verfehlte«, besser gesagt: die Unter-

nehmen begünstigende Steuerpolitik, sich nicht ausreichend Gehör verschaffen können.

Tarifflicht und Privatisierung

Schließlich steht noch die Drohung der Arbeitgeber mit dem Austritt aus den Arbeitgeberverbänden, das heißt Tarifflicht, im Raum. Haben bisher die Kommunen bei Privatisierungen häufig verbindlich zugesagt, dass die neuen privatrechtlichen Unternehmen weiter einem VKA-Verband (VKA: Verband der kommunalen Arbeitgeberverbände) angehören, so drohen inzwischen selbst Städte mit dem Austritt. Mehrere Länder im Osten (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) erwägen die Gründung eines eigenen Arbeitgeberverbandes, selbst West-Länder (Baden-Württemberg, Saarland) spielen mit dem Gedanken, aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) auszuschneiden. Mit Berlin gibt es diesen Testfall bereits (siehe Artikel in diesem Heft). ver.di muss in der Hauptstadt isoliert um die Anerkennung des Tarifabschlusses kämpfen, der Finanzsenator fordert bereits Nullrunden bis 2006.

Die relative Stärke der ÖTV in der Nachkriegszeit bestand darin, dass sie durch Verhandlungen mit den öffentlichen Arbeitgebern die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen von Millionen von Menschen mitbestimmen konnte. Sie setzte damit Standards, die sowohl in den unmittelbaren staatlichen Einrichtungen (Behörden) wie auch in den mittelbaren (Krankenhäusern, Universitäten, öffentlicher Nahverkehr, Ent- und Versorgungsunternehmen), den Sparkassen, Wohnungsbaugesellschaften, den Kirchen und den Sondervermögen des Bundes (Bundespost, Bundesbahn) ihren Niederschlag fanden. Sie setzten wegen ihrer Tragweite auch Maßstäbe für große Teile der Privatindustrie. ÖTV/ver.di haben in den letzten Jahren die Auflösung dieses Tarifverbundes weitgehend passiv hingenommen. Der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und der damit einher gehenden Veränderungen der Tarifstrukturen setzte sie wenig gewerkschaftlichen und schon gar keinen politischen Widerstand entgegen. Sie nahm es auch hin, dass den ehemals öffentlichen Unternehmen private Konkurrenz erwuchs und Firmen entstanden, die an keine Tarifverträge gebunden sind.

ver.di kann den veränderten Verhältnissen in vielen Bereichen (u.a. Krankenhäusern, Behörden, etc.) derzeit nicht einmal mit gewerkschaftlichen Mitteln begegnen, weil die organisatorischen Strukturen dort schwach oder überhaupt nicht vorhanden sind. Während sich die Wirklichkeit in den letzten Jahren massiv verändert hat, agieren die Funktionäre immer noch so, als ob die alten Zeiten fortbestehen würden, die nur eine gewerkschaftliche Präsenz auf zentraler Ebene und in wenigen kampfstarken Bereichen (Müllabfuhr, öffentlicher Nahverkehr) verlangten. ver.di steht nun vor dem Problem, dass die langjährige politische Passivität in der Frage der Privatisierung auch den Kernbereich der staatlichen Verwaltung berührt. Sie hat die Rahmenbedingungen dieses Prozesses nie infrage gestellt und nur selten durch eigene Vorstellungen etwa zur Erhaltung und den Ausbau der Daseinsvorsorge versucht, ein eigenes politisches Ziel zu formulieren.

Auflösung des öffentlichen Tarifrechts

ver.di hat bisher noch keine Antwort darauf, was geschehen soll, wenn TdL und VKA auseinander brechen sollten und damit der immer noch größte Flächentarifvertrag im Bundes-

gebiet zerfällt. Tarifflicht ist nicht das einzige Mittel, die Spaltungstendenzen weiter zu treiben. Die Arbeitgeber haben ein weiteres Instrument, das sowieso in Arbeit ist, in dieser Tarifrunde verbindlich festschreiben lassen: die »Reform« des öffentlichen Tarifrechts, das bis 2004 neu geregelt werden soll. Bisher schon gibt es sieben Manteltarifverträge (vier für Arbeiter, drei für Angestellte), acht unterschiedliche Entgelttabellen (eine für Arbeiter, zwei für Angestellte, eine für den Pflegedienst, diese jeweils doppelt, nämlich auf niedrigerem Niveau für den Osten) sowie inzwischen zwei Spartentarifverträge: einer bundesweit für die Versorgungsbetriebe und ein weiterer im Nahverkehr des Landesbezirks Nordrhein-Westfalen. Mantel- und Entgelttarifverträge für Arbeiter und Angestellte wurden bisher aber immer gemeinsam verhandelt, weil die Strukturen sehr ähnlich sind.

In der Ausweitung der Spartentarifverträge sehen die Arbeitgeber das eine Zukunftsmodell: Damit sind die gemeinsamen Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst so wie bisher nicht mehr möglich. Das andere Modell ist die Ausgestaltung des diesen Spartentarifverträgen vorgeschalteten, abgespeckten allgemeinen Teils. Dieser soll sich an privatwirtschaftliche Muster anlehnen. Dazu gibt es ein Hundert-Punkte-Papier bei ver.di und Kritik daran. Schwerpunkte sind die Einführung von Leistungskomponenten in der Bezahlung, wie sie inzwischen bei Post, Telekom und Bahn bereits eingeführt sind; die Abschaffung der Sozialzuschläge, das heißt des Prinzips, dass im öffentlichen Dienst nicht nur die einzelne Arbeitskraft bezahlt, sondern auch deren Familienstand beim Entgelt berücksichtigt wird; Einführung einer Niedriglohngruppe und von abgesenkten Einstiegsgehältern. Die Begründung für dieses Entgegenkommen der Bundestarifkommission als Verfasser dieses Papiers geht in Richtung »kleineres Übel«: Wenn man das öffentliche Tarifrecht vor Tarifflicht von Bund, Ländern und Gemeinden retten wolle, müsse man es reformieren, sprich: die von ihnen gewünschten Anpassungen an privatwirtschaftliches Tarifrecht vornehmen.

Das Verhältnis zu Rot-Grün lähmt die Gewerkschaften

ver.di mangelte es nicht nur an einer Strategiediskussion, ihr sind auch politische Adressaten abhanden gekommen. Hatten sich die Gewerkschaften bis jetzt auf die soziale Gestaltung der Nachkriegsgesellschaft konzentriert und dabei in den wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen und Parteien Partner gesehen, so haben sich diese spätestens nach der letzten Bundestagswahl von ihr abgewandt. Die Gewerkschaften sind in den letzten Monaten von Unternehmern, der Bundesregierung wie der parlamentarischen Opposition für alles verantwortlich gemacht worden, was als reales oder vermeintliches gesellschaftliches Problem angesehen wird: Für die Krise der Staatsfinanzen, für die Leistungsschwächen der Sozialsysteme und für die mangelnde Flexibilität der Unternehmer bei Einstellungen. Die Höhe der Löhne, die Lohnnebenkosten und die Schutzrechte für Arbeitnehmer (zum Beispiel Kündigungsschutz) werden zum Hemmnis für einen ökonomischen Aufschwung und die Konsolidierung der Staatsfinanzen erklärt.

ver.di stand in dieser Tarifrunde vor dem Problem, dass die gegenwärtige Regierung, die sie als die ihre begreift, das Entgegenkommen nicht honorierte. Die Gewerkschaften hatten einen entscheidenden Anteil an der Wiederwahl der jetzigen Bundesregierung. Durch die Mobilisierung von Funk-



KÄMPFENDE TARIFPARTNER

tionären und einfachen Mitgliedern sorgten sie dafür, dass die sozialdemokratischen StammwählerInnen doch noch zur Wahl gingen und ihr Kreuz bei der SPD machten. Monatlang hatte es in Mitgliederzeitungen, Funktionärgazetten, Betriebszeitungen und Email-Verteilern geheißt, die Wahl Stoibers werde zu einem sozialen Kahlschlag führen und insbesondere den Flächentarifvertrag zerstören. So wurde mal wieder zur Wahl des »kleineren Übels« aufgerufen.

Die ersten Entscheidungen der Bundesregierung schienen die Hoffnung der Gewerkschaftsvorstände auf eine Politik, die auch die sozialen Interessen der Beschäftigten berücksichtigt, zu bestätigen. Aus Gewerkschaftskreisen hieß es, die Beschlüsse des rot-grünen Kabinetts zur Schließung der Haushaltslücken seien als Beitrag zu einer gerechten Steuerpolitik zu begreifen. Als dann die Organisationen des Mittelstandes und der Kleinbürger ihre Klientel mobilisierten und massive Gegenkampagnen organisierten, hielten die Gewerkschaften nicht etwa dagegen, sondern blieben passiv. Für die Bundesregierung war dies ein Signal, ihre zukünftigen Beschlüsse stärker an den Bedürfnissen dieser Bevölkerungskreise als an denen der Gewerkschaften zu orientieren. Dass sie ohnehin schon vor der Wahl die Übernahme der Hartzpläne angekündigt hatte, wurde von den Gewerkschaftsspitzen mit Schweigen übergangen, was um so leichter fällt, als die meisten Beschäftigten nicht unmittelbar betroffen sind. Es ist der Regierung gelungen, ver.di als zahnlosen Tiger vorzuführen. Die Gewichtsverlagerung im Bundesrat durch die Landtagswahlen vom 2. Februar in Hessen und Niedersachsen werden den Druck auf die Gewerkschaften verstärken.

Die Klassenfrage in der Steuerpolitik

In einem Punkt begann die Tarifrunde zunächst positiv, nämlich beim Thema Steuerpolitik, offenbarte dann aber wieder die Halbherzigkeit der Gewerkschaft. Die Forderung der öffentlichen Arbeitgeber auf eine Nullrunde begriff der ver.di-Bundesvorstand zunächst so, wie sie gemeint war: als Angriff auf die Beschäftigten, um die Steuerprivilegien der Unternehmen und großen Vermögen aus der Schusslinie zu halten. In seiner Eröffnungsrede zu den Verhandlungen

erklärte Bsirske: »Die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte ist nicht gottgegeben, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen, zu denen es sehr wohl Alternativen gibt. ... Wir müssen feststellen, dass im Zuge der Unternehmenssteuerreform die Körperschaftsteuer quasi verdampft ist. ... Es verträgt sich nicht, einerseits Steuergeschenke an die Reichsten im Lande zu machen und auf der anderen Seite dafür Krankenschwestern, Kanalisationsarbeiter, Erzieherinnen und Feuerwehrleute zahlen zu lassen.«

Was er dabei zu erwähnen »vergaß«, war die schlichte Tatsache, dass Alternativen nicht bloß eingefordert, sondern erkämpft werden müssen. Nach Schilys scharfer Antwort, Steuerpolitik sei nicht Sache der Gewerkschaften und schon gar nicht in der

Tarifrunde (also auch nicht Sache der Lohnabhängigen, denen der größte Batzen abgezwickelt wird), war das Thema vom Tisch und wurde bis zum Ende der Verhandlungen von keinem der beteiligten Funktionäre mehr aufgegriffen. Die lange Laufzeit der neuen Tarifabschlüsse verschafft der Bundesregierung sogar einen weiteren Vorteil: Weitere Belastungen, etwa in der »Reform« des Gesundheitswesens, können voraussichtlich ohne nennenswerte gewerkschaftliche Gegenwehr durchgesetzt werden.

Im weiteren Vorgehen in der Kampagne um die Wiedereinführung der Vermögensteuer sucht ver.di den Erfolg auch eher in der Zusammenarbeit mit »Sozialpartnern« und vermeintlichen Bündnispartnern als in der Aufklärung und Mobilisierung der Mitgliedschaft. So wird ein Bündnis mit dem Deutschen Städtetag angepeilt – das Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit lässt grüßen. In der Mitgliederzeitschrift »ver.di-Publik« wird ein Millionär vorgestellt, der die Bundesregierung darum bittet, ihn und seinesgleichen doch korrekt zu besteuern, denn sie hätten Geld genug und auch ein Interesse daran, dass es in diesem Land eine gute Infrastruktur und in dieser Gesellschaft genug sozialen Kitt gebe, um sie zusammenzuhalten. Solche Aktionen täuschen Handeln vor, vernebeln die wirklichen Bedingungen in der Klassengesellschaft und fördern so die Entpolitisierung der Mitgliedschaft.

Seitens der Gewerkschaftslinken muss das Thema verstärkt in die Debatte gebracht und politisiert werden, zusammen mit schon bestehenden, auch außergewerkschaftlichen Ansätzen wie zum Beispiel Anti-Hartz-Bündnissen, Erwerbslosengruppen, Sozialhilfeinitiativen. Der rein gewerkschaftliche Widerstand stößt hier an Grenzen, die vom sozialpartnerschaftlichen Politikverständnis und Co-Management mit Regierungen/Kommunen bei allen DGB-Gewerkschaften, auch bei ver.di eng gesetzt sind. Die traditionelle Gewerkschaftsorganisation kann weder den erreichten Stand der Tarifpolitik für die »Alt-Beschäftigten« verteidigen, noch ist sie in der Lage, die Beschäftigten in den neuen Arbeitsverhältnissen und die Arbeitslosen effektiv zu vertreten. Sie ist aus sich heraus nicht fähig, sich als gewerkschaftliche und politische Gegenkraft zu definieren.

5.2.2003 ■

Tariffucht des Berliner Senats – und die Gewerkschaft läuft hinterher

Während im Bundesgebiet die Tarifrunde im öffentlichen Dienst Anfang Januar zu Ende ging, ist sie in Berlin noch lange nicht beendet. Die Auseinandersetzungen um einen neuen Tarifvertrag auf Bundesebene wurden vom Berliner Senat an die Frage eines »Sanierungsbeitrages« der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gekoppelt. Im Vordergrund stand seine Ankündigung, für eine Tarifierhöhung keinerlei Mittel bereitstellen zu wollen. Im Hintergrund steht die Drohung mit massiven Kündigungen, wenn der vertragliche Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen Ende des Jahres ausläuft. Mit dem lange angekündigten, am 8. Januar 2003 vollzogenen Austritt des Landes und der meisten Hochschulen aus dem Arbeitgeberverband bricht die SPD-PDS-Koalition aus dem bundesweiten Rahmen der Tarifverträge aus. Die Gewerkschaften zeigen sich empört und ratlos. Für den 17. Januar einberufene Tarifverhandlungen mit dem Senat wurden sogleich vertagt. Auch wenn es noch mehrere Aufschübe geben wird: Die Auseinandersetzung lässt sich nicht mehr vertagen, obwohl sich viele Beschäftigte bereits mit baldigen Verschlechterungen abgefunden haben. Zum einen geht es für ganze Gruppen von Lohn- und Gehaltsabhängigen um die Substanz sowohl in Fragen der Arbeitsbedingungen und Zeiten wie beim Einkommen. Zum anderen lässt sich beim Personal gar nicht soviel sparen, wie zu einer Verminderung der Neuerschulung des Landes Berlin nötig wäre. Der Schuldenstand Berlins wird weiter wachsen, und damit auch auf Jahre hinaus der Spar»zwang«, dem sich die Sanierer aus allen Parteien beugen wollen.

Ein angekündigter Austritt

Aber alles der Reihe nach. Die Berliner Situation zeichnet sich durch einige Besonderheiten aus. Seit 1994 ist das Land Berlin wegen der politisch gewünschten Ost-West-Angleichung nicht mehr Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL). Berlin wurde damals ausgeschlossen. Es wurden spezielle Arbeitgeberverbände gegründet: der Verband der öffentlichen Arbeitgeber Berlins und der Kommunale Arbeitgeberverband Berlin (KAV für Arbeiter). Diesen Arbeitgeberverbänden gehörten neben dem Land die öffentlichen Betriebe (BVG, BSR, Bühnen, Hochschulen, Wasserbetriebe, Bewag, die Vivantes GmbH der städtischen Krankenhäuser) an. Seinerzeit wurde auch ein Anwendungstarifvertrag vereinbart, der die Übernahme von Tarifvereinbarungen auf Bundesebene für Berlin garantiert.

Nach dem »Scheitern« des Unsolidarpaktes (siehe den folgenden Artikel aus der Zeitung »Berlin von unten«, Nr. 3) leitete der Senat im Oktober letzten Jahres die nächste Phase der Auseinandersetzung ein: Da die Drohungen nicht gefruchtet hatten, mussten nun Taten her. Diese Taten gingen rasch über die Drohkulisse hinaus, die der Senat zuvor aufgebaut hatte. Als erstes trat der Senat mit Dreimonatsfrist zum 31. 1. 2003 aus dem KAV aus, um für 13.600 Arbeiter im Landesdienst die erwartete Tarifierhöhung nicht mehr zahlen zu müssen. Anschließend erklärte der Innensenator, einen vorgezogenen Ausstieg aus dem Übernahmetarifvertrag für

Angestellte zu prüfen, der – als Drohung – ohnehin für Ende 2003 angekündigt war. Mit markigen Worten verwies daraufhin Burkhard Thiemann von ver.di Berlin auf die Rechtslage und eine baldige »Offensive« der Gewerkschaften, die mit eigenen Vorschlägen aufwarten wollten. Die Offensive blieb allerdings aus, da die fast 300 Kolleginnen und Kollegen in der Funktionärskonferenz am 12.11. sich nicht geneigt zeigten, eine Teilkapitulation gegenüber dem Senat mit einer »Offensive« zu verwechseln und ihren Segen dazu zu geben (siehe den folgenden Artikel). Am 13.11. stellten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (ver.di/GEW/GdP) mit dem DGB Berlin-Brandenburg nur eine Kritik des »Solidarpaktes« und einige Sparvorschläge vor, die sich wegen der Geltung der bundesweiten Tarifverträge auf Fragen jenseits der »Öffnung des Tarif- und Beamtenrechts« beschränkten. Die weiterreichenden »Vorschläge« aus dem Apparat von ver.di Berlin verschwanden erst einmal in der Schublade.

Eine Mobilisierung der Mitglieder fand aber nicht statt. Statt dessen setzte ver.di Berlin auf eine Werbekampagne, die deutlich machen sollte, dass nur Gewerkschaftsmitglieder in unruhigen Zeiten abgesichert seien. Nur wer Gewerkschaftsmitglied ist, hat Anspruch auf die Leistungen des gültigen Tarifvertrages. Ihre Arbeitsverträge können nicht durch Individualabreden (etwa Einschränkung des Urlaubsgeldes, des Weihnachtsgeldes etc.) einseitig verändert werden. Deshalb: Eintreten! Seit Jahren ungekannte Eintrittszahlen, in einige Einrichtungen Dutzende pro Tag. In Berlin müssen es Tausende sein, die auf diesem Weg vor allem Sicherheit suchen. Dennoch liegt der Organisationsgrad in den Verwaltungen und im Gesundheitsbereich real bei nicht mehr als 15 Prozent. Eine wirkliche Organisierung, die über die bloße Erfassung von Mitgliedern hinausgeht, ist nicht in der Planung. Zudem drängten die Berliner Gewerkschaften auf einen bundesweiten Tarifabschluss noch vor dem Februar, damit der neue Vertrag eben auch für die Arbeiter des Landes noch gültig werden sollte und damit der Flächentarifvertrag »erhalten« wird. Schließlich verfasste ver.di Berlin einige Flugblätter und ein Leporello, ein schönes Faltblatt, das mit einer Auflage von 20.000 Exemplaren dem Druck der senatsfreundlichen Presse-Meinung begegnen sollte.

Statt zu wirklichen Taten zu schreiten, verließ sich ver.di auf die Bundesebene und auf Drohungen. Der Senat aber handelte weiter. Er erklärte nicht nur am 6.11. die »extreme Haushaltsnotlage« und verpflichtete sich damit zu weitgehenden Vorleistungen bei der »Sanierung« des Berliner Haushalts. Er startete auch eine Bundesratsinitiative, die eine zehnprozentige Verminderung der Beamtenbezüge ermöglichen sollte. Als dann mit dem Bremer Schlichterspruch ein baldiger Abschluss im öffentlichen Dienst absehbar war, trat das Land Berlin noch vor dem Ende der Tarifverhandlungen im Bund mit »sofortiger Wirkung« am 8.1.2003 aus den Arbeitgeberverbänden aus. Diese – nicht in den Statuten vorgesehene – Kündigung der Mitgliedschaft wurde vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes aber nicht beanstandet: Kein Wunder, ist der Senat doch hier im Wesentlichen mit sich allein. Die Idee, rechtlich gegen den Austritt vorzugehen, hat nicht viele Chancen, weil gegen Statutverletzungen sich nur Mitglieder der Körperschaft, also des Arbeitgeberverbandes verwahren könnten. Inwieweit auch die Übernahmetarifverträge mit ihren Anpassungsklauseln mit dem Austritt hinfällig werden, ist rein rechtlich unklar. Es gibt bisher keine vergleichbaren Fälle und daher

Gewerkschaftliche Bündnispartner?

Die neue Ausgabe von »ver.di PUBLIK« nimmt sich auch der Tariffucht des Berliner Senats an; allerdings lediglich als kurze Randbemerkung in dem Leitartikel, der uns das Tarifiergebnis als großartigen Erfolg verkaufen will.

»[...] aber Sachsen-Anhalt hält sich beispielsweise die Option offen, wie Berlin den Arbeitgeberverband zu verlassen. Davon rät der Verhandlungsführer der Arbeitgeber, Bundesinnenminister Otto Schily ab: »Die öffentlichen Arbeitgeber können sich gegen die mächtige Gewerkschaft ver.di nur behaupten, wenn sie geschlossen und solidarisch auftreten.« In Berlin wird sich bei den Mitte Januar begonnenen Verhandlungen zeigen, ob die Arbeitgeber den von ihnen erwarteten Vorteil aus ihrer Tariffucht ziehen können. [...] Gerade vereinbarte Frank Bsirske mit der Präsidentin des Deutschen Städtetags, der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, Gespräche über ein Bündnis zur Finanzreform der Kommunen.«

Die Gewerkschafter, die versuchen in Betrieben und Behörden ihre KollegInnen gegen die Tariffucht des Senats zu mobilisieren, reiben sich verwundert die Augen. Der Bundesinnenminister und eine CDU-Bürgermeisterin als Bündnispartner, mit deren Hilfe der Flächentarifvertrag verteidigt werden soll? Herrscht in der Vorstandsetage von ver.di am Potsdamer Platz schon eine derartige Ratlosigkeit, fühlen sich die Spitzenfunktionäre schon so schwach, dass sie die Verteidigung gewerkschaftlicher Interessen nun den Arbeitgebern übertragen wollen? Oder hat ver.di den Flächentarifvertrag klammheimlich schon längst begraben? Wer mit derartigen Äußerungen und Vorschlägen auftritt, fördert weder das Engagement noch die Geschlossenheit in den eigenen Reihen, sondern verstärkt die schon vorhandene Orientierungslosigkeit und Passivität. Den Schuldigen für eventuelle gewerkschaftliche Misserfolge kann die ver.di-Vorstandsetage dann in der mangelnden Bereitschaft der vielbeschworbenen Basis suchen. 9.2.2003 ■

ginge die Sache wohl bis zum BAG – mit dem entsprechenden Zeitaufwand. Mehr als Drohkulisse bei Verhandlungen scheint damit nicht gewonnen zu sein.

Bei der Kündigung des Senats, die allein für die etwa 70.000 direkt beim Land beschäftigten Angestellten und Arbeiter gilt, blieb es nicht. Auf Druck der Landesregierung haben auch die Berliner Hochschulen (außer der FHTW) ihren sofortigen Austritt aus dem Arbeitgeberverband und den Tarifverträgen erklärt. Dieser Schritt war vom Senator Flierl (PDS) schon im Herbst den Hochschulen nahegelegt worden, und traf damals noch auf Kritik des Innensenators Körting (SPD). Alles Geschwätz und Geschichte. Die FU wurde mit der Drohung einer drastischen Kürzung (20 Prozent) ihrer Mittel zum Austritt regelrecht erpresst. Die Personalkosten der Hochschulen machen einen wesentlichen Teil der »Sachkosten« aus, mit denen der Senat die Einrichtungen finanziert. Das Kuratorium der FHTW hatte sich bereits im Dezember festgelegt und einen Austritt aus dem Arbeitgeberverband abgelehnt. Diese Entscheidung wurde am 22.1. bestätigt und wird wahrscheinlich zu juristischen Auseinandersetzungen zwischen Hochschule und Landesregierung

führen. Mit einem ähnlichen Hebel wie bei den Hochschulen wird der Senat auch die Geltung der Tarifierhöhung im Bereich der so genannten »Freien Träger«, das heißt der Wohlfahrtsverbände verhindern können. Auch diese sind auf die Übernahme ihrer Personalkosten durch das Land angewiesen, und können schwerlich eine Aufstockung ihrer Zuschüsse wegen der Tarifabschlüsse durchsetzen – und werden es auch nicht versuchen. Die Diakonie Berlin-Brandenburg (etwa 45.000 Beschäftigte) hat bereits ihren Austritt aus dem Geltungsbereich des BAT angekündigt.

Anders ist die Situation in den traditionell kampfstärksten Bereichen des öffentlichen Dienstes, bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) und der Berliner Stadtreinigung (BSR). Diesen Unternehmen hat der Senat einen Austritt nicht »nahe legen« wollen: Der Senat nimmt diese Bereiche zielgerichtet aus der Auseinandersetzung um die künftige Tarifgestaltung in Berlin heraus. Der ehemals zusammenhängende Bereich des ÖD ist nunmehr fein filetiert.

Der Senat legt in den nun anstehenden Auseinandersetzungen das ganze Konzept des »Solidarpaktes« wieder auf den Tisch. Seine Position fällt um so härter aus, als die Bundesratsinitiative über die »Flexibilisierung der Beamtenbezüge« inzwischen vom Tisch ist. Seit Bayern Ende 2002 klargemacht hat, dass es eine Flexibilisierung auch nach oben befürwortet, und damit den ostdeutschen Ländern eine massive Abwerbekampagne ankündigte, ist das Projekt mausetot. Also wird sich der Senat an den Arbeitszeiten der Beamten (zwei Stunden mehr pro Woche) und den Einkommen der Arbeiter und Angestellten schadlos halten wollen. Im Einzelnen fordert der Senat:

- ◆ Eine Anrechnung der Tarifangleichung Ost an West aus dem Jahre 1994 auf einen möglichen Tarifabschluss.
- ◆ Verzicht auf Tarifierhöhungen bis 2006.
- ◆ Ab 2007 Tarifsteigerungen auf diesem abgesenkten Niveau.
- ◆ Verzicht auf Urlaubsgeld für alle bis 2005.
- ◆ Kürzung des Weihnachtsgeldes ab Vergütungsgruppe VI b bis 2005.

Die Tarifgruppe VI b markiert für den Senat bereits die Grenze zu den gehobenen Gehältern, wo es auf das Weihnachtsgeld nicht mehr so ankommt. Die angebotenen Gegenleistungen fallen ebenso »sozial« aus:

- ◆ Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen für weitere zwei Jahre bis Ende 2006.
- ◆ Stufenweise Einführung der 38,5-Stunden-Woche im Ostteil.
- ◆ Rücknahme der Pflichtstundenerhöhung für angestellte Lehrkräfte.
- ◆ Ein Einstellungskorridor für Azubis in der allgemeinen Verwaltung mit einjähriger Beschäftigungsgarantie.
- ◆ Übernahme des Verhandlungsergebnisses für die Hochschulen und andere tariffüchtige Einrichtungen.

Die Gewerkschaften setzen diesem Diktat zwei Forderungen entgegen:

1. ein Anwendungstarifvertrag zur Übernahme des Bundestarifvertrages des ÖD in Berlin und
2. die Weiterführung der »Beschäftigungssicherung« – mit der bereits ein massiver Abbau von Stellen im ÖD realisiert wurde – mit einem Tarifvertrag.

Nicht übermorgen, aber sicher noch im Frühjahr, stehen Streiks im ÖD Berlins vor der Tür. An den Auseinandersetzungen beteiligen sich neben ver.di, die GdP, die GEW und

die IG BAU, wobei ver.di selbstverständlich die entscheidende Rolle spielen wird.

Ratlose Gewerkschaft

Den Zustand von ver.di beleuchtet die Funktionärskonferenz, die am 9.1., am Tag nach dem Austritt, unter Beteiligung von etwa 250 ehrenamtlichen Funktionären über die Bühne ging. Diese 250 Kolleginnen und Kollegen vertreten etwa 140.000 Organisierte.

Die Veranstaltung begann mit einem Missklang. In der Endphase der Bundestarifverhandlungen wollten die Anwesenden eigentlich etwas über diese Verhandlungen erfahren, auch wenn die Geltung des Abschlusses in Berlin seit dem Vortage in Frage stand. Aber die Landesbezirksvorsitzende, Susanne Stumpfenhusen, mochte zu den Verhandlungen nichts sagen, um Spekulationen und Vermutungen nicht Raum zu geben. *»Fragt die Mitglieder der Tarifkommission«*. So schlau waren die Anwesenden schon selbst gewesen. Wer Mitglieder der Tarifkommission kannte, hatte die Eckpunkte der wenig später veröffentlichten *»Einigung«* bereits schriftlich vor sich: Laufzeit, Volumen usw. Aber die LB-Vorsitzende unterband eine gemeinsame Debatte zu diesem Punkt. Sie wusste wohl, warum, da sie in ihrem Beitrag das absehbare Ergebnis als *»stark vermittlungsbedürftig«* bezeichnete. Nach der Veranstaltung auf dem Heimweg konnten sich alle Teilnehmer dann privat, zum Beispiel in einem *»Life«*-Bericht des ORB-Radio aus Potsdam, über den aktuellen Verhandlungsstand genau informieren.

Der zweite Punkt des Interesses, die tags zuvor verkündeten Austritte aus den Arbeitgeberverbänden, wurde dagegen zur offenen Diskussion freigegeben. Und wie! Neben einigen Unmutsäußerungen stellte die Kollegin Stumpfenhusen den Anwesenden eine Denksportaufgabe: Nachdem ver.di im Herbst wegen der Einbindung in die bundesweiten Tarifverträge dem *»Solidarpakt«* nicht zustimmen können, sei die Gewerkschaft nun frei von diesen Verpflichtungen. Nun sei alles möglich: Anwendungstarifvertrag? Berliner Sonderregelung – Haustarifvertrag – Arbeitszeitverkürzung? Etwas ganz neues? *»Darüber können wir heute reden«*. Aber jeder sollte auch dazu sagen, ob seine *»Einrichtung«* denn auch streikfähig wäre. Keine eigene Position, statt dessen die Freigabe der Saalmikros für die privaten Einfälle mehr oder weniger redegewandter Kolleginnen und Kollegen. Die Versammlung geriet zur Selbsterfahrungsgruppe, während die meisten gelernten Funktionäre fassungslos auf ihren Stühlen blieben und innerlich kochten. Parteimitglieder der regierenden Parteien riefen zu Petitionen an ihre Parteiführungen auf, mit denen diese auf den Weg der sozialen Tugend zurück gebeten werden sollten: *»Was da abgeht, das ist richtig schlimm. Wir als Sozialdemokraten müssen was dagegen machen, wir müssen uns dagegen positionieren. Wir wissen doch alle ganz genau, ein Anruf von Gerhard Schröder bei Wowereit, und Wowereit fällt um. Und das müssen wir erreichen, Kolleginnen und Kollegen!«*. Großer Beifall. Mehrere Landesbedienstete stellten ihre fehlende Streikfähigkeit heraus: *»Vor Weihnachten waren wir 14 Tage von der Telekommunikation abgeschnitten und waren nicht erreichbar. Aber das hat auch gar keiner versucht. Ich sage Euch, wenn wir streiken, das merkt doch niemand! Ich kann nur davor warnen zu streiken. Ich bin im Landesrat der PDS, komm doch mal, Susanne Stumpfenhusen, und erklär uns, warum Du gegen den Solidarpakt bist!«* Stimmen, wie die eines Kolle-

gen aus einer Ost-Kita (hundert Prozent streikbereit), waren allein auf weiter Flur. Immer wieder kam die Frage nach der Rechtmäßigkeit des Vorgehens des Landes und nach einem juristischen Ausweg: *»Das kann doch nicht sein, dass die das dürfen!«*. Die mehrfach gegebene, sachkundige Auskunft des Leiters der Rechtsabteilung, dies sei *»nicht die Stunde der Juristen, sondern die Stunde der Gewerkschaften!«*, wurde nicht verstanden. Ganz am Schluss, die Hälfte der Kolleginnen und Kollegen war schon gegangen, stellte Burkhard Thiemann die *»Konfliktstrategie«* vor – ein aufgegliedertes Verhandlungskonstrukt, über viele Wochen verteilt, als gäbe es in Berlin eine Tarifmaschine, die nur richtig in Gang gebracht werden müsste.

Tatsächlich gibt es eine solche Maschine aber nicht. Abgesehen vom Bildungsbereich, wo gemeinsam mit der GEW durchaus Kampfstärke vorhanden wäre, sind die traditionell tragenden Bereiche vom Konflikt gerade ausgeschlossen, weil dort der Tarifvertrag ja gilt. Mehr noch: Unter der Hand machen sich leitende Gewerkschaftsfunktionäre bei der BVG für den Solidarpakt des Senats stark. Eine tatsächliche, öffentliche Diskussion über die anstehenden Konflikte gibt es nicht. Staunend stellte die LB-Vorsitzende fest, dass sich die feindlich gesinnte Presse auch nicht von dem Leporello beeindrucken ließ, in dem die begründeten Argumente der Gewerkschaften doch in 20.000 Exemplaren verbreitet wurde. Sogar ein einseitiges aktuelles Flugblatt lag der Versammlung vor, das vor allem die überlegene juristische Kompetenz der Gewerkschaft in Sachen Tarif- und Streikrecht betont, aber zu keinerlei Aktionen aufrief.

Wenige Tage nach der Funktionärskonferenz waren die Personalräte Berlins zur Versammlung geladen. Als Gast war Finanzsenator Sarrazin angekündigt. Um ihn gebührend zu empfangen, fand vor der TU (Technischen Universität) eine Kundgebung statt. Der Senator verspätete sich allerdings, die Kundgebung bildete nur den Auftakt für die Versammlung, die im fast gefüllten Audimax (1.200 Sitzplätze) stattfand. Vertreten waren Personalräte aus allen Bereichen und Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Sie empfingen den Finanzsenator, der in seinem arroganten Auftritt die längst bekannte Schuldenlage Berlins erläuterte, mit einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert. In ihren Reden drückten Gewerkschaftsfunktionäre und Personalräte noch einmal ihre Empörung über das Vorgehen des Senats aus. Sie sehen den Betriebsfrieden durch den Senat gestört und forderten ihn unter Beifall auf, doch endlich zu fairen Verhandlungen zurückzukehren und den Austritt aus dem Flächentarifvertrag zurückzunehmen. In einer fast einstimmig angenommenen Resolution wurden die eigenen Forderungen noch einmal benannt. Über das weitere Vorgehen, über die Möglichkeiten und Methoden, mit denen man den Senat unter Druck setzen könnte, wurde allerdings nicht geredet. So blieb die Versammlung ein Ereignis, in dem die Personalräte ihrer Wut Luft verschafften; einen nachhaltigen Eindruck auf den Senat wird das allein sicherlich nicht haben.

Nach diesen Veranstaltungen ist ein feierlicher Abschied fällig: Der alte rechtssozialdemokratische und antikommunistische Gewerkschafter, der im Rahmen der Verhältnisse die Interessen der Kollegen entschlossen vertritt, er ist in Rente gegangen. Auf den Gängen des Apparates raunt es schon, warum die ver.di-Funktionäre denn die Gespräche über den *»Solidarpakt«* haben scheitern lassen. Auf jeden Fall sei ver.di doch jetzt die Bindung an die bundesweiten Tarifver-

träge los, die im November noch das Argument gegen den »Solidarpakt« war. »Der Senat setzt sich ja doch durch.« Die Politik der Organisation ist keine Antwort auf die Befürchtungen der Mitglieder. Unter den Beschäftigten geht die Angst vor Entlassungen um – und sie sehen kein Mittel dagegen.

Offene Forderungen

Der Vorstand des FB 3 (Gesundheit, Wohlfahrt, Kirchen) hat inzwischen dem Bezirk und Landesbezirk von ver.di die Einberufung eines tarifpolitischen Workshops empfohlen, in dem etwa 50 Aktive einmal gründlich über die Strategie des Senats und gewerkschaftliche Gegenaktionen beraten sollten. Damit ist höflich angedeutet, woran es zur Zeit fehlt: An gewerkschaftlichen Organisationen, in die sich Leute für ihre Interessen organisieren und deshalb auch wissen, was sie zusammen machen wollen. Das persönliche Schutzbedürfnis der Einzelnen motiviert die Suche nach Rechtsschutz und pfiffigen Anwälten. Es ist allein keine Basis für gemeinsame Aktionen. Ein gewerkschaftlicher Kampf setzt voraus, dass die KollegInnen sich über die **gemeinsamen** Interessen verständigt haben. Solange diese Verständigung nicht stattfindet, kann auch keiner wissen, wie viel den Kolleginnen und Kollegen an bestimmten Zielen liegt und ob sie dafür kämpfen werden. Es geht nicht um besseren Service in einem Dienstleistungsunternehmen namens »Gewerkschaft« oder eine geschicktere Lobbyarbeit. Es geht – nicht nur bei den geringer Verdienenden – um die Einkommen, es geht um die wachsende Angst vor Entlassung, es geht ganz wesentlich um die Arbeitsbedingungen, um Arbeitszeitverlängerungen, um Stress und Druck, um die fortschreitende Sinnlosigkeit der eigenen Arbeit zum Beispiel im Bildungsbereich (Berufsschulen!). Die nächstliegende Reaktion ist für viele immer wieder der Rückzug ins »eigene«, ins Private, bis es die Einzelnen auch dort erwischt – und es keiner mehr merkt. Es geht jetzt nicht darum, mit Patentrezepten und Versprechungen Leute zu werben, die nach einer mehr oder weniger kurzen Zeit enttäuscht wieder gehen oder als Karteileiche und Beitragzahler erhalten bleiben. Es geht darum, Punkte zu schaffen, an die Leute andocken können, die sich gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen wehren wollen.

Denn das merkwürdige ist ja, dass alle wissen, worum es geht: Der Niedergang des Berliner Arbeitsmarktes und der Anstieg der öffentlichen Schulden sind das Ergebnis einer Politik, welche die Besitzverhältnisse heilig spricht, koste es, was es wolle. Aber wer traut sich noch, öffentlich die Eigentumsverhältnisse und das Profitstreben auch nur ansatzweise in Frage zu stellen. Von den Milliarden für die Bankgesellschaft ist keine Rede mehr, nur noch davon, dass Berlin – »Wir alle!« – über »seine« Verhältnisse gelebt hat. Die Funkstille der Gewerkschaften hat öffentliche Folgen, zumal keine politische Kraft vorhat, die wirklichen Gründe der Berliner Krise zu benennen (siehe Arpo Sonderteil, Oktober 2001). Statt dessen wird den Gewerkschaften entgegen gehalten, sie sollten doch sagen, wo das Geld für eine Tarifierhöhung im Berliner Haushalt zu finden wäre! Mit dieser Position geht der Senat von Berlin hausieren. Wenn es um das Sparen, um das Verzichten, um Lohn- und Gehaltssenkungen geht, dann verwandeln sich die abhängig Beschäftigten auf einmal in Teilhaber der großen Firma »Berlin« und dürfen etwas einseitig »mitentscheiden« – sie dürfen einsehen, dass für ihr Arbeitsentgelt leider kein Geld da ist.

Löhne und Gehälter sind aber kein zufälliger Kostenpunkt, den man je nach Kassenlage einschränken oder ein wenig ausweiten könnte. Mieten und Preise sinken nicht mit der Zahl der Arbeitslosen oder zur Feier der Halbierung des Weihnachtsgeldes. Löhne und Gehälter sind das Lebensmittel der abhängig Beschäftigten. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, dass die Kolleginnen und Kollegen zu diesem Geld kommen. Deshalb kann es in Berlin nur um eine Anerkennung des bundesweiten Tarifiergebnisses gehen. Der Senat denunziert diese Forderung als das Privilegienstreben einer Minderheit. Tatsächlich ist die Verteidigung von Lohninteressen genauso im Interesse einer Mehrheit in der Stadt, wie die Verteidigung eines auch öffentlich zugänglichen öffentlichen Dienstes. Aber solange die Gewerkschaften noch nicht einmal ihre eigenen Mitglieder einbeziehen, wird diese Mehrheit in der Stadt nicht zu gewinnen sein. Solange die Leute vereinzelt bleiben und ihnen jedes Vertrauen in ihre gemeinsamen Möglichkeiten fehlt, ist nicht einmal eine tarifpolitische Auseinandersetzung zu gewinnen. Unsere ersten Forderungen müssen sich daher nicht an die Arbeitgeber, Justiz und Regierung richten, sondern an die Gewerkschaften:

- ◆ pünktliche und umfassende Information der Mitglieder,
- ◆ öffentliche Diskussion über die Spaltungsstrategie des Senats, der mit der Angst um den Arbeitsplatz Lohndrückerei erreichen will,
- ◆ viele kleine und große Aktionen, die die geheime Lust am Widerstand wecken können: Warum sollten nicht die Berliner Lehrer mal Zeugnisse anderer Art ausgeben, auf denen jeder Schüler nur noch Einsen bekommt. Das spart viel Arbeit und kann vielen großen und kleinen Leuten gute Tage machen.

Wie die öffentlichen Arbeitgeber zu dem Geld kommen, das die Kollegen im öffentlichen Dienst genauso brauchen wie die Leute in anderen Bereichen, das ist ihre Sorge. In Berlin, so sagt die Landesregierung, ist nicht viel zu holen. Ungeachtet der vielen ungestörten Profiteure der Berliner Wirtschaft der letzten Jahre hat sie damit nicht ganz unrecht. Ökonomisch ist mit Berlin kein Staat zu machen. Die Senatskoalition versucht daher, dem Bund und den anderen Landesregierungen Schuldenbeihilfen erträglich zu machen, indem sie in Berlin kräftig durchgreift. Zwar können noch so große Streichungen im Sozialbereich und bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die Finanzlage Berlins nicht ändern. Zwar machen allein die Verluste in nur einem Jahr (von 2000 auf 2001) der öffentlichen Haushalte in Bund und Ländern durch die rot-grüne Steuerreform mehr als die Hälfte des Berliner Schuldenstandes aus: 24 Mrd. Euro wurden den Unternehmen erlassen. Nicht der Schuldenstand ist das Problem, sondern die Frage, wer dafür bezahlt, und wer an ihm verdient. Aber die Landesregierung verkündet ungestört: »Berlin muss sparen!« – weil auch die »anderen«, gemeint sind Bund und Länder, nichts zu verschenken haben, und ihre »Hilfe« bei der Schuldentilgung daher bitter verdient werden »muss«.

Es geht nicht anders? Woher das Geld für den Berliner öffentlichen Dienst kommen soll? Es gibt zwei Wege, die die Einkommen der abhängig Beschäftigten zwischen Flensburg und Konstanz ungeschoren lassen: Verbesserung der öffentlichen Einnahmen durch höhere Steuerzahlungen der Reichen und Superreichen des Landes (Vermögenssteuer zum Beispiel) einerseits und Streichungen bei Militär und

bei den Zinszahlungen für die öffentlichen Schulden andererseits. Für solche Forderungen sollte sich auch Solidarität bei den Gewerkschaften in anderen Bundesländern finden lassen. Die Kollegen dort stehen vor ähnlichen Problemen. Auch dort sind Kommunen pleite und werden öffentliche Leistungen abgebaut oder privatisiert. Deshalb gibt es genauso viele Gründe, zusammen an Veränderungen zu arbeiten. Sich allein auf das Feld von Tarifverhandlungen zu beschränken, reicht dabei nicht aus, denn entscheidende Teile des Lebensunterhaltes hängen schon lange von den Sozialkassen und dem staatlichen Sozialleistungen ab. Die Gewerkschaften stehen auf verlorenem Posten, wenn sie nicht als eigenständige politische Kraft gemeinsam (nicht nur die unmittelbar Betroffenen) dem Senat und dem Bund gegenüberzutreten und entsprechende Vorstellungen und Forderungen artikulieren. Dazu gehört auch:

- ◆ Verteidigung des Bruttolohnes, d.h. keine Absenkung der Versicherungsleistungen zugunsten der Unternehmer,
- ◆ tatsächliche Offenlegung der öffentlichen Haushalte, der gern beschworenen »Sachzwänge« und ihrer Nutznießer.

Es gibt auch kluge Beschreibungen aus dem Apparat, wie die heutige »Armut« des öffentlichen Sektors mit dem privaten Reichtum zusammenhängt und was sich reformieren ließe (»Staatsfinanzen stärken«, ver.di, Bereich Wirtschaftspolitik, Nov. 2002). Veränderungen müssen aber gegen Wi-

derstand durchgesetzt werden. Weder auf den Seiten der bürgerlichen Presse noch bei den Arbeitgebern treffen **solche** Reformen auf Gegenliebe. Dafür braucht es Menschen, die für ihre eigenen Interessen eintreten und Organisationen, in denen sie sich zusammenfinden (und nicht untergehen, wie es immer wieder geschieht). Dafür braucht es mehr als Beitragszahlung und Verwaltung. Dafür braucht es den organisierten Druck von aktiven Kolleginnen und Kollegen. ■

Widerstand gegen Sozialdumping

Berlin, Berlin, wir kämpfen in Berlin !

Großkundgebung
Freitag, 14. März 2003 ab 13:00 Uhr
Potsdamer Platz



Gewerkschaft TRANSNET - Hauptstadtbüro/Fachgebiet Organisation • Chausseestraße 84 - 10115 Berlin
Tel: (0 30) 42 43 90 0 Fax: (0 30) 42 43 90 60 - www.transnet.org

An die Arpo-Leser in Berlin: Laßt die Gewerkschafter der Bahn nicht allein – beteiligt Euch mit eigenen Transparenten !

Privatisierung und Kapitalinteressen – konkret

»Wenn man die Staatsbahn auslöscht, dann fließt Blut. Aber es wird auch gutes Fleisch auf den Markt kommen. Alle werden es vermutlich darauf anlegen, dieses gute Fleisch billig in die Hände zu bekommen.« (Eisenbahnpräsident Isozaki anlässlich der Privatisierung der Japan National Railways)

»Gerade die Diskussionen über die Bahn zeigen, dass noch lange nicht an jeder Stelle die neue Bahn verstanden wird. [...] Dass die Bahn keine Gemeinwohlverpflichtung mehr hat, ist vielfach noch nicht bekannt.« (Hermann Graf v.d. Schulenburg, Konzernbevollmächtigter der Deutschen Bahn AG (DB AG) für den Freistaat Bayern in einem Mitarbeiterbrief vom 20. Dezember 2002)

Die Privatisierung öffentlicher bzw. staatlicher Betriebe und Einrichtungen ist keineswegs nur der Haushaltslage geschuldet. Sie ist auch keine Erfindung der für die Haushalte zuständigen Politiker, weil private Anbieter deren Leistungen kostengünstiger und effektiver anbieten könnten, wie sie uns weiszumachen versuchen. Hinter den Plänen zur Privatisierung von Bahn, Post, Gesundheitswesen etc. stehen mächtige Interessengruppen aus der Finanz- und Industriewelt. Sie schrieben die Drehbücher; die Politiker dienen als Darsteller, die dem Publikum (den Kunden) und den Betroffenen (den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften) das Stück schmackhaft machen sollen. Die Geschichte der Deutschen Bahn und die Vorgeschichte ihrer Privatisierung belegen dies eindrucksvoll.

Die Gewerkschaften haben den Privatisierungen zugestimmt und versuchen sie mitzugestalten. Dabei erweisen sich die gewerkschaftlichen Instrumente der Tarifpolitik, soweit sie überhaupt genutzt werden, als völlig unzureichend bei der Verteidigung der materiellen Interessen der

Beschäftigten. Themenschwerpunkte unserer Arbeiterpolitik-Sonderausgabe (16 Seiten/1 EUR/Stck.+Porto) sind daher neben einem Artikel über die **Privatisierung der Bahn** Berichte über den **Tarifkonflikt bei DB Regio** sowie über die **Aktivitäten von KollegInnen in den Postfilialen**. Die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst hat das politische Desaster der Gewerkschaften offengelegt, zu dem wir in **Thesen** Stellung nehmen:

Arbeiterpolitik Sonderausgabe

22. FEBRUAR 2003 1,- EUR



Bestellen: www.arbeiterpolitik.de | arpo.berlin@gmx.de

Der »Solidarpakt« des Senats

Seit Monaten sucht der Senat nach Partnern für einen »Solidarpakt«. Doch die Brautschau gestaltet sich schwierig. Denn das, was seit einigen Monaten unter der Mogelpackung »Solidarpakt« in Berlin durch die Medien geistert, hat mit Solidarität im Sinne von Lastenteilung nach Belastbarkeit nichts mehr zu tun. [...] Wir erleben gerade, wie die vom neoliberalen Modell beseelten Eliten der Besserverdienenden die letzten Hochburgen schleifen wollen, die aus der Zeit der flächenwirksamen Tarifbindung noch überlebt haben.



In der Relativierung des so genannten Normalarbeitsverhältnisses ist Berlin mit einer Quote von noch gerade 50 Prozent unter den Großstädten wirklich ganz vorn. Der Arbeitsmarkt ist bereits so aufgelöst, dass Bereiche, in denen noch traditionelle tarifliche Standards weiterbestehen, wie Dinosaurier einer untergegangenen Zeit wirken. Da das bürgerliche Lager und die der Logik kapitalistischer Verlagsunternehmen gehorchende Presse sich darin einig sind, dass die Aufrechterhaltung dieser Standards eine unzumutbare Minderung von Vermögen und Machtausübung bedeutet, wird die Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie einfach abgedunkelt. So entsteht ein Gesellschaftsbild, in dem die noch relativ gesicherten Teile der Lohnabhängigen die Rolle einer elitären Minderheit erhalten, die auf Kosten der bereits Ausgestoßenen und Prekarisierten (das heißt diejenigen, die keine »Normalarbeitsverhältnisse« mehr haben und am Rande des Existenzminimums angekommen sind, in den USA werden sie als working poor bezeichnet) sich einen unverdienten faulen Lenz machen. Getreu dieser Inszenierung hat die französische Juppé-Regierung 1995 versucht, den öffentlichen Dienst zu knacken, und genau nach diesem Muster laufen auch die Angriffe auf tarifliche Standards und soziale Rechte in den anderen europäischen Ländern. So auch in Berlin.

Der öffentliche Dienst West-Berlins

Bis zur Wiedervereinigung war der öffentliche Dienst dadurch gekennzeichnet, dass die wesentlichen Entscheidungen sowohl was Personalpolitik wie Tarifentwicklung betraf, in SPD-Gremien bzw. Kungelkreisen ausgehandelt

wurden, alles blieb in der SPD-Partei-Familie. Kampferfahrungen sammelten, wenn es sich gar nicht mehr verhindern ließ, die Männer in Orange von der BSR oder die Kolleginnen und Kollegen von der BVG. Wenn es auch um Streiks in anderen Bereichen ging, wie etwa bei den Kita, ging es meistens in die Hose. Da mit den Arbeitgebern alles sozialverträglich und gesittet austariert wurde, wurde seitens des Gewerkschaftsapparats kein großes Gewicht auf intakte Gewerkschaftsstrukturen in den Betrieben und Verwaltungen gelegt. Wozu auch? Hauptsache es gab genug Beitragszahler. Und wenn: BSR und BVG waren ja kampfstark.

Was verteilt wurde, kam ja sowieso von außen. Wir erinnern uns:

In den Jahren nach 1950 entwickelte sich Westberlin immer mehr zu einer Stadt am »Tropf« der öffentlichen Kas-

sen der Bundesrepublik und zu einer Stadt, in der der öffentliche Dienst der größte Arbeitgeber war. Die Fertigungsindustrie wanderte immer mehr nach »Westen« ab. Im Berliner Landesdienst waren 1970 147.053 und 1982 192.310 ArbeitnehmerInnen beschäftigt. Hinzu kamen 1982 53.000 Beschäftigte bei den in Berlin ansässigen Bundesbehörden. Insgesamt waren dies also 245.000 Beschäftigte im Jahr 1982.¹

Während der öffentliche Dienst kontinuierlich wuchs, sanken in Berlin die Steuereinnahmen, nicht zuletzt aufgrund der Umschichtung der Beschäftigtenstruktur. Der Landeshaushalt 1984 bestand aus 53 Prozent Bundeszuschuss, 23 Prozent eigenen Steuereinnahmen und zu 24 Prozent aus Krediten u.ä. »Kein anderes Bundesland hat einen so geringen Anteil von Steuereinnahmen wie Berlin. Im Durchschnitt der Bundesländer ist der Steueranteil an den gesamten Einnahmen mit etwa 70 Prozent mehr als dreimal so hoch. ... Der Anteil der Steuern auf der Einnahmeseite des Haushalts ist in Berlin von 30 Prozent im Jahr 1970 auf 22 Prozent im Jahr 1983 zurückgegangen«²

Nach 1989 entfiel die Notwendigkeit der Weiterfinanzierung des »Schaufensters Westberlin«, und für die Finanzsenatoren brach »eine Zeit des Schreckens« an. Es änderte sich vieles:

Bonn ließ die Berliner CDU-SPD-Koalition ungerührt am langen Arm verhungern und strich das Gros der Unterstützungszahlungen. Vom Berliner Landeshaushalt 1994 in Höhe von 43,6 Mrd. übernahm Bonn nur noch 6,2 Mrd., im Vorjahr

1 »Leben und Arbeiten in Berlin«, Hrsg. DGB Berlin

2 »Leben und Arbeiten in Berlin«, Hrsg. DGB Berlin

waren es noch zehn Mrd., also 38,5 Prozent weniger. Im Januar 1994 strich Bonn dann ohne Vorwarnung weitere 662 Mio.³⁾ Die Senatsschulden betragen 1989: 10,8 Mrd. DM, 1991: 15,6 Mrd. DM und für 1997: über 45,0 Mrd. DM, das heißt ein damaliger kompletter Landeshaushalt. Die Verschuldung des Senats nahm danach weiter zu, verdoppelte sich und betrug im Sommer 2002 42 Mrd. Euro.

Es ging in der Politik weiter wie bisher: seinen Berliner Gang. Die Verantwortlichen in Senat und Opposition taten so, als betreffe sie das alles nicht. Vertraut wurde wahlweise auf den Aufschwung Ost, die Drehscheibe Berlin oder den Hauptstadtbonus. Auch die ÖTV machte weiter wie bisher, mit einer Ausnahme. Durch den Anschluss Ostberlins waren viele zusätzliche Karteimitglieder zu verwalten. Der Personalabbau in der Stadt verlief unspektakulär und gesittet. So verschwanden von 1992 bis 2002 etwa 82.000 Arbeitsplätze in Berlins öffentlichen Betrieben und Verwaltungen. Warum sollten sich Beschäftigte und Gewerkschaften auf Konflikte mit dem Senat vorbereiten? Wo doch der Diepjen-Senat gerade aus dem Arbeitgeberverband TGL (Tarifgemeinschaft der Länder) herausgeworfen worden war, weil Berlin seine Beschäftigten in Ost und West gleich entlohnen wollte! Die gewerkschaftliche Verhandlungslobby wiegte sich in Sicherheit. Wenn schon die CDU hier mitzog, warum sollte man sich warm anziehen.

Feindbild ÖTV

Diese trügerische Sicherheit war spätestens vorbei, als der SPD-Kreisvorsitzende von Pankow und Mitglied des Abgeordnetenhauses Hillenberg am 9. Juni 2000, mitten in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes, eine Presseerklärung mit dem programmatischen Titel *»Die Unverschämtheit in Berlin hat einen neuen Namen – ÖTV«* versandte:

»Seit gestern hat die Unverschämtheit in Berlin – einen neuen Namen: ÖTV. In einer dramatischen Haushaltslage, in der sich unsere Stadt befindet, genießen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis 2004 im Prinzip Kündigungsschutz. Zur Finanzierung von 15 Prozent Personalkosten für ein Jahr sind wir gezwungen, die GSW mit etwa 70.000 Wohnungen weit unter Wert zu verkaufen. Neuinvestitionen, ob fehlende Kitas in Karow-Nord (Weißensee) oder andere Wünsche der Bezirke, wird es in den nächsten Jahren nicht mehr geben. Mit einer unvorstellbaren Kraftanstrengung werden jedes Jahr 100 Mio. DM zusätzlich für die Schulsanierung zur Verfügung gestellt, eine Summe, die etwa 0,73 Prozent der jährlichen Personalkosten (13,7 Mrd. entspricht).«

Ralf Hillenberg sieht seine Aufgabe darin, den Berlinerinnen und Berlinern klar zu machen, dass der *»Sozialismus öffentlicher Dienst«* durch die Steuerzahler dieser Stadt nicht mehr zu finanzieren ist. *»Die Sozialdemokratie steht uneingeschränkt zur sozialen Gerechtigkeit. Es kann und ist aber nicht gerecht, dass sieben Prozent aller Erwerbs-tätigen Berlins die durchschnittlich höchsten Krankenzeiten haben, Karenztage, Wandertage etc. zur Verfügung gestellt bekommen, im Prinzip unkündbar sind und die Stadt für ihre Gehaltsforderungen mit Streik erpressen. Andererseits wissen 93 Prozent Berlinerinnen und Berliner nicht, wie lange ihre Arbeitsplätze noch bestehen bzw. arbeitslos sind oder von Sozialhilfe leben.«* Ralf Hillenberg erklärte, dass er innerhalb seiner Partei dafür werben wird, die Vereinbarung

über den Verzicht auf betriebsbedingten Kündigungen sofort aufzuheben. *»Ich sehe es nicht länger ein, dass Gehaltserhöhungen der öffentlich Bediensteten zum Beispiel auf Kosten von Schulsanierungen oder durch den Verkauf von Landesvermögen finanziert werden sollen.«*

Hilfloser Gewerkschaftsapparat

Diese Pressemitteilung kursierte natürlich auch im ÖTV-Haus. Von Distanzierungen der SPD von Hillenberg wurde nichts bekannt, von Lernprozessen im ÖTV-Apparat auch nicht.

Genau diese Diskussion, die Hillenberg vor zweieinhalb Jahren anschoß, setzt der rot-rote Senat heute in praktische Politik um. Argumente dieser Kampagne sind:

- ◆ Die Personalkosten und »Privilegien« der »Sesselpaper« im öffentlichen Dienst sind die Hauptursache der Berliner Finanzmisere.
- ◆ Die Hälfte der rund 150.000 Beschäftigten ist überflüssig und muss gehen, damit der öffentliche Dienst auf die sogenannten »Kernaufgaben« gestutzt werden kann.

Gegenüber fehlender Einsicht in die Gerechtigkeit dieses »Solidarpakts«, der mit Forderungen nach Verzicht auf Tarifierhöhungen, auf Urlaubsgeld und auf mindestens 50 Prozent vom Weihnachtsgeld verbunden ist, wird die Karte »Massenentlassungen« gezückt. Der bereits betriebene Austritt aus den Arbeitgeberverbänden und aus dem Flächentarifvertrag soll Personaleinsparungen von 1,75 Mrd. Euro in den Jahren 2003 bis 2006 möglich machen.

Für den öffentlichen Verkauf dieser Politik wird mit den folgenden – durchaus öffentlichkeitswirksamen – Argumenten geworben:

- ◆ Im öffentlichen Dienst sind die Arbeitsplätze sicher, dafür können sie ruhig etwas weniger verdienen.
- ◆ Mit dem Geld, was die Dinosaurier von ver.di blockieren, können wir die Freien Träger der Wohlfahrt nicht mehr bezahlen, müssen leider dort streichen.

Wie verheerend das wirkt, soll ein Beispiel belegen. Wenige Tage vor der Abgeordnetenhauswahl im September hatte eine ganze Reihe von Freien Trägern, zusammengeschlossen im »Blauen Kamel«, zum Protest gegen Streichungen in ihrem Bereich ins Rathaus Schöneberg eingeladen. 200 bis 300 Menschen kamen, auch Repräsentanten der Parteien. Der Vertreter der Grünen bekam für die Aussage: *»Es muss im öffentlichen Dienst gespart werden, betriebsbedingte Kündigungen müssen ausgesprochen werden, aber im Bereich der Freien Träger darf nicht gekürzt werden«*, frenetischen Applaus. Vermutlich haben diese gutmeinenden SozialarbeiterInnen wirklich geglaubt, dass das ihnen fehlende Geld dann kommt, wenn der Senat seine Leute 'rauswirft. Es war auch in Kleingruppen-Gesprächen nicht möglich zu vermitteln, dass der Senat das Geld einzusparen denkt und nicht vorhat, es den öffentlich Beschäftigten wegzunehmen und anschließend dem »Blauen Kamel« in den Futtertrog zu packen. Die anwesenden ver.di-Gewerkschafter, die gekommen waren den Beschäftigten der Wohlfahrtsverbände ihre Solidarität und Zusammenarbeit anzutragen, packte sichtlich das Grausen ob dieser Bündnispartner.

Doch die ver.di-Führung zeigt wenig Bereitschaft, in dieser Situation die eigenen Kräfte zu wirksamer Gegenwehr zu mobilisieren. Während es im öffentlichen Dienst immer mehr ans »Eingemachte« ging, blieben die restlichen Fachbereiche von ver.di praktisch unbeteiligt. Es gab keine Ver-

3 »Berliner Zeitung« vom 3.12.1993

suche durch konzentriertes Eingreifen in der Öffentlichkeit, durch Bürgerflugblätter, Informationsstände, Plakate in der U-Bahn, Soli-Arbeit in allen ver.di-Arbeitsbereichen, und was es noch so alles an öffentlichkeitswirksamen Geschichten gibt, dem bürgerlichen Lager die Meinungsführerschaft zu entreißen. Stattdessen werkelte im ver.di-Haus eine Gruppe an alternativen Einsparungskonzepten, um mit dem Senat (endlich!) vernünftig verhandeln zu können. Diese sollten auf einer Funktionärskonferenz am 12.11. diskutiert und abgesegnet werden.

Doch die wegen des monatelangen Streits zwischen Senat und Gewerkschaft immer wütender gewordenen Vertrauensleute, Personalräte und Betriebsgruppenvorsitzenden, die in

großer Zahl (fast 300) zur Versammlung gekommen waren, sahen darin wenig Sinn. Und es geschah das für alle vorher unerwartete: Die Ablehnungsfront war so groß, dass nicht einmal mehr formal abgestimmt werden musste. An »vernünftig reden« war nicht mehr zu denken. Und deshalb ließ auch der Senat die Verhandlungen platzen und schuf Fakten, siehe oben.

Im Berliner SPD-Landesvorstand wurde mit zwei Gegenstimmen der Senatskurs gegen die Gewerkschaften gebilligt und die neue Staatspartei PDS setzt das, was sie unter »Gemeinwohl« versteht, im Sinne der neuen neoliberalen »Wahrheit« durch. [...] 9.2.2003 ■

Leicht gekürzt aus: »Berlin von unten«, Dezember 2002



Vorbemerkung: Die »neue Gemengelage«

Der folgende Artikel aus der »Berlin von unten« beschreibt die Situation im Herbst 2002. Seit dem hat sich einiges geändert. Die als Auftakt zu weiteren Aktionen bestimmte Kundgebung vor dem Roten Rathaus (16. Dezember 2002), gemeinsam veranstaltet von ver.di, GEW und GdP war kein ermutigendes Ereignis. Wenige Tage nach dem Aufmarsch des bundesweiten Beamtenbundes mit einigen 10.000 KollegenInnen, bot das Häuflein der frierenden Kundgebungsteilnehmer (vielleicht 2500/3000) keine drohende Kulisse. An den dort gehaltenen Reden sollte es nicht gelegen haben. Mit aller Deutlichkeit skizzierte vor allem der Kollege Eisenreich von der GdP das Dilemma bei der Polizei, insbesondere bei den Auszubildenden. Sie sollen in die Arbeitslosigkeit entlassen werden, wenn nicht der Hamburger Innenminister Schill sie – in seiner vorbildlichen populistischen Weise – übernimmt. Der Vertreter der GdP drohte vor einer Situation, in der die Mauern des Roten Rathauses nicht dick genug seien, die protestierenden Kollegen aufzuhalten. Er

kündigte zugleich den Besuch am Privathaus des Regierenden Bürgermeisters durch die Polizeischüler an. (Diese genehmigte Demonstration hat inzwischen stattgefunden, eine Mahnwache wurde nicht erlaubt.) Die in Uniform erschienenen, zumeist älteren Streifenbeamten, spendeten ihrem Vertreter begeisterten Beifall. So bringen die Verhältnisse auch die vermeintlich treuesten »Staatsdiener« dazu, sich zur Durchsetzung ihrer Interessen der Mittel der ihnen häufig gegenüberstehenden Demonstranten zu bedienen.

Zwar hat die Aussage: »Wer, wenn nicht wir!« als Resümee der Landesdelegiertenversammlung der GEW-Lehrer auch noch weiterhin ihren Wert. Auf der Vertrauensleutesitzung der GEW am 9. Januar 2003 jedoch musste ein neuer Fahrplan zur Umsetzung dieser Aussage erstellt werden. Ursprünglich sollte es ja am 15. Januar Maßnahmen bis hin zum Streik geben.

Die Neuplanung wurde durch Ulrich Thöne, dem Vorsitzenden der GEW, glaubwürdig mit der neuen, komplizierten »Gemengelage« begründet, ein an diesem Abend mehrfach

benutzter Begriff. Mit dem Austritt des Landes Berlin aus dem Arbeitgeberverband der Länder am 8. Januar hat sich ein neues Szenario ergeben. Es geht jetzt nicht mehr allein um die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung für die Beamten, sondern auch um die notwendig gewordenen Tarifverhandlungen mit dem Senat, den Hochschulen etc. (siehe Artikel auf Seite 20). Entsprechend der Neuplanung wurden zunächst die für den 15. Januar geplanten Maßnahmen abgesagt, ein Termin der ja auch abhängig gemacht worden war von den Aktionen der beiden anderen Gewerkschaften, ver.di und GdP. Der GEW-Vorstand setzt zunächst auf die Tarifgemeinschaft mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Von den Pädagogen an den Berliner Schulen sind davon aber nur die 5000 angestellten LehrerInnen betroffen, was mit der Arbeitszeitverlängerung für die Beamten geschehen wird und wie die GEW dagegen vorzugehen gedenkt, bleibt erst mal unklar. Berlin, 17.1.2003 ■

Immer neue Verschlechterungen

Das dritte Mal innerhalb von zehn Jahren werden die Berliner LehrerInnen gezwungen, in den Streik zu treten. Wurde in den Schuljahren 1992/93 und 2000/1 die Arbeitszeit schon um je eine Stunde, ohne Lohnausgleich versteht sich, erhöht, sieht der rot-rote Senat eine erneute Arbeitszeitverlängerung vor. Beginnend mit dem zweiten Halbjahr des Schuljahres 2002/3 sollen

- ◆ Grund-, Hauptschul- und Realschullehrer eine halbe Stunde,
- ◆ Gymnasial- und Berufsschullehrer zwei Stunden und
- ◆ Lehrer von Abendgymnasien vier Stunden länger arbeiten.

Unmittelbare Folge dieser Entscheidung wird die weitere Überalterung des Lehrpersonals sein, da in Folge dieser Arbeitszeiterhöhung kein einziger Lehrer mehr eingestellt wird. Bereits zu Beginn des Schuljahres 2002/3 strich man den 55-Jährigen die Altersermäßigung von einer Stunde und die kurz zuvor noch wie Sauerbier angebotene Altersteilzeit. Den 60-Jährigen droht die Streichung der zwei Ermäßigungsstunden, so dass ein 60-jähriger Gymnasial- bzw. Berufsschullehrer zukünftig vier Stunden mehr arbeiten muss. Hinzu kommt die Aussicht einer generellen Verlängerung der Lebensarbeitszeit, wie sie von den »Experten« der Rürup-Kommission schon gefordert wird.

Von dem folgenden Einstellungsstopp durch die Erhöhung der Arbeitszeiten sind natürlich besonders KollegInnen betroffen, die gerade ihr zweites Staatsexamen abgelegt haben. Ihnen wird von den Schulräten empfohlen, in andere Bundesländer zu gehen oder es über den Umweg des Auslandes wieder in Berlin zu versuchen. Dies stellt eine wirklich »sinnvolle« Veräußerung von Ausbildungskosten, also von Steuergeldern dar. Zynischerweise wird selbst vom Schulsenator Böger die Entscheidung des Senats als finanzpolitisch notwendig, aber bildungspolitisch und volkswirtschaftlich unvernünftig bezeichnet (»Tagesspiegel« vom 29.11.2002).

Der zweite Teil der Unverschämtheiten des Senats betrifft alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Es handelt sich dabei um

- ◆ die Erhöhung der Arbeitszeit auf 42 Stunden (ohne Lohnausgleich),
- ◆ das Aussetzen von Besoldungs- und Gehaltserhöhungen (angenommene zwei Prozent) bis mindestens 2006 und

- ◆ die Streichung des Urlaubsgeldes und Kürzung bzw. Streichung des Weihnachtsgeldes (»Zuwendungen«).

Insgesamt kommt der Senat hier auf ein Einsparvolumen bis zu 20 Prozent. Begründet werden diese Maßnahmen mit dem »Unwillen« der Gewerkschaften ver.di, GEW und GdP, sich auf die vom Senat geforderten Verhandlungen über einen »Solidarpakt« einzulassen. Der Clou dieser »Verhandlungen« war jedoch, dass der Senat Einsparungen von insgesamt 1,75 Mrd. Euro in den Jahren 2003 bis 2006 für den Bereich der Beschäftigten des unmittelbaren Landesdienstes zur Bedingung setzte (Bezirksämter, Senatsverwaltungen und nachgeordneten Behörden sowie Betriebe nach 26aLHO).

Am 30. September, die Wahlzettel zur Bundestagswahl waren gerade ausgezählt, ließ der Senat die Katze aus dem Sack. Danach sollte die Arbeitszeit auf 37,5 Stunden bis 2006 stufenweise gesenkt werden. Als Gegenleistung wurde von den Beschäftigten gefordert, auf eine zu erwartende jährliche Lohnerhöhung von zwei Prozent und auf die bereits oben erwähnten Gelder für Urlaub und Weihnachten zu verzichten. Es ging nicht mehr nur um die Reduzierung der Personalkosten durch einen Abbau der Stellenzahl, sondern auch durch eine Senkung der Kosten pro Stelle, das heißt durch Kürzung der Bezüge (nach: Entwurf für den Antrag der Fraktionen der SPD und der PDS, Oktober 2002). Ausgenommen von dieser Regelung waren LehrerInnen, Polizisten und Richter. Die Gewerkschaften waren wohl bereit über die Personalkostenreduzierung zu sprechen, die Forderung nach einer »Öffnungsklausel, die das Land Berlin aus der bundesweiten Geltung der öffentlichen Tarifverträge entlässt, ist jedoch für die Gewerkschaften nicht akzeptabel« (gemeinsame Pressekonferenz zum »Solidarpakt«, 13.11.2002).

Der Senat geht in die Offensive

Am Tag nach dem Abbruch der Verhandlungen ging ein Aufschrei der Empörung durch die Berliner Presse. Die Schuldigen waren erappt: die Gewerkschaften und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die nicht bereit waren, bis 2006 jährlich auf 500 Mio. Euro zu verzichten, um den Haushalt zu »konsolidieren«. In den Fokus der Kritik gerieten insbesondere die GEW und die Lehrerschaft, die Gemeinschaft von »faulen Säcken«, wie es G. Schröder noch zu Ministerpräsidentenzeiten auszudrücken pflegte. Sie sollten populistisch als privilegierte Verweigerer vorgeführt werden. Man kennt ja schließlich die Lehrer.

Vergessen waren die Diskussionen des Frühjahres über die Skandale der Bankgesellschaft. Plötzlich erschienen auch die Ergebnisse der PISA-Studie in einem völlig anderem Licht. Lasen sich die Berichte im Frühjahr noch als Kritik am Bildungssystem, so entpuppte sich diese im Herbst zunehmend als Kritik an den »unfähigen« und »zuviel verdienenden« LehrerInnen, die Schüler nicht motivieren können, sie zum Schwänzen des Unterrichts veranlassen und dumme Schüler produzieren. Die Tat des Schülers, der in Erfurt 13 LehrerInnen erschoss, wurde nachträglich noch als verständlich gerechtfertigt.

Vorbei war die scheinbare publizistische Lufthoheit der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes aus dem Frühjahr und dem Frühsommer, die in einigen gemeinsamen Aktionen von GEW, GdP und ver.di erarbeitet worden war, zum Beispiel im Kampf der Kita-Beschäftigten.

Doch bereits ein als Höhepunkt dieser Aktionen angesehener Sternmarsch am 25. Juni 2002 (»Für eine andere Poli-



tik») ließ erkennen, dass die Kampfbereitschaft in Anbetracht der bevorstehenden Bundestagswahlen gedämpft war. Sowohl bei den Gewerkschaftsführungen wie auch in der Mitgliedschaft überwog die Hoffnung auf die Wiederwahl einer rot-grünen Regierung, die als kleineres Übel gegenüber einer von Stoiber geführten Regierung angesehen wurde.

Dieser Sternmarsch von ver.di, GEW und GdP konnte auf Grund der katastrophalen Beteiligung nur als Aufforderung des Senats zur Durchsetzung seiner Pläne angesehen werden. Die Luft des Frühjahres war also erst mal 'raus, und die beginnenden Sommerferien gaben der Bewegung den Rest. Bis zum Termin der Wahlen verhandelten die Vertreter der Gewerkschaften mit dem Senat dann in aller Stille.

Die Landesdelegiertenkonferenz der GEW

Was ist zu tun in Zeiten, in denen einem der Wind ins Gesicht pfeift, der Wind konzertierter öffentlicher Meinung und tagtäglicher Hiobsbotschaften aus dem Finanzsenat. Ist es Zeit sich nochmals zu ducken, finanzielle Einbußen hinzunehmen, zu überlegen, ob die KollegInnen sich dies leisten können? Oder haben sie einfach die Nase voll davon, als Steinbruch und zugleich als Schuttablageplatz für die Politik herzuhalten? Die Beantwortung dieser Fragen wurde auf der Landesdelegiertenversammlung der GEW am 27./28. November gefunden.

Der zentrale Antrag dazu wurde vom Landesvorstand vorgelegt: »Die nun vorliegenden Kürzungspläne der SPD-PDS-Koalition zielen ab auf einen Abbau öffentlicher Dienst-

leistungen, eines einheitlichen Dienstrechtes und auf die Aushöhlung des Flächentarifvertrages. Berlin soll als Versuchsfeld für die Bestrebungen auch anderer Bundesländer werden, ob auf Länderebene für alle Arbeitnehmer schlechtere Bedingungen durchgesetzt werden können und die Gewerkschaften in ihrer Durchsetzungsfähigkeit nachhaltig geschwächt werden können.« Der Antrag mündete in der Forderung nach Aktionen im Dezember und einer bis zum Streik führenden Aktion am 15. Januar 2003.

Doch bevor es zur Diskussion der Anträge kommen sollte, hatten die Delegierten das zweifelhafte Vergnügen, den Innensenator E. Körting (SPD) und den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der PDS, S. Liebich, zu empfangen. Wurde Körtings Rechtfertigungsrede noch von wütenden Zwischenrufen begleitet, so wurde der Vortrag von Liebich nur noch mit gemäßigttem Gelächter begleitet. Er hatte sich als ver.di-Kollege vorgestellt und bat die Versammlung um eine kollegiale Aussprache. In der folgende Diskussion gaben sich vier Redner als PDS-Wähler zu erkennen, ein Kollege war einst ein hoffnungsvoller Kandidat aus dem Ostteil der Stadt. Sie erteilten Liebich eine eindeutige Absage und meinten, dass sie die PDS nicht mehr wählen wollten. Zwischen beiden Gastrednern kamen noch die ver.di-Vorsitzende Susanne Stumpfenhusen und der Vorsitzende der GdP, Schönberg, zu Wort. Stumpfenhusen, wie üblich redengewandt, äußerte sich nicht zu gemeinsamen Aktionen, während Schönberg in seiner kurzen Ansprache diese erwähnte.

Am späten Nachmittag des zweiten Tages kam es dann schließlich zur Entscheidung. Der ursprüngliche Antrag wurde, in modifizierter Form, mit überwältigender Mehrheit angenommen. Diese Mehrheit war nach dem Verlauf des Nachmittags jedoch überraschend, da in Anbetracht der miesen Presse, Zweifel an der Kampfbereitschaft der KollegInnen gehegt wurden. Diese Stimmung spiegelte sich in einem scheinbar ergänzenden Antrag wider, der durch eine Verzichtserklärung zu Gunsten von neu einzustellenden LehrerInnen in eine Öffentlichkeitsoffensive gehen und den Senat zur Aufgabe von weiteren Verschlechterungen bewegen wollte. Damit hatte er aber das Anliegen des Senats unterschlagen, bundesweit den Vorreiter für eine Aufhebung des Flächentarifs zu spielen.

Diese Gefahr wurde von den KollegInnen erkannt. Am 16. Dezember soll es zu Aktionen unterhalb der Streikebene kommen. Am 15. Januar soll es zu Maßnahmen bis zum Arbeitskampf kommen. Der Termin wurde abhängig von zu erwartenden Streikaktivitäten von ver.di und GdP im Januar gemacht, jedoch nicht die Streikaktion selbst.

Nun beginnt für uns die Mobilisierungsarbeit in den Schulgruppen, Gesamtkonferenzen, Elternversammlungen, Personalversammlungen, in den Versammlungen befreundeter Gewerkschaften, die wie die IG BAU bereits den Streik im Jahr 2000 unterstützt hatten, und den Parteien, in denen man noch Verbündete vermuten kann.

Wir müssen klarmachen, dass dieser Angriff auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nur ein weiterer Schritt zur Aushebelung der Flächentarife ist, der die Umverteilung von unten nach oben erleichtern soll.

E. L. Berlin, Anfang Dezember 2002 ■

Wie den Angriffen des Bremer Senats begegnen?

Am 6. Februar 2003 haben etwa 400 Lehrkräfte vor dem Bremer Rathaus gegen Arbeitszeitverlängerung demonstriert. Ein großer Teil von ihnen kam aus Bremerhaven, wo die Lehrerinnen und Lehrer mit einem eintägigen Warnstreik gegen die drohende Arbeitszeitverlängerung protestierten.

Das Ergebnis der Tarifaueinandersetzung der Angestellten ist in den Schulkollegien noch nicht richtig verdaut, da schlägt der Bremer Senat schon wieder zu. Er will per Gesetz Präsenzzeiten für Lehrkräfte an den Schulen einführen: 35 Std. pro Woche sollen die Lehrkräfte in der Schule sein. Gleichzeitig will er ihre Aufgaben erweitern: Durch Beratungsgespräche mit Schülern und Eltern, gemeinsame Unterrichtsvorbereitung, Zusammenarbeit und Fortbildung soll der Unterricht »besser« werden. Zusätzliche Vertretungsstunden werden selbstverständlich nicht erwähnt.

Die Bremer GEW steht Beratungsgesprächen mit Eltern und Schülern aufgeschlossen gegenüber, ein Draufsatteln auf die bundesweit längste Lehrerarbeitszeit wird jedoch strikt abgelehnt. Eltern- und Schülervereine wandten sich auf dieser Kundgebung ebenfalls dagegen, dass der Senator die Bedingungen an den Schulen verschlechtert, während er gleichzeitig das Gespräch am runden Tisch propagiert.

Bei der Mobilisierung der Lehrkräfte gegen diesen Angriff des Senats werden die Auswirkungen der Arbeitszeitverlängerung durch den Abschluss für die Angestellten deutlich. Zwar hatte die Bremer GEW die (zeitlich begrenzte) Arbeitszeitverlängerung für Lehrkräfte unter 50 Jahren zur Finanzierung der Angestelltenzulage als Diktat des Senats bezeichnet, doch die »etwas jüngeren« Lehrkräfte fragen: »Wie sollen wir mit einer Gewerkschaft, die Arbeitszeitverlängerung zustimmt, gegen Arbeitszeitverlängerung angehen?«

Senat spaltet Bremer GEW

Im Frühjahr 2002 hatten die angestellten Lehrkräfte Bremens einen Tarifkampf um die Forderung »Gleiche Arbeit – gleicher Lohn« begonnen. Der Hintergrund: Seit vielen Jahren erhielten die angestellten Lehrerinnen und Lehrer, meist ältere, etwa 500 Euro monatlich weniger Gehalt als die verbeamteten Lehrkräfte. Diese anfangs erfolgreich geführte Tarifaueinandersetzung hat mit ihrer Schlichtung zu tiefgreifenden Differenzen und Auseinandersetzungen in der Bremer GEW geführt. Die Verhandlungskommission hatte im Sommer eine einseitige Erklärung des Senats zugelassen, in der die Finanzierung der Angestelltenzulage durch eine fünfjährige Arbeitszeitverlängerung von einer Wochenstunde für die unter 45-jährigen Lehrkräfte angekündigt war. Durch alle Gremien der Gewerkschaft ging die Spaltung, die praktisch zu ihrer Handlungsunfähigkeit führte.

Der im Streik aktive Kern der Angestellten hatte die Schlichtungsvereinbarung auf einer Mitgliederversammlung abgelehnt. Die finanziellen Zugeständnisse für die angestellten Kollegen waren diesen einerseits zu mager, andererseits führte die vom Senat angekündigte Finanzierung der Angestelltenzulage durch Mehrarbeit der jüngeren Kollegen bei vielen zu großem Unwohlsein, während einem anderen Teil der Angestellten die Frage der Belastung Jüngerer gleichgültig

war. Die Junge GEW wies auf den Affront gegenüber den jungen Kollegen hin und forderte die Kollegien auf, sich mit Konferenzbeschlüssen gegen die Arbeitszeitverlängerung zu wenden. Die Sprecher der Angestelltentarifkommission setzten jedoch darauf, dass das Schlichtungsergebnis in einer Urabstimmung angenommen würde, also mindestens 26 Prozent Ja-Stimmen.

Auf dem Gewerkschaftstag der Bremer GEW im Oktober 2002, den die Angestelltensprecher nicht wollten, ging es um Schadensbegrenzung: Wie können wir die Angestellten zufrieden stellen ohne die überwiegend jüngeren Beamten zu verprellen? Wie können wir die GEW aus der Zerreißprobe herausführen? Diese Zusammenhänge wollten die Angestelltensprecher nicht problematisieren. Ihr Argument: Der Arbeitgeber lässt immer jemanden bluten, wenn es um die Bezahlung des Tarifabschlusses geht. In Diskussionsbeiträgen wurde auf die schwerwiegenden Folgen für die GEW hingewiesen, die entstehen, wenn ein Teil der Mitglieder Zulagen für einen anderen Teil finanzieren müsse. Der Gewerkschaftstag lehnte das Schlichtungsergebnis ab und forderte Neuverhandlungen.

Der Erfolg, den eine neue Verhandlungskommission erreichte, hielt sich in Grenzen: Jetzt müssen alle Lehrkräfte unter 50 zwei Jahre länger arbeiten. Die Angestelltenzulage wurde von 200 Euro auf 215 Euro erhöht (wird ab dem dritten Jahr in vier Schritten »abgeschmolzen«). Jetzt müssen die unter 50-jährigen Lehrkräfte zwei Jahre lang eine Stunde länger arbeiten (vorher die unter 45-jährigen fünf Jahre lang eine Stunde). In einer Urabstimmung stimmte immer noch ein Drittel der Angestellten gegen das Verhandlungsergebnis.

Die tiefere Frage: »Wie können wir in einer Zeit allgemeinen Sozialabbaus unsere Interessen gegenüber dem Senat überhaupt verteidigen?«, war auf dem Gewerkschaftstag nicht angesprochen worden. Diese Diskussion wurde anschließend angeregt.

Kampferfahrungen auswerten

Die letzten Kämpfe der Bremer GEW endeten mit Niederlagen. Einen Nutzen können diese Niederlagen trotzdem haben, wenn sie aufgearbeitet und aus ihnen die richtigen Schlussfolgerungen für die Zukunft gezogen werden.

Die Antwort der Lehrer auf die zweistündige Pflichtstundenerhöhung im Jahre 1997 war ein eintägiger Streik. Die Bremer Lehrkräfte beteiligten sich massenhaft. Der Streik war aber nicht mehr als ein Protest. Einerseits war im Bewusstsein der aktiven Kollegen: Wir müssen das allein tun, uns nicht hinter anderen (Eltern, Schüler, andere Gewerkschaften) verstecken. Andererseits war in der Bevölkerung als Meinung verbreitet: Wenn wir bluten müssen, können es die Lehrer auch. Sprüche von Politikern, wie Gerhard Schröder, von »faulen Säcken« fielen auf fruchtbaren Boden. Die Pädagogen blieben in der Bevölkerung isoliert. Selbst die DGB-Vorsitzende Helga Ziegert thematisierte den Lehrstreik nicht am 1. Mai, obwohl Lehrerinnen und Lehrer mit ihrer großen Anzahl das Bild der Demonstration in Bremen bestimmten. Eine wirksame politische Antwort auf die Arbeitszeitverlängerung fand die GEW nicht.

Den Kampf um die Erhaltung der Vollen Halbtagschule – ein Modell für Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen (sozialen Brennpunkten?) – wurde allein von den Eltern und Lehrkräften der betroffenen Grundschulen geführt. Die Taktik, eine Schule nach der anderen zu boykottieren, war

klug. Sie erregte große öffentliche Aufmerksamkeit. Der Kampf, die Aktivitäten, blieben aber auf die Grundschule beschränkt. Den aktiven GEW-Kollegen war nicht bewusst, dass der Kampf der Grundschulen nicht nur eine Sache der Grundschulen sein kann. Von der GEW wurde nicht deutlich gemacht, dass eine gute Grundschularbeit auch im Sinne der Sekundarstufe I und II ist: Dort kommen diese Schüler schließlich an. Die Kolleginnen und Kollegen der weiterführenden Schulen waren passive Zuschauer des Kampfes der Grundschulen. Das Potenzial einer Öffentlichkeitsarbeit von Lehrkräften und Eltern der Sekundarstufe I blieb brach liegen. So konnte die Volle Halbtagschule mit ihrer Förderung einzelner, eben auch schwacher Schüler nicht als Gesamtinteresse der Bevölkerung verankert werden.

Beschränkt auf die Grundschulen geführt, ging der Kampf verloren. Es wurde nicht genügend Kraft gegen den Senator aufgebracht. Er konnte seine »verlässliche« Grundschule »im Interesse arbeitender Eltern« als angelegliches Allgemeininteresse durchsetzen. Die Förderung der einzelnen Schüler wurde abgelöst durch die Aufbewahrung bis zum zuverlässigen Schulschluss. Erst das Ergebnis der PISA-Studie rief die Notwendigkeit, Schüler in der Grundschule verstärkt zu fördern wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit.

Die gleiche Beschränkung erfuhr **der Protest der Gesamtschulen gegen die Erhöhung der Klassenfrequenzen**. Der Senat konnte die Klassenfrequenzen der Gesamtschulen als Sonderinteressen abqualifizieren. Integrativer Unterricht, das heißt gemeinsames Unterrichten von Schülern mit Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialschulniveau, wie er jetzt nach der PISA-Studie allenthalben gefordert wird, ist mit einer Schülerzahl von über 20 von uns nicht mehr leistbar, war die Aussage der Lehrkräfte an den Gesamtschulen. Durch geringe Kenntnis voneinander, Konkurrenzdenken und Eifersüchteleien in der Lehrerschaft: »Warum sollen die so kleine Klassen haben, wenn wir so viele Schüler in der Klasse haben«, blieben die Gesamtschulen isoliert. Es war nicht im Bewusstsein der KollegInnen, dass der Abbau von Standards an einer Stelle letztlich alle trifft. Denn die Möglichkeit, an einer Stelle soziale Standards abzubauen, ermutigt den Senat, an anderen Stellen diese Politik fortzusetzen. Notwendig wäre also eine Sensibilisierung der Kolleginnen und Kollegen in diesem Punkt.

Beschränkt geführt – als reine Tarifaueinandersetzung einer Beschäftigtengruppe – wurde auch **der Kampf der angestellten Lehrkräfte**. Die GEW hat die Lücke im Tarifvertrag gut gesehen. Die Angestellten entwickelten hervorragende Eigeninitiativen, ohne die der Kampf nicht hätte geführt werden können. Die Losung »Gleiche Arbeit – gleicher Lohn« wurde von einer breiten Öffentlichkeit verstanden. Innerhalb der GEW wurden die beamteten Kollegen aber nicht in den Informationsfluss einbezogen. Der Zusammenhang des Kampfes ist ihnen nicht dargestellt worden. Während des ganzen Kampfes gab es keine Delegiertenversammlung. Die Angestellten erörterten ihre Probleme in der Tarifkommission. Das Problem der Beschränktheit zeigte sich im Ergebnis des Schlichtungsverfahrens. Die GEW-Vertreter unterschrieben die Einigungsempfehlung, obwohl sie eine einseitige Erklärung des Senats enthielt, in der er die Finanzierung der Zulagen für die Angestellten durch Mehrarbeit der Lehrer unter 45 Jahren (Beamte) ankündigte. Die GEW-Vertreter ließen sich erpressen, weil ihre Sichtweise beschränkt auf die Angestellten war. Der politische Schach-

zug des Senats hat die GEW in Schwierigkeiten gebracht, weil Angestelltenvertreter den Blick für die gesamte Lehrerschaft verloren hatten. Selbst die frühzeitige Propaganda des Senats, es sei kein Geld im Haushalt, die Lehrer müssten die Zulagen für die Angestellten deshalb selber bezahlen, führte zu keiner politischen Sichtweise der Angestelltenvertreter. Für die Angestellten etwas auf Kosten der jüngeren KollegInnen herausholen – das zersetzt die Kampffähigkeit der Gewerkschaft.

Dem Senat eine wirkungsvolle Antwort geben

Das Ergebnis dieser Tarifaueinandersetzung zeigt, dass der Politik des Senats nicht nur mit einem isolierten Tariffkampf beizukommen ist. Dazu gehört eine Öffentlichkeitskampagne, die breiter angelegt sein muss, in der dann nicht nur die direkt Beteiligten eingeschlossen sind.

Dem Senat kann nur Paroli geboten werden, wenn die gewerkschaftlichen Kämpfe ihre Beschränktheit verlieren.

Die Senatspolitik zielt auf Einsparungen, Kürzungen in allen Bereichen, die die Versorgung der Menschen betreffen. Der Senat verkauft seine Sparpolitik als Politik im Gesamtinteresse der Bevölkerung, gibt jedoch einen großen Teil seines Haushalts im Interesse der Unternehmer aus. Gespart wird aber nicht im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung, sondern auf ihre Kosten, zum Beispiel bei Kindertagesheimen, Bibliotheken, Theatern, Bädern, Schulen und Gehältern der Bediensteten. Seine Sparpolitik zielt dabei nacheinander auf einzelne Bevölkerungs- oder Beschäftigteile, deren Interessen als Sonderinteressen diskriminiert werden: Wenn die Lehrer (oder die Bediensteten überhaupt) Geld haben wollen, müsse es der Senat anderen wegnehmen. Diesem »Teile und Herrsche« müssen sich die Bediensteten im Bildungs-, Sozial- und Kultursektor in Öffentlichkeitsarbeit besonders stellen.

Die Staatsbediensteten und die Lohnabhängigen allgemein sind nicht dafür verantwortlich, dass der Staatssäckel durch fehlendes Steueraufkommen der Großunternehmer nicht voll ist. Dabei steigt der Anteil der Lohnabhängigen am Gesamtsteueraufkommen ständig, während entsprechend der Anteil der Unternehmer und Selbständigen ständig sinkt. Es ist deshalb auch nicht im Interesse der Bediensteten oder der Lohnabhängigen überhaupt, sich den Sparvorgaben und deren Begründungen zu unterwerfen. 9.2.2003 ■

■ HANNOVER AM 30. JANUAR 2003

Protest bei den Tarifverhandlungen zwischen DGB und Leihunternehmern

In der Bundesrepublik gibt es zur Zeit ca. 9.000 Leiharbeitsfirmen. Diese sind in bundesweiten Verbänden organisiert. Mit zwei der größten sollte verhandelt werden. Einer sagte kurz von der ersten Tarifrunde in Hannover ab. Es geht hierbei um die Tarifverträge nach dem Hartz-Konzept für die Personal-Service-Agenturen (PSA). Der DGB hat dafür eine Tarifgemeinschaft von ver.di und IGM gebildet. Deren Sprecher musste sich mit Vertretern von Erwerbslosengruppen auseinandersetzen. Auch wenn nur etwa 100 KollegInnen –

überwiegend aus den Gewerkschaften ver.di und IGM – versammelt waren, drückt sich darin aus, dass in den Gewerkschaften erster Widerstand gegen die Beschlüsse des Bundestages aufkommt und dagegen mobilisiert wird.

Durch Vernetzung von überwiegend gewerkschaftlichen Erwerbslosengruppen war der Termin dieser Verhandlung bekannt geworden. Es erging die Aufforderung, per Mail Proteste an die DGB-Verhandlungsführung zu senden sowie eigene Forderungen zu stellen, etwa mit dem Tenor: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – wir brauchen keine Tarifverträge. Die Hunderte von Mails und Faxen sollen die DGB-Tarifkommission genervt haben, erzählten die Organisatoren der Protestaktion. So forderte der ver.di-Bezirkserwerbslosenausschuss München: Da grundlegende Interessen der Erwerbslosen berührt sind, muss der Bundeserwerbslosenausschuss gehört und eine Tarifkommission der Betroffenen gebildet werden – sonst sei das ein Verstoß gegen die Satzung. Die genannte Verhandlungsführung sei nicht legitimiert.

Die Meinungen der Erwerbslosengruppen sollten auch am Versammlungsort demonstriert werden, und so kamen dann auch Teilnehmer aus Dortmund, Berlin, Hamburg, Oldenburg, Leer, Bremen, Wilhelmshaven und Offenbach zusammen. Es gab keine großen Absprachen, alle hatten das Ziel, Druck auf die Verhandlungen zu machen. Während der Anreise wurde der Tagungsort vom IG-BCE-Gewerkschaftshaus in Hannover in ein Maritim-Hotel verlegt. Es sprach sich unter den Teilnehmern herum, warum das geschah: Würden die Demonstranten das Gewerkschaftshaus stürmen und die Verhandlungen stören, würde ein Eingreifen der Polizei schwieriger werden. Ein Objektschutz war bei einem Hotel besser durchzuführen. In Hannover gibt es aber zwei Maritim-Hotels, so dass einige der Anreisenden nicht gleich das Richtige fanden. Durch die Anwesenheit der Polizei war aber schnell klar, welches Hotel der Tagungsort war.

Jede der Gruppen hatte Transparente und rote Fahnen – die der IGM ist ja auch rot – mitgebracht. Schon von weitem betrachtet, war dieses bunte Bild nicht zu übersehen. Die großen Transparente schlossen den Hoteleingang zur Straße gut ab. Auf ihnen war unter anderem zu lesen:

»DGB ist Vertragspartner der Arbeitnehmer – Bündnisse und ähnliches mit Arbeitgebern/Vertretern von »Sklavenhändlern« bedeutet Vertragsbruch!«

»Nichts-Tun ist hier die Parole – Keine Tarifverträge zur Leiharbeit – Weg mit den Hartz-Gesetzen«

»Sklavenhändler zurück in die Schmutzkiste«

Die Demonstrierenden, die sich überwiegend aus überregionalen Aktivitäten kannten, unterhielten sich bei bester Stimmung. Reporter befragten Teilnehmer. Ein Flugblatt der Vertrauenskörperleitung MAN Roland, Offenbach, wurde verteilt: *Keine Tarifverträge zur Leiharbeit, sie heben den Flächentarifvertrag auf; weg mit den Hartz-Gesetzen – Organisation des Widerstands mit allen gewerkschaftlichen Mitteln«*. Der Vertrauenskörperleiter von MAN Roland begründete das in einer Rede.

Schließlich kam der Verhandlungsführer der DGB-Tarifgemeinschaft zu uns und versuchte zu erklären, warum sich die Gewerkschaften auf diese Verhandlungen einlassen: Ziel sei es, den Grundsatz *»Gleicher Lohn für gleiche Arbeit«* durchzusetzen bzw. zu verankern. Die Tarifgemeinschaft sähe sich gezwungen, in diese Verhandlungen zu gehen, weil es bereits einen »Tarifabschluß« zwischen einem Christlichen Metallarbeiter Verband (CMV) und einer lokalen Leih-



arbeitsfirma in Duisburg gäbe. Man will verhindern, dass derartige »christliche« Elemente durch die Abschlüsse weiterer »Tarifverträge« die bisher geltenden gesetzlichen Regelungen (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz) untergraben. Leiharbeit dürfe nicht dem Markt überlassen, sondern müsse vom DGB mit gestaltet werden usw., usw.

Den Protestierenden waren diese Äußerungen nicht plausibel, da die Tariffähigkeit des CMV kaum gegeben sei und die Arbeitsgerichte bisher ausschließlich zu Gunsten der DGB-Gewerkschaften entschieden hätten, wenn diese gegen derartige Tarifabschlüsse vorgegangen sind. Der DGB-Sprecher wurde zum Sündenbock für das Unterlaufen der Flächentarifverträge. Ihm hielt man vor: Die EU hat eine Richtlinie erlassen, nachdem Leiharbeiter den Lohn des Beschäftigungsbetriebes erhalten müssen; heute liegen Leiharbeiterlöhne schon bei 60 Prozent des (Flächen-)Tarifvertrages. Was der CMV abschließt, interessiert uns nicht; ver.di hat mit der Verleihfirma Randstad einen Tarif abgeschlossen von z.B. 6,84 EUR für technische Angestellte, für in den ostdeutschen Ländern Beschäftigte von Randstad noch 21 Prozent weniger: An den Forderungen und Verhandlungen müssen Erwerbslosenvertreter beteiligt sein; PSA weitet die Leiharbeit aus, die Gewerkschaft dämmt sie nicht ein.

Im Streit schieden wir. Am Schluss wurde von den Sprechern der Erwerbslosengruppen vertreten, dass mit den Kollegen in den Betrieben über die Hartz-Vorschläge geredet werden muss, in den Gewerkschaften sind diese zu problematisieren.

Nachtrag: Am Donnerstag, dem 6. Februar, fand eine weitere Runde zur Leiharbeit in Frankfurt/Main statt. Am Vorabend traf sich das »Rhein-Main-Bündnis gegen die Umsetzung der Hartz-Pläne« im Frankfurter »Club Voltaire«, um u. a. eine Gegenaktion vorzubereiten. Die Gruppe versuchte zunächst, bei der in Frankfurt ansässigen Firma »Job in Time« des Verhandlungsführers des BZA (Bundesverband Zeitarbeit) den Ort in Erfahrung zu bringen, doch die »lieben Mitarbeiter« des Unternehmens hüllten sich in Schweigen.

Nicht anders war es dann bei der Bundeszentrale der IG Metall in Frankfurt-Niederrad: Dort wurde sogar klipp und klar gesagt, dass Öffentlichkeit nicht erwünscht sei. Das läßt nur den Schluss zu: Die Gewerkschaftsführung möchte die Basis vor vollendete Tatsachen stellen, und so lange es dabei bleibt, dass nur wenige Aktive sich abmühen, den Schleier zu lüften, wird ihr das wohl gelingen. Bremen/Hanau, 8. 2. 03 ■